



HESSISCHER LANDTAG

18. 05. 2010

44. Sitzung

Wiesbaden, den 18. Mai 2010

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	3037	Frage 258	
<i>Entgegengenommen</i>	3040	Günter Schork	3046
Präsident Norbert Kartmann	3037, 3039, 3040	Ministerin Dorothea Henzler	3046
Bürgermeister Manfred Vollmer	3037		
Mona Lorena Monzien	3038, 3039	Frage 260	
Fabian Gies	3038, 3039	Aloys Lenz	3046
Mathias Wagner (Taunus)	3040	Minister Jörg-Uwe Hahn	3046
Günter Rudolph	3040		
1. Fragestunde		Frage 261	
– Drucks. 18/2317 –	3040	Aloys Lenz	3047
<i>Abgehalten</i>	3052	Ministerin Eva Kühne-Hörmann	3047
Präsident Norbert Kartmann	3052		
Frage 249		Frage 262	
Dirk Landau	3041	Peter Stephan	3047
Ministerin Silke Lautenschläger	3041	Minister Karlheinz Weimar	3047, 3048
		Ursula Hammann	3048
Frage 250		Frage 263	
Holger Bellino	3041	Gottfried Milde (Griesheim)	3048
Minister Volker Bouffier	3041, 3042	Minister Karlheinz Weimar	3048, 3049
Tarek Al-Wazir	3041	Petra Fuhrmann	3049
Barbara Cárdenas	3042		
Frage 251		Frage 264	
Kai Klose	3042	Dr. Walter Arnold	3049
Minister Dieter Posch	3042	Minister Dieter Posch	3049
Frage 252		Frage 265	
Kai Klose	3042, 3043	Holger Bellino	3050
Minister Dieter Posch	3042, 3043	Minister Volker Bouffier	3050, 3051
Marjana Schott	3043	Gerhard Merz	3051
Tarek Al-Wazir	3043	Heike Hofmann	3051
Frage 255		Frage 266	
Peter Stephan	3043	Dr. Ralf-Norbert Bartelt	3051
Ministerin Silke Lautenschläger	3043, 3044	Minister Jürgen Banzer	3051, 3052
Angela Dorn	3044	Kordula Schulz-Asche	3052
Frage 256		Frage 271	
Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)	3044	Willi van Ooyen	3085
Ministerin Eva Kühne-Hörmann	3044	Ministerin Dorothea Henzler	3085
Torsten Warnecke	3044		
Frage 257		Frage 272	
Kurt Wiegel	3045	Torsten Warnecke	3085
Ministerin Silke Lautenschläger	3045	Minister Dieter Posch	3085
Daniel May	3045		
Angela Dorn	3045	Frage 279	
		Marjana Schott	3085
		Minister Jürgen Banzer	3085

	Seite
Frage 280	
Sarah Sorge	3085
Ministerin Eva Kühne-Hörmann	3085
Frage 282	
Daniel May	3085
Ministerin Silke Lautenschläger	3085
Frage 284	
Sarah Sorge	3085
Ministerin Eva Kühne-Hörmann	3085
Frage 287	
Sabine Waschke	3086
Minister Jürgen Banzer	3086
Frage 288	
Sabine Waschke	3086
Minister Jürgen Banzer	3086

Seite

Die Fragen 271, 272, 279, 280, 282, 284, 287, 288 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 269, 270, 273 bis 278, 281, 283, 285, 286, 289 und 290 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.

2. Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend „Gemeinsam für ein starkes und stabiles Europa – gerade jetzt“	3052
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	3084
Ministerpräsident Roland Koch	3052
Thorsten Schäfer-Gümbel	3058, 3081, 3083
Florian Rentsch	3064
Tarek Al-Wazir	3068
Willi van Ooyen	3074
Dr. Walter Arnold	3078
Minister Jörg-Uwe Hahn	3081
Präsident Norbert Kartmann	3084

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann

Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch

Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn

Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner

Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des
Landes Hessen beim Bund Michael Boddenberg

Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier

Minister der Finanzen Karlheinz Weimar

Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch

Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger

Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer

Kultusministerin Dorothea Henzler

Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann

Staatssekretär Dirk Metz

Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit

Staatssekretärin Nicola Beer

Staatssekretär Horst Westerfeld

Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer

Staatssekretär Steffen Saebisch

Staatssekretär Mark Weinmeister

Staatssekretärin Petra Müller-Klepfer

Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann

Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Alfons Gerling

Margaretha Hölldobler-Heumüller

Judith Lannert

Rafael Reißer

Dr. Christean Wagner (Lahntal)

Andrea Ypsilanti

(Beginn: 14:04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ich eröffne die 44. Plenarsitzung heute, am 18. Mai 2010, und heiße Sie herzlich willkommen.

Einmal im Jahr ist ein besonderer Tag für uns und gleichzeitig ein Tag, der darauf hinweist, dass wir in der fast unmittelbar nachfolgenden Woche diesen Landtag in Teilen in eine andere hessische Stadt verlegen. Nicht nur die Regierung zieht für zehn Tage um, sondern ein bisschen auch das Parlament.

Der nächste Hessentag ist angesagt. Es ist eine gute und wichtige Tradition, dass uns, den Hessischen Landtag, immer vor Beginn des Hessentages das Hessentagspaar der Hessentagsstadt und der Bürgermeister dieser Stadt besuchen. Das ist heute der Fall. Ich freue mich und darf das Hessentagspaar Mona Lorena Monzien und Fabian Gies in unserer Mitte herzlich begrüßen. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße den Bürgermeister von Stadtallendorf, Herrn Manfred Vollmer. Herr Bürgermeister, herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wer immer Hessentage schon erlebt hat, der weiß, wie es davor, währenddessen und danach aussieht. Sie wissen, wie es davor zugeht. Sie wissen noch nicht, wie es währenddessen zugeht, und Sie wissen schon ganz und gar nicht, was danach noch kommt. Deswegen haben wir alle einen Wunsch: dass der Hessentag vor allem für diese Stadt und für die Region, letztendlich auch für Hessen, ein großer Erfolg wird, dass alles funktioniert, dass die Menschen mitmachen, dass sie begeistert sind, dass diese Tradition, die in Deutschland einmalig ist, in zehn Tagen ein solches Fest zu feiern, für ein Land mit all diesen Strukturen, mit den vielen Menschen, mit dem dahinterstehenden Integrationsgedanken, ein großer Erfolg wird.

Der Bürgermeister hat mir gesagt, sie essen alle die Teller leer, damit das Wetter gut wird. Das Wetter macht 60 % des gefühlten Erfolgs aus. Der reale Erfolg wird sich ohnehin einstellen.

Wir danken auch als Landtag der Stadt Stadtallendorf, dass sie das durchführt. Es ist der 50. Hessentag, Jubiläumshessentag. Es wird ein großartiges Fest werden, und wir wollen unseren Teil dazu beitragen. Aber im Endeffekt wird es Ihre Sache sein: der Stadt, der Bevölkerung und des Umlandes.

Sehr geehrte Frau Monzien und sehr geehrter Herr Gies, das Hessentagspaar ist nicht nur Symbol, sondern ist für die meisten Menschen Ihrer Stadt Träger des Hessentages; sie haben das Gefühl, es ist „unser Hessentagspaar“. Sie werden von allen Menschen ins Herz geschlossen, und umgekehrt werden auch Sie Ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger ins Herz schließen. Deswegen tragen Sie eine schöne Last. Für das, was Sie bereits seit einem Jahr tun, was Sie während der zehn Tage tun müssen und wollen – und es gibt auch noch eine Auslaufzeit von einem Jahr für gewisse Tätigkeiten –, möchte ich Ihnen im Namen des Hessischen Landtags ganz herzlich danken.

(Allgemeiner Beifall)

Nun darf ich Sie bitten, vor dem Landtag zu verkünden, was es alles über Stadtallendorf, den Hessentag und Sie selbst zu verkünden gibt. Herr Bürgermeister und dann das Hessentagspaar.

Manfred Vollmer, Bürgermeister der Hessentagsstadt Stadtallendorf:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kartmann, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst ganz herzlich, auch im Namen des Hessentagspaars 2010, Frau Mona Lorena Monzien und Herrn Fabian Gies, für die freundliche Einladung nach Wiesbaden und die Begrüßung. Wir überbringen Ihnen die Grüße der Bürgerinnen und Bürger der Hessentagsstadt 2010, der Jubiläumshessentagsstadt, und freuen uns, hier bei Ihnen sein zu dürfen.

Zunächst noch einmal ganz herzlichen Dank, dass wir den 50. Hessentag ausrichten dürfen. Wir sehen das als Anerkennung der Aufbau- und Integrationsleistungen der Bevölkerung unserer Stadt.

Zehn Tage sind es noch bis zum Beginn des Hessentages. Zweieinhalb Jahre haben wir auf den Hessentag hingearbeitet und alles vorbereitet. Wenn wir auch damals etwas skeptisch waren, so ist die Skepsis von damals, darf ich sagen, purer Freude gewichen. Jetzt ist es bald so weit.

Wir haben die Übertragung der Ausrichtung des Hessentages einerseits als Chance begriffen, andererseits bedeutet das natürlich eine sehr große Herausforderung. Nach mehreren öffentlichen Veranstaltungen, um dafür zu werben, monatelangen Umleitungen durch Baumaßnahmen, wo wir unsere Bevölkerung zeitweise gequält haben, und der Realisierung verschiedener Baumaßnahmen kann man heute eine regelrechte Aufbruchstimmung bei den Bürgern erkennen. Die Stadtallendorfer freuen sich.

Hunderte von ehrenamtlichen Helfern – Sie wissen, in Stadtallendorf besteht die Bevölkerung zu etwa 70 % aus Migranten – haben sich beworben, um bei der Durchführung des Hessentages zu helfen. Ja, manche haben sogar die zehn Tage Urlaub genommen und haben zehn Tage eine ehrenamtliche Tätigkeit an einem Infostand, als Helfer an einer Bühne oder Ähnliches gebucht. Ich finde das eine tolle Sache.

(Beifall)

Wir haben das eigentlich gar nicht geglaubt. Denn man rechnet ja damit, man wünscht es sich im Geheimen, aber erst muss das als Realität eintreten.

Dazu kommt, dass man jetzt bereits durch die Aufbauarbeiten – ich nenne die Landesausstellung, die Bundeswehr, „Natur auf der Spur“, das hr-Zelt – einfach etwas sehen kann. Dieses Visuelle, dieses Sehen bringt bei den Bürgerinnen und Bürgern ein noch größeres Maß an Gemeinschaftsgefühl. Das heißt, sie fragen, sie schauen und sagen dann: Mensch, so hatten wir uns das nicht vorgestellt. Das ist doch eine tolle Sache.

Darüber hinaus, wenn man die Vielfalt der Veranstaltungen sieht, muss man sagen, dass wir uns gerade zu dem Jubiläumshessentag sehr große Mühe gegeben haben. Wir haben eigentlich für alle etwas, von dem Superstar Pink, den ich übrigens, bevor wir ihn engagiert haben, gar nicht gekannt hatte

(Heiterkeit)

– das will ich wohlweislich bekennen; in meiner Generation muss das nicht mehr unbedingt sein –,

(Heiterkeit)

bis hin zu den Klostertalern. Aber die müssen es auch nicht unbedingt sein. Ich denke, dazwischen gibt es eine große Palette. Die haben wir. Die können wir bewundern. Da können wir dabei sein.

Die Stadt ist also für den Hessentag gewappnet und freut sich darauf. Wir werden nicht nur ein guter, wir werden ein sehr guter Gastgeber sein. Herr Ministerpräsident, ich hatte Ihnen das ja zugesagt. Ich denke, nach den zehn Tagen werden auch Sie da einstimmen und sagen: Das ist so.

Ich lade Sie alle zu diesem Hessentag ein. Lassen Sie sich von den zahlreichen Veranstaltungen, besonders von dem bürgerschaftlichen Engagement in Bann ziehen. Er wird auch Ihnen noch lange in Erinnerung bleiben. Nutzen Sie für die Anreise – auch da will ich ein wenig werben – den behindertengerecht umgebauten Bahnhof mit den tollen Angeboten von Bahn, RMV und NVV.

(Beifall)

Sie kommen aus dem Bahnhof heraus und sind mitten im Hessentagsgeschehen. Ich glaube, das ist nicht in jeder Hessentagsstadt so ideal gewesen. Da kann man das Auto zu Hause lassen. Wir haben zwar auf einer Stellplatzanlage eine Parkplatzkapazität von 16.000 Fahrzeugen. Aber die muss nicht unbedingt ausgelastet sein. Wenn mehr Fahrkarten verkauft würden, würde uns das mehr freuen.

Ich freue mich auf ein Wiedersehen mit möglichst allen hier auf dem Hessentag, trotz aller vielleicht skeptischen Berichte. Ich habe heute wieder eine ganze Seite vom Bund der Steuerzahler dazu gesehen. Darauf will ich jetzt nicht eingehen.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Einladen!)

Das musste nicht sein. Aber vielleicht sollte man einmal den Präsidenten einladen, damit er etwas von der Aufbruchstimmung mitbekommt,

(Beifall)

die noch ein bisschen – ich sage einmal – den Ruch dessen hat, was sich vor 50 Jahren der damalige Ministerpräsident Georg August Zinn mit der Einführung des Hessentages vorgestellt hat.

Ich denke, insoweit ist der Hessentag aktueller denn je. Er wird sich fortentwickeln. In diesem Sinne spreche ich noch einmal eine herzliche Einladung aus. Ich würde mich freuen, Sie beim Hessentag begrüßen zu dürfen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Bürgermeister, herzlichen Dank, auch noch einmal für die hier vorgebrachte Einladung. Es gibt Pressemeldungen, da wird nur das Datum geändert. Das wissen wir. Insofern kann man das mit Gelassenheit betrachten. – Das Hessentagspaar hat das Wort.

Mona Lorena Monzien:

Einen wunderschönen guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir, das Hessentagspaar aus Stadtallendorf, wollen uns herzlich für die Einladung bedanken.

Wir freuen uns sehr darüber, dass wir die Gelegenheit haben, uns Ihnen heute hier vorzustellen, Ihnen etwas über uns zu erzählen und Sie natürlich zum Hessentag in unser Stadtallendorf einzuladen.

Es heißt ja: Ladies first. Also beginne ich und stelle mich Ihnen vor, erzähle Ihnen etwas über mich. Mein Name ist Mona Lorena Monzien. Ich bin 20 Jahre alt und komme aus Stadtallendorf, so, wie es sich für ein Hessentagspaar gehört. Hauptberuflich bin ich zurzeit Hessentagspaar.

(Heiterkeit und Beifall)

Das kann nicht immer so bleiben, auch wenn ich es gerne bleiben würde. Ich habe im letzten Jahr mein Abitur gemacht, beginne direkt nach dem Hessentag meine Ausbildung zur zahnmedizinischen Fachangestellten, versuche diese in zwei Jahren erfolgreich zu beenden und mache dann wirklich das, was ich schon immer machen wollte: Dann beginne ich mein Studium zur Zahnmedizin und hoffe, dass ich dann irgendwann in ein paar Jahren meine eigene Zahnarztpraxis habe.

(Beifall)

Was macht ein Hessentagspaar eigentlich in seiner Freizeit? Die Freizeit kommt gerade ein bisschen kurz. Aber nach dem Hessentag wird das alles wieder seinen Gang gehen. Ich bin leidenschaftliche Tänzerin. Ich bin schon jahrelang in einer Tanzschule aktiv. Seit meinem vierten Lebensjahr bin ich Gardetänzerin bei uns im Karnevalsverein in Stadtallendorf. Außerdem lese ich in meiner Freizeit gerne und bin sehr gerne im Garten und arbeite dort. Ich muss sagen: Ich pflanze lieber ein Bäumchen oder hacke Holz, als drinnen Hausarbeit zu machen oder zu kochen.

(Heiterkeit und Beifall)

Fabian Gies:

Nachdem sich die Dame vorgestellt hat, darf dann endlich auch ich.

(Heiterkeit)

Mein Name ist Fabian Gies. Ich bin 23 Jahre alt, bin ausgebildeter Industriekaufmann. Aktuell absolviere ich meinen Zivildienst neben dem Hessentag. Wenn das dann alles fertig ist, möchte ich Betriebswirtschaft studieren. Es sieht auch alles ganz gut aus.

Zu meinen Hobbys. Mona tanzt gerne. Das ist eher nicht so mein Fall, obwohl ich in letzter Zeit manchmal tanzen musste. Das hat auch alles Spaß gemacht. Ich mache trotzdem gerne Sport, und zwar Teamsport, wie Fußball, Basketball und Tischtennis, und treffe mich sehr gerne mit Freunden.

Kommen wir zum Hessentag, nachdem wir uns persönlich vorgestellt haben. Sie lesen oder hören es in den Medien und heute ganz groß: Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Der Bürgermeister hat es erwähnt: Pink kommt, Silbermond kommt, a-ha kommt, Fanta Vier kommt. Alle diese vielen Künstler, die Sie wahrscheinlich alle gar nicht kennen, aber die alle supergut sind – –

(Heiterkeit – Zurufe: Buh!)

– Okay, Sie sind bestens informiert. Das ist natürlich noch viel schöner. – Bülent Ceylan kommt, Ben Becker kommt usw. In zehn Tagen gibt es 900 Veranstaltungen. Auch wenn Sie nicht alle 900 besuchen können, kann ich Ihnen schon jetzt versprechen, liebe Damen und Herren, Sie

werden von dem 50. Jubiläumshessentag in Stadtallendorf definitiv begeistert sein.

(Beifall)

Mona Lorena Monzien:

Wie Sie sehen, tragen Fabian und ich eine Tracht. Das ist die Marburger Katholische Tracht. Sie haben uns auch schon als Hessentagspaarpüppchen vor sich liegen. Wir sehen in echt ein bisschen anders aus.

(Heiterkeit und Beifall – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Besser!)

– Danke schön. – Wir freuen uns natürlich, dass wir die Chance haben, eine Tracht zu tragen. Das war die letzten Jahre eher nicht der Fall. Denn eine Tracht hat viel Geschichte, kann viel erzählen. Ich glaube, wenn ich jetzt alles darüber erzählen würde, was unsere Tracht erzählt, würden wir den Zeitplan sprengen. Deswegen beschränke ich mich auf ein paar Dinge.

Zehn Tage Hessentag, wir können nicht zehn Tage die gleiche Tracht tragen. Das wäre ein bisschen zu viel verlangt. Also haben wir zwei Trachten. Bei Fabian ist es nicht so auffällig. Da sieht man es lediglich an den Blümchen auf seiner Weste. Die haben eine andere Farbe. Ich habe neben meiner grünen Tracht noch eine blaue Tracht. Das war früher die Fronleichnamstracht. Ich finde, ganz interessant ist noch, dass man bei den Damen gesehen hat, ob sie verheiratet sind oder nicht. Das sieht man nämlich an dem roten Band in meinen Haaren. Ich bin also unverheiratet. Unverheiratete Damen durften Rot tragen, danach nicht mehr. Warum die Männer kein Erkennungszeichen hatten, das weiß ich auch nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber was wäre ein Hessentagspaar, wenn es nicht auch zum Hessentag einladen würde. Es ist nun meine schöne Aufgabe, Sie von uns dreien ganz offiziell zum Hessentag einzuladen. Ja, es beginnt schon bald. Der 28. Mai ist das Startdatum. Leider endet er schon am 6. Juni. Er könnte meiner Meinung nach noch 100 Tage länger gehen.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Schauen wir mal!)

– „Schauen wir mal“, das ist gut. Wer weiß. – Also die herzliche Einladung von Fabian, von mir und von unserem Bürgermeister Manfred Vollmer: Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie alle nach Stadtallendorf kommen.

(Lebhafter Beifall)

Fabian Gies:

Das war es jetzt auch schon von unserer Seite. Ich sage ganz kurz noch einmal: Wir saßen da eben und waren total aufgeregt. Das Herz wäre uns fast aus der Brust gesprungen, aber es hat Spaß gemacht.

(Heiterkeit)

Es war schön. Es hat Spaß gemacht, und es war für uns eine große Ehre, hier sprechen zu können und natürlich Sie zum Hessentag einzuladen. – Liebe Damen, liebe Herren, wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Hochverehrtes Hessentagspaar, liebe Frau Monzien und lieber Herr Gies, herzlichen Dank für diese erfrischende Vorstellung. Es gibt die Erfahrung, dass einige Abgeordnete nach der Vorstellung des Hessentagspaares erst recht nach Stadtallendorf kommen wollen. Das ist gelungen, da bin ich ganz sicher. Es kommen nicht nur verschiedene Musikgruppen; wir kommen auch. Wir singen zwar nicht – –

(Minister Jürgen Banzer: Gott sei Dank!)

– Ich wollte ein paar Zwischenrufe auslösen, das ist in Ordnung so.

Lieber Herr Kollege Vollmer, Ernst Mosch ist halt nicht mehr da. Das ist für uns beide ein Problem. – Ich wünsche Ihnen alles Gute. Bleiben Sie so frisch, und nach dem Hessentag lade ich Sie wieder ein, damit wir Sie einmal „in echt“ sehen, wie Sie es gesagt haben. Das wäre eine gute Gelegenheit.

Ich darf Ihnen zur Erinnerung an diese Stunde ein kleines Geschenk mitgeben. Um das zu überreichen, verlasse ich diesen Platz, und wenn ich den Platz verlasse, ist der Landtag stillgelegt. Das machen wir jetzt.

(Präsident Norbert Kartmann überreicht dem Hessentagspaar und dem Bürgermeister ein Präsent. – Das Hessentagspaar stellt sich den Fotografen und verabschiedet sich. – Allgemeiner Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zu unserem Tagesgeschäft. Ich hatte die Sitzung eröffnet. Ich stelle nun die Beschlussfähigkeit fest. – Dem widerspricht keiner. Dann ist es so.

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst auf einen Vorgang aus der 42. Plenarsitzung am 28. April 2010 zurückkommen, auf einen Zeitpunkt, als ich hier die Sitzungsleitung hatte. Während des Redebeitrags des Abg. Rentsch kam es zu einem Zwischenruf mit dem Begriff „Nordkorea“, und wir haben versucht, herauszufinden, wer das gesagt hat und weshalb. Ich füge hinzu, dass Herr Kollege Schäfer-Gümbel die Auffassung vertrat, es sei auf ihn gemünzt. – Das war es nicht, das haben wir jetzt geklärt. Es muss nun festgestellt werden, das ist auch in Ordnung so. Es war ein Zwischenruf des Kollegen van Ooyen, auf den der Kollege Peuser – dieser hat es reumütig zugegeben – „Nordkorea“ gerufen hat. Ich persönlich bin der Auffassung, dass es nicht parlamentarischen Gepflogenheiten entspricht, diesen Staat überhaupt irgendjemandem zuzurufen, um eventuell einen Vergleich herbeizuführen. Deswegen erteile ich Herrn Abg. Peuser nachträglich einen Ordnungsruf.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Er ist ja lernfähig! – Clemens Reif (CDU): Dann rufe ich das nächste Mal „Südtirol“!)

– Dazu gibt es keine Aussprache. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Die Tagesordnung vom 11. Mai 2010 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 80 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung – Tagesordnungspunkten 69 bis 73 – entnehmen können

(Anhaltende Unruhe)

– meine Damen und Herren, bitte –, sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Nach § 32 Abs. 6 beträgt die Aussprache für jeden zulässigen Antrag

auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde fünf Minuten je Fraktion; ab Donnerstag, 9 Uhr, werden wir dies so tun.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend SPD-Gesetze schaffen Voraussetzungen für erneuerbare Energien, Drucks. 18/2424. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 81. Wir wollen ihn mit Tagesordnungspunkt 12 aufrufen. – Das ist akzeptiert, dann wird so verfahren.

Weiterhin eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bildung und Betreuung als Schwerpunkte zukunftsfähiger Politik, Drucks. 18/2425. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann nehmen wir das als Tagesordnungspunkt 82 auf. Das wird allein aufgerufen, ganz normal. Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten.

Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Wagner.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, wir bitten, diesen Tagesordnungspunkt mit Tagesordnungspunkt 44 aufzurufen.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Niemand spricht dagegen, dann ist das so beschlossen.

Der Ablauf der Sitzung ist wie gehabt; wir tagen heute bis 19 Uhr. Am Dienstag beginnen wir wie immer mit der Fragestunde. Danach erfolgt die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten.

Wir haben einige Erkrankungen. Frau Kollegin Ypsilanti ist erkrankt, ebenso Frau Lannert und Herr Dr. Christean Wagner. Allen dreien von hier aus alles Gute. Ich bitte, es auch weiterzugeben, damit es nicht nur im Protokoll steht.

Herr Gerling ist heute entschuldigt. – Vom Kabinett sind zu verschiedenen Zeitpunkten entschuldigt: der Ministerpräsident am 19. Mai 2010, also morgen, ab ca. 15:30 Uhr. Herr Staatsminister Boddenberg und Herr Staatsminister Posch am 19. Mai 2010 ganztägig. Herr Staatsminister Jörg-Uwe Hahn am 19. Mai 2010 ab ca. 15 Uhr und Frau Staatsministerin Dorothea Henzler am 20. Mai 2010 ganztägig.

Zur Geschäftsordnung, Herr Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden das wiederholte Fehlen von Mitgliedern der Landesregierung, und zwar in einer sehr dramatischen Art und Weise, zum Anlass nehmen, dies in der nächsten Sitzung des Ältestenrats zu thematisieren. Wenn z. B. ein Mitglied der Landesregierung möglicherweise bei der Eröffnung einer Kreisstraße anwesend ist, finden wir, dass dies kein Grund ist, bei einer wichtigen Landtagssitzung – und Landtagssitzungen sind grundsätzlich wichtig – zu fehlen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich finde, es hat auch etwas mit dem Selbstverständnis zu tun, und dies häuft sich in letzter Zeit.

Herr Koch, deswegen haben wir zunächst einmal die Bitte an Sie – – Der ist auch nicht da.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da hinten steht er!)

– Er steht im Hintergrund. Herr Koch, das kenne ich von Ihnen so nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Koch, wir haben die Bitte an Sie als Chef der Landesregierung, darauf hinzuwirken, dass auch die Mitglieder der Landesregierung anwesend sind, wenn Plenarsitzungen stattfinden. Es gibt Ausnahmeregelungen – etwa Ministerpräsidentenkonferenzen –, aber sehr eng umgrenzte.

Das ist in den letzten Wochen und Monaten eingerissen. Ich finde, das ist der Würde des Parlaments aber nicht angemessen. Deshalb besteht hier dringender Änderungsbedarf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das war eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Es ist kein Antrag gestellt worden. Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte beendet.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Die Auswahl der sieben Persönlichkeiten für das Kunstwerk „Himmel über Hessen. Licht-gestalten“ haben die Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Politik und Wirtschaft der Jahrgangsstufe 12 der Dreieichschule Langen getroffen. Es sind dies Hans Jakob von Grimmelshausen, Philipp Scheidemann, Konrad Duden, Clara Schumann, Konrad Zuse, Ludwig Beck und Adam Opel.

Der Rechts- und Integrationsausschuss und der Unterausschuss Justizvollzug tagen gemeinsam, und zwar im Anschluss an die Plenarsitzung, ca. 19 Uhr, im Sitzungsraum 501 A.

Einen runden Geburtstag konnte Herr Kollege Alexander Noll begehen. Er wurde 50 Jahre alt. Lieber Herr Noll, herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die nächsten 50 Lebensjahre.

(Allgemeiner Beifall)

Keinen runden, aber einen wichtigen – weil heute – Geburtstag hat der Kollege Paulus. Er ist 41 Jahre alt geworden. Lieber Herr Kollege Paulus, Glückwunsch. Schön, dass Sie Ihren Geburtstag bei uns verbringen. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, damit sind die Formalitäten erledigt. Wir können in die Tagesordnung einsteigen. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde – Drucks. 18/2317 –

Wir beginnen mit **Frage 249**, Herrn Abg. Landau.

Dirk Landau (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Kommunen und Vereine haben sich dieses Jahr beim „Sauberhaften Frühlingsputz“ engagiert?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Kollege Landau, am landesweiten „Sauberhaften Frühlingsputz“, der am 13. März stattfand, haben sich insgesamt 130 Kommunen und ca. 14.000 Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Die Anzahl der Vereine ist nicht erhoben worden.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 250, Herr Abg. Bellino.

Holger Bellino (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Anstrengungen unternimmt sie, um den Anteil der Polizeibeamten mit Migrationshintergrund zu erhöhen?

(Norbert Schmitt (SPD): Große! – Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Im Ältestenrat wird auch darüber zu beraten sein, ob deskriptische Äußerungen zu ernsthaften Fragen parlamentarisch sind. Wir haben viele Gespräche vor uns.

(Allgemeine Heiterkeit)

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat so, wir unternehmen große Anstrengungen.

(Große Heiterkeit)

Ich will sie Ihnen ein bisschen erläutern, damit Sie eine entsprechende Bewertung treffen können. Die hessische Polizei bemüht sich seit Jahren, den Anteil der Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Aus meiner Sicht besonders interessant und hervorzuheben ist ein Projekt, das wir im April des Jahres 2009 gestartet haben. Damals haben wir gemeinsam mit der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ eine Informationsreihe gestartet, in der wir über den Polizeiberuf unterrichten, mitteilen, wie man sich bewirbt und welche Voraussetzungen zu erfüllen sind. Das ist aus meiner Sicht sehr gut angelaufen. Wir haben das sowohl in Deutsch wie in Türkisch gemacht.

Wir haben darüber hinaus eine Reihe weiterer Zeitungen, speziell Jugendzeitungen wie „Spiesser“, „Yaez“ und „Abi Spezial“, in entsprechender Weise bestückt. Mit denen arbeiten wir eng zusammen, um die Zielgruppe besser zu erreichen, die nach unseren Erkenntnissen die klassischen Tageszeitungen normalerweise nicht liest und im

Übrigen auch mit „normalen“ Informationsmitteln kaum erreicht werden kann.

Eine wichtige Aufgabe sehen wir in der Zusammenarbeit mit Sportvereinen und Sympathieträgern mit Migrationshintergrund aus dem Sport. Eine ganze Reihe entsprechender Persönlichkeiten ist bereit gewesen, sich für diese Kampagne zur Verfügung zu stellen. Das findet große Aufmerksamkeit.

Wir haben in allen Polizeipräsidien Migrationsbeauftragte. Wir sind in den Kultur- und Elternvereinen mit diesen und mit den zuvor erwähnten Sympathieträgern unterwegs. Wir werden z. B. auf dem Hessentag in Stadallendorf eine ganze Reihe diesbezüglicher Angebote unterbreiten.

Im Jahr 2009 haben wir 551 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt. Dabei haben wir immerhin eine Quote von rund 17 % Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund erreichen können. Wir haben einmal die Quoten in den anderen Ländern abgefragt. Dabei hat sich gezeigt: Wir sind weit vor allen anderen. – Das zeigt, dass unsere Initiativen erfolgreich sind. Ich halte sie für notwendig, und wir werden diese Initiativen fortsetzen. Letztlich gilt natürlich die Feststellung, dass die Polizei ihre Arbeit dann am besten machen kann, wenn wir aus allen Bereichen der Bevölkerung, die es in unserem Lande gibt, qualifizierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gewinnen können. Wir sind auf sehr gutem Wege, und ich bitte Sie alle, diese Initiativen zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr verehrter Herr Staatsminister, würden Sie – getreu dem Werbeslogan eines Schweizer Bonbonherstellers – dem Landtag noch kundtun, in welchem Koalitionsvertrag zwischen welchen Parteien in welchem Jahr dieses Projekt unter welchem Innenminister gestartet wurde?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Sagen Sie mir jetzt noch den Werbespruch, dann kann ich Ihnen eine Antwort geben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Wer hat es erfunden?“)

– Ach so. – Es ist wie so oft: Der Erfolg hat viele Väter, der Misserfolg ist ein Waisenkind. Erstens. Ich weiß nicht, in welcher Koalitionsvereinbarung es stand. Zweitens. Ich weiß auch nicht, in welchem Jahr das war.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 1991!)

Ich weiß drittens nicht, welcher Minister damals amtiert hat.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Günther!)

Ihre Frage hat erkennbar einen einzigen Hintergrund. Es handelt sich um eine sehr erfolgreiche Sache, und daran möchten Sie partizipieren. Das verstehe ich, und das ist auch in Ordnung. Nach meiner Erinnerung muss es in den Jahren zwischen 1991 und 1999 gewesen sein.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damals hat die von Rot und Grün getragene Landesregierung die Initiativen der damaligen Ausländerbeauftragten umgesetzt. Das fand ich in Ordnung. Ich war damals innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und habe das begrüßt. Daraus können wir gemeinsam schließen, dass es an der Stelle keine Alleinvertretungsansprüche gibt. Wahr ist allerdings auch: Das, was wir jetzt machen, hat es vorher noch nie gegeben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Cárdenas.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Innenminister, gibt es Bemühungen oder Überlegungen, auch Kopftuch tragenden Frauen die Mitarbeit im Polizeidienst zu ermöglichen? Vielleicht besteht diese Möglichkeit auch bei Turban tragenden Sikhs.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Solche Bemühungen werden nicht unternommen. Sie wissen, dass wir sehr viele – und zunehmend mehr – Frauen in der hessischen Polizei haben. Das halten wir für richtig. Ich möchte aber gerne daran festhalten, dass derjenige, der den Polizeiberuf ergreift, gleich welcher Religion und Herkunft er ist, keinen Anlass bietet, an seiner Neutralität und an der Korrektheit seiner Amtsführung in der Öffentlichkeit zu zweifeln. Deshalb würde ich so jemanden immer bitten, im Dienst kein Kopftuch zu tragen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 251, Herr Abg. Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Teilt sie die Ansicht der bisher anonymen „Initiativ- und Invest-Gruppe Beberbeck“, dass es in Beberbeck im Herbst dieses Jahres zu Baurecht und Baubeginn kommt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Wirtschaftsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Klose, die Schaffung von Baurecht durch eine entsprechende Bauleitplanung für das Ferienresort Schloss Beberbeck fällt in die kommunale Zuständigkeit der Stadt Hofgeismar. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Frist von einem Monat für die öffentliche Auslegung eines Bebauungsplans ist es nicht ausgeschlossen, dass das Baurecht für das Projekt bereits bis zum Herbst dieses Jahres geschaffen werden kann.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, ist Ihnen denn bekannt, ob, wie das Konsortium selbst mitgeteilt hat, die Verhandlungen über den Kaufvertrag zwischen dieser Investorengruppe und der Stadt tatsächlich am gestrigen Montag begonnen haben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Klose, ich kann Ihnen nichts zu dem sagen, was gestern stattgefunden hat.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 252, Herr Abg. Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

In welcher Art und Weise ist die Landesregierung an den angeblichen neuen Investorengesprächen rund um ein „Ferienresort Beberbeck“ beteiligt?

(Zuruf von der CDU: Jetzt will er es aber wissen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Klose, die Landesregierung ist an den Verhandlungen der Stadt Hofgeismar mit potenziellen Investoren eines Ferienresorts Schloss Beberbeck nicht beteiligt.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, in welcher Art und Weise ist die Landesregierung an der Überprüfung des Finanzierungsnachweises über 250 Millionen € beteiligt, den das Konsortium angeblich bereits vor längerer Zeit vorgelegt hat?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Klose, ich habe darauf hingewiesen, dass der Bürgermeister uns zugesagt hat, uns über die Verhandlungen, die die Stadt Hofgeismar zurzeit führt, zu informieren, wenn sie zum Abschluss gebracht worden sind bzw. der Verfahrensstand es tunlich erscheinen lässt, mit uns in Kontakt zu treten. Aufgrund der Tatsache, dass die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, ist das bisher noch nicht geschehen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Schott.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Posch, was ist ein Verfahrensstand, der das tunlich erscheinen lässt? Das heißt, wann wird die Landesregierung in welcher Form einbezogen?

(Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Die Stadt entscheidet, wann sie es für tunlich hält, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wissen Sie, wo Berbeck liegt?)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, wie viel Geld haben wir im Haushaltsplanentwurf für dieses Ferienresort zur Verfügung gestellt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Nach meiner Kenntnis haben wir in diesem Haushalt kein Geld dafür zur Verfügung gestellt. Wenn die Verhandlungen in diesem Jahr zum Abschluss kommen sollten, müssten die haushaltsrechtlichen Bedingungen erfüllt werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Letzte Zusatzfrage, Herr Abg. Klose.

Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, finden Sie es angesichts der in Aussicht gestellten Landesförderung in Höhe von 30 Millionen € und angesichts der Vorgeschichte des Projekts angemessen, die Prüfung allein der Stadt Hofgeismar zu überlassen?

(Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Klose, die Landesregierung kann in eine Prüfung überhaupt erst eintreten, wenn die Verhandlungen zwischen der Stadt Hofgeismar und den Investoren abgeschlossen sind. Vorher ergibt das keinen Sinn. Das werden Sie sicherlich zugeben.

(Minister Karlheinz Weimar: Wir sind doch nicht im Studentenparlament!)

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 255, Herr Kollege Stephan.

Peter Stephan (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hat sich die hessische Task Force Lebensmittelsicherheit bewährt?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut!)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Kollege Stephan, seit ihrer Gründung im Jahr 2006 unterstützt die Taskforce Lebensmittelsicherheit die Vollzugsbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte fachlich und personell bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die Sicherheit und Transparenz in der Lebensmittelproduktion vom Erzeuger bis zum Endverbraucher zu gewährleisten. Davon ist in vielen Fällen Gebrauch gemacht worden. Aus unserer Sicht hat sich die Taskforce Lebensmittelsicherheit bewährt,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

da sie auf der einen Seite viele konkrete Handlungshilfen, z. B. Muster für Verfügungsverfügungen und Ähnliches, und verschiedenste Gesprächsforen mit entwickelt hat und auf der anderen Seite aktuelle Tätigkeitsschwerpunkte aufgreift und ein Jahr später einen Bereich besonders prüft. Aktuell geht es um die Evaluierung einer gezielten, risikoorientierten Probenanforderung und Probenentnahme. Auch die Konzeptentwicklung für Schwerpunktkontrollprogramme bei der Einfuhr pflanzlicher Lebensmittel insbesondere aus dem asiatischen Raum und über das Internet gehört dazu. Das zeigt, dass die Taskforce Lebensmittelsicherheit immer besondere Schwerpunkte setzt, dabei die Vollzugsbehörden unterstützt und dass somit in Bezug auf die Lebensmittel in Hessen eine wesentlich höhere Sicherheit erreicht werden kann.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Dorn.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, wie kann die Landesregierung denn sicherstellen, dass nicht ein und dieselben Aufgabenfelder doppelt übernommen werden, einmal von der Taskforce und einmal von der kommunalisierten Lebensmittelüberwachung?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Dorn, ich gehe davon aus, dass Sie die Taskforce mit dieser Frage nicht infrage stellen. Die Taskforce arbeitet mit den Vollzugsbehörden der kreisfreien Städte und der Landkreise sehr eng zusammen. Es werden im Vorfeld immer bestimmte Schwerpunkte abgesprochen. Dadurch ist einerseits gewährleistet, dass keine doppelten Prüfungen vorgenommen werden, und andererseits, dass sehr engmaschig geprüft wird und dass die Informationen untereinander weitergegeben werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 256, Herr Abg. Dr. Müller (Gelnhausen).

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie kann sie einem Mann aus dem Volk erklären, was unter den vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst angekündigten „Hessen Talents“ zu verstehen ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, mit den „Hessen Talents“, die bereits mit großem Erfolg auf der 60. Berlinale liefen, ist ein hochkarätiges Filmprogramm nach Wiesbaden gekommen. Die Hessische Film- und Medienakademie hat diesen Titel kreiert, um die Absolventen der Kunsthochschulen als Nachwuchstalente auf ihrem Gebiet in den Blickpunkt zu rücken. Die gut besuchten Veranstaltungen belegen, dass viele Leute Angebote unter diesem Titel wahrnehmen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Müller (Gelnhausen).

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):

Frau Ministerin, halten Sie persönlich denn diese Wortwahl – in der Sprache der Leute: dieses Wording – für angemessen?

(Heiterkeit)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich halte diesen Titel für angemessen, weil beim Film die Internationalität – die wir in Hessen an den Kunsthochschulen haben – eine große Rolle spielt. Die Besucherzahlen zeigen, dass sich viele Hessen schnell von Englisch auf Deutsch umstellen können und die Veranstaltungen daher gut besucht sind.

(Zuruf von der SPD: Yes, Minister!)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Frau Ministerin, hielten Sie nicht den Ersatz des „s“ durch ein „e“ für zielführend? Dann wären, umgekehrt, auch die ausländischen Gäste in der Lage, das zu erkennen, und die Veranstaltung hätte damit schlicht einen deutschen Titel, nämlich „Hessen Talente“.

(Zuruf von der SPD: Das ist aber ein griechisches Wort für Geld! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Film- und Medienakademie hat diesen Begriff ganz bewusst gewählt. Ich finde, man sollte die Begriffe, die für diese Bereiche inter-

national anerkannt sind, auch benutzen und sie nicht so verändern, dass am Ende gar keiner mehr weiß, was darunter zu verstehen ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 257, Herr Abg. Wiegel.

Kurt Wiegel (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die kürzlich neu eingeführte regionale Milchmarke „Die Hessische“?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Kollege Wiegel, die Landesregierung begrüßt es, wenn die Landwirte bessere Absatzmöglichkeiten finden, ob das nun über die regionale Milchmarke „Die Hessische“ läuft, über Verträge mit kleineren oder größeren Molkereien – wovon die Landwirte dann tatsächlich profitieren – oder über die „faire Milch“. All diese Marken, bei denen die Landwirte tatsächlich einen Einfluss haben, bieten ihnen eine sehr gute Möglichkeit, dass sie für die von ihnen gelieferte Milch einen vernünftigen Preis bekommen.

Entscheidend wird jedoch sein, ob die Verbraucherinnen und Verbraucher die unterschiedlichen Marken, die inzwischen über die Landwirte selbst eingeführt worden sind, tatsächlich annehmen. Wir hoffen, dass sie damit Erfolg haben, und unterstützen die Landwirte deswegen in allen Bereichen, in denen sie das in die Hand genommen haben. Wir hoffen, dass es damit nach vorne geht und dass auch die Milchkrise so weit beseitigt wird, dass die Landwirte am Erlös besser partizipieren.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. May stellt eine Zusatzfrage.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, ich frage Sie: Wie viele Landwirte sind denn für die sogenannte „Die Hessische“ Lieferanten?

(Zurufe: Keine Schärfe!)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Kollege May, ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele dort Mitglied sind. Das ist keine Aufgabe der Landesregierung.

Ich denke, das Wichtigste ist, dass in all diesen Bereichen – ich habe mehrere genannt – die Landwirte direkt parti-

zipieren. Sie kennen auch die anderen Diskussionen. Da werden bestimmte Vermarktungsstrukturen gerade erst aufgebaut. Die Verbraucherzentralen kritisieren da, dass das noch nicht alles Lieferverträge aus den entsprechenden Bundesländern sind.

Ich glaube, es ist wichtig, dass die Landwirte überhaupt die Chance haben, die Verträge an verschiedenen Stellen umzustellen. Sie haben die Möglichkeit, in solche Verträge einzusteigen. Damit können sie schlichtweg eine bessere Wertschöpfung erreichen.

Ich finde es deshalb grundsätzlich positiv, dass solche Vermarktungsmöglichkeiten geschaffen werden. Aber zum Schluss wird es dabei bleiben: Wir müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher davon überzeugen, dass die Milch etwas ist, was einen Preis hat. Ich denke, die wichtigste Aufgabe ist, dass regionale Lebensmittel akzeptiert und anerkannt werden.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Görig kennt die Antwort!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Wiegel stellt eine Zusatzfrage.

Kurt Wiegel (CDU):

Frau Ministerin, ist es richtig, dass diese Marke von der Qualitätsmarke „Geprüfte Qualität – Hessen“ zertifiziert wird und dass jeder Landwirt in diese Marke einsteigen kann?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Soweit mir das bekannt ist, ist das zutreffend.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin Dorn stellt eine Zusatzfrage.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Ministerin: Hält sie es für richtig, dass die Milch nur eines Landwirts vertrieben wird? – Es ist nur ein Landwirt, dessen Milch vertrieben wird. Ansonsten wird die regional erzeugte Milchmarke nicht anders gefördert.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Dorn, da Ihr Kollege das Ihnen so zugerufen hat, darf ich erst mal meine Verwunderung zum Ausdruck bringen, dass er mir eine Frage gestellt hat, die er sich möglicherweise selbst beantworten kann.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

Gleichzeitig ist das aber eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Landwirte partizipieren können. Ich hoffe, dass wir da wieder Einigkeit haben.

Wir kennen das aus vielen Bereichen. Es gibt „Die Hessische“ und die „faire Milch“. Ich sage aber auch bewusst, dass es nicht nur diese beiden gibt. Es gibt da auch Molkereien. Denken Sie etwa an die Upländer Bauernmolke- rei. Sie schließt Verträge, die den Landwirten zugutekommen.

Es gibt in vielen unterschiedlichen Bereichen die Möglichkeit, dort einzusteigen. Ich denke, es muss das gemeinsame Ziel der verschiedenen politischen Richtungen dieses Landtags sein, dass wir gemeinsam dafür Werbung machen, dass die Landwirte an der Wertschöpfung und an der regionalen Vermarktung der Lebensmittel partizipieren, damit überhaupt noch die Möglichkeit besteht, dass in Hessen tatsächlich Milch produziert wird und Kühe gehalten werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Frage ist **Frage 258** des Herrn Abg. Schork.

Günter Schork (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Schlussfolgerung zieht sie aus dem Sachverhalt, dass das Thema Tierschutz nicht in den Lehrplänen der Sekundarstufe I des gymnasialen Bildungsganges enthalten ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kultusministerin Henzler.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Herr Abg. Schork, die Aussage, das Thema Tierschutz sei in den Lehrplänen der Sekundarstufe I nicht enthalten, ist so nicht korrekt. In den Lehrplänen der Sekundarstufe I des gymnasialen Bildungsganges ist dieses Thema insbesondere im Fach Ethik, aber auch in den Fächern Evangelische und Katholische Religionslehre verankert.

Darüber hinaus ist das Thema Tierschutz im Rahmen des Themas Biotopschutz Bestandteil des Anschlussprofils von der Jahrgangsstufe 9 in die gymnasiale Oberstufe im Fach Biologie.

Durch die Verpflichtung, den Unterricht einer Religionslehre oder Ethik als Ersatzfach zu belegen, wird sichergestellt, dass alle Schülerinnen und Schüler das Thema Tierschutz behandeln. Ich verweise dazu auf die Kleine Anfrage der Abg. Dr. Pauly-Bender vom 10. März 2010.

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen zu **Frage 260** des Herrn Abg. Lenz aus Hahnau.

Aloys Lenz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie wird das vom Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa eingerichtete „EU-Beratungszentrum Hessen“ von den jeweiligen Zielgruppen angenommen?

(Zuruf: Hervorragend!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Justizminister Banzer.

(Zuruf: Hahn!)

– Ich muss ab und zu noch Vergangenheitsbewältigung betreiben. – Herr Minister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Herr Präsident Kartmann, vielen Dank. – Das im September 2009 eingerichtete „EU-Beratungszentrum Hessen“ wird, wie Herr Kollege Kaufmann eben schon gesagt hat, gut angenommen. Pro Woche gehen dort durchschnittlich vier bis sechs Anfragen aus den verschiedensten Förderbereichen ein.

Mit der Einrichtung des „EU-Beratungszentrums Hessen“ werden drei Ziele verfolgt.

Ersten geht es um die Bildung einer zentralen Anlauf- und Servicestelle des Landes Hessen für alle wichtigen Fragen hinsichtlich der Förderung durch die Europäische Union.

Zweitens sollen bereits bestehende Initiativen unterstützt und vernetzt werden.

Drittens soll es in enger Zusammenarbeit mit der Landesvertretung in Brüssel zu einer Einflussnahme auf die zukünftige Ausgestaltung der Förderprogramme im Interesse Hessens kommen.

Hinsichtlich der Zielgruppen zeigen sich bislang deutliche Unterschiede. Die eingehenden Anfragen stammen vor allem von Bürgerinnen und Bürgern, von Vereinen und von Verbänden. In der letzten Zeit stammen sie auch verstärkt von hessischen Kommunen.

Anfragen von Unternehmen und Hochschulen sind dagegen seltener. Letzteres lässt sich auf die in diesen Bereichen bereits bestehenden guten Beratungsstrukturen in Form des Enterprise Europe Network Hessen, EEN-Hessen, sowie auf die EU-Forschungsreferenten an den hessischen Hochschulen zurückführen.

Die bisherige Resonanz bestätigt die Notwendigkeit des „EU-Beratungszentrums Hessen“, das allen Interessierten offensteht.

Abschließend ist unsererseits noch auf den prozesshaften Charakter bei der Entwicklung des „EU-Beratungszentrums Hessen“ hinzuweisen. Aus diesem Grund werden die Informations- und Werbeveranstaltungen für das Zentrum, wie etwa die, die Ende April 2010 bei der Kreisverwaltung in Fulda stattgefunden hat, sowie die Vernetzungsaktivitäten mit anderen Beratungsstrukturen – Mitte April 2010 gab es dazu etwas mit dem EEN-Hessen und den hessischen EU-Forschungsreferenten – auch in Zukunft fortgeführt werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Frage, **Frage 261**, stammt von Herrn Abg. Lenz aus Hanau.

Aloys Lenz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche konkreten Pläne verfolgt das Hessische Landesamt für geschichtliche Landeskunde in Marburg im Rahmen des Ausbaus und der Fortentwicklung des Landesgeschichtlichen Informationssystems (LAGIS) derzeit?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, mit dem Landesgeschichtlichen Informationssystem LAGIS hat Hessen eine bundesweite Vorreiterrolle bei der digitalen Vermittlung landesgeschichtlicher Informationen übernommen. Aus den Projekten, die derzeit im Rahmen von LAGIS aufgebaut werden und in Kürze anstehen, möchte ich zwei besonders herausheben.

Das Modul Hessische Biografie wurde kürzlich präsentiert. Das Modul Hessische Biografie ist ein Kooperationsprojekt mit dem Institut für Personengeschichte in Bensheim. Es umfasst mittlerweile ca. 5.500 Personensätze, die eingesehen werden können.

Im Aufbau befindet sich im Moment das Modul Burgen und Schlösser, das das Ziel hat, ein historisches Ortslexikon zu erweitern, die Burgen, Schlösser und Herrenhäuser im heutigen Hessen zu erfassen und historisch und burgenkundlich darzustellen.

Wir sind da Vorreiter. Es gibt viele Anfragen aus anderen Ländern, die auch der Bevölkerung ein solches Informationssystem zur Verfügung stellen wollen.

Präsident Norbert Kartmann:

Danke schön. – Wir kommen damit zu **Frage 262** des Herrn Abg. Stephan.

Peter Stephan (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Ziele verfolgt sie mit dem landesweiten Energiesparwettbewerb innerhalb der Landesbehörden?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Energie sparen! – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, ich greife den Zwischenruf auf: Es ist richtig, es geht ums Energiesparen.

Die Sache hat einen sehr ernsten Hintergrund unter dem Gesichtspunkt, dass wir in Zukunft ganz anders energiesparend und CO₂-mindernd bauen werden. Es nutzt aber nichts, alles hoch technisch auf eine hohe Energieeinsparquote auszulegen, wenn, was weiß ich, den ganzen Tag die Fenster aufgelassen werden. Ich habe das jetzt einmal so gesagt. Das heißt also, dass moderne und energiesparende Bauweisen mit Verhaltensänderungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einhergehen müssen.

Wir haben das einmal als Wettbewerb angelegt, um Erfahrungsdaten in jeder Beziehung zu sammeln. Das Hessische Baumanagement kennt durch das Kompetenzzentrum Energieberatungsservice seit Jahren die Verbrauchsdaten der einzelnen Gebäude. Wir haben seit dem Mai 2010 30 Dienststellen, die sich gemeldet haben und die 42 Gebäude haben, in einen solchen Wettbewerb aufgenommen.

Das Ziel ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den einzelnen Behörden im Wettbewerb miteinander die höchste Einsparquote erreichen. Es geht um Strom, Heizenergie und Wasser. Wir sind jetzt dabei, es kann öffentlich nachverfolgt werden: Unter www.hessen-nachhaltig.de kann man jeden Tag nachsehen, wie die Energie-sparentwicklung in den einzelnen Gebäuden ist. Das hat ganz interessante Aspekte für uns, aber auch Folgen für diejenigen, die miteinander im Wettbewerb stehen. Nach einem Jahr werden wir die Sache abschließen, um sie auszuwerten und die Erfahrung, die wir gemacht haben, auf andere Landesverwaltungen auszudehnen.

Damit man sieht, um welches Potenzial es sich bei den 30 Dienststellen mit den 42 Gebäuden handelt: Es geht um einen Stromverbrauch von 4.000 Haushalten, um einen Wasserverbrauch von 400 Haushalten – wir haben nicht so viel – und um eine Verbrauchsmenge bei der Heizenergie von 1.000 Haushalten. Es ist schon relativ repräsentativ, was wir machen.

Unsere Zielvorstellung ist, dass wir 10 % einsparen können. Das wäre etwas hoch Erfreuliches, weil es im Grunde genommen ohne Geldeinsatz geht. Wir haben auch Verträge bzw. Kooperationsvereinbarungen im Rahmen von Lernnetzwerken gemacht. Das heißt, teilweise international tätige Unternehmen, die sich der Nachhaltigkeit im Klimaschutz verpflichtet haben, können Erfahrungswerte weitergeben. Sie sind unsere Partner und stehen den Wettbewerbsteilnehmern zur Verfügung.

Im Hinblick auf Informationen wollen wir die Potenziale, die dort zu greifen sind, für unsere zukünftigen Baumaßnahmen nutzen und gleichzeitig den Grundstein dafür legen, dass in der ganzen Landesverwaltung diese Verhaltensänderungen durchgeführt werden. Ich bin relativ optimistisch, dass dies gelingen wird: die Entrees bei diesen Veranstaltungen, die Teilnahme, die Begeisterung. Die Behörden haben jetzt Teams gebildet, die sich intensiv mit der Frage Energieeinsparung auseinandersetzen.

Ich bin relativ optimistisch, dass das gut gelingen wird und wir bis Mai nächsten Jahres – wir machen eine Heizungsperiode – so viel Erfahrung sammeln, dass wir das weitgehend 1 : 1 auf die übrigen Landesbehörden übertragen können. Eine gute Sache, die fast nichts kostet und uns sicherlich Energieeinsparung bringen wird.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hammann.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es ist gut, dass in diesem Bereich etwas passiert. Ich frage die Landesregierung: Verfolgt die Landesregierung das Ziel, für Hessen 40 % Kohlendioxidreduktion bis zum Jahre 2020 vorzunehmen, und bis wann ist hierfür mit einem Konzept zu rechnen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Frau Abgeordnete, das Erste ist, es interessiert mich neben der Frage, dass ich einmal Umweltminister war und Interesse daran habe, dass wir die Umwelt schonen, auch das Geld. Wir geben im Jahr nur für Energie über 100 Millionen € aus. 10 % Einsparung wären richtig viel Geld. Man muss sehen, wir bewegen uns in Größenordnungen, die auch wirtschaftlich rentabel sind.

Die zweite Seite ist die: Wir sind im Baubereich auf dem Weg, ganz andere Ziele zu verfolgen, als die EnEV das vorsieht. Als Landesverwaltung, als Bauverwaltung und als Behörden werden wir unseren Beitrag gelegentlich zum anderen Zeitpunkt dazu liefern. Wir sind auf einem sehr guten Weg. Selbst Ihnen wird es schwerfallen, da ein Haar in der Suppe zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Präsident Norbert Kartmann:

Als nächste Frage die **Frage 263**, Herr Abg. Milde (Griesheim).

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Ich frage die Landesregierung

nach dem Sachstand im Hinblick auf das neue Konzept für das Freilichtmuseum Hessenpark, nachdem 2007 der Startschuss für ein umfangreiches Sanierungs- und Bauprogramm gegeben wurde, und – bevor die GRÜNEN wieder dazwischenrufen – auch im Hinblick darauf, dass es seit letztem Jahr einen neuen Geschäftsführer gibt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach hätte ich sofort gefragt, Herr Kollege!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Finanzminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, zu den Zwischenrufen: Der neue Geschäftsführer ist richtig gut. An der Stelle haben wir im Moment nichts zu meckern.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin für die Frage dankbar, weil beim Hessenpark unglaublich viel passiert. Aber es ist nicht so im Fokus auch

des Hessischen Landtags. Ich kann nicht alles wiedergeben, was wir allein in den letzten zwei, drei Jahren bzw. schon vorher gemacht haben. Das Wichtigste ist, dass wir uns jetzt auf die Hauptaufgabenfelder fokussiert haben: Bau-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 16. bis 20. Jahrhunderts. Man kann nicht alles bringen, sondern muss das schon zusammenfügen. Erhaltung, Vorführung und Vermittlung der Bau- und Handwerkskunst des 16. bis 20. Jahrhunderts, außerschulischer Lernort von hoher Qualität, hochwertige Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, Sonderveranstaltungen als Anreiz für den Besuch im Hessenpark und Kooperationen und Verknüpfung hessischer Gesichte mit Angeboten anderer Museen in der Region – wir haben einiges zu bieten.

Zu dem, was wir alles gemacht haben bzw. wo wir im Moment dran sind, will ich stichwortartig sagen: Das Ausstellungsgebäude Scheune aus Asterode ist fertig und hat zwischenzeitlich in einem halben Jahr 17.000 Besucher gehabt. Sie sehen: eine hohe Resonanz, die durchaus wirtschaftlich nicht ohne Erfolg ist. Magazinegebäude – dort haben wir ein Zwischenlager errichtet, das aber eine hohe Qualität hat, weil wir im Hessenpark sehr viel Historisches gelagert haben, das gar nicht gezeigt werden kann, das wir aber erhalten müssen. Das Zentralmagazin ist in diesen Tagen fertig.

Darüber hinaus müssen wir weitere Lagergebäude und vorhandene Gebäude umbauen, damit wir alles das, was dort lagert, einmal richtig aufbewahren können. Das ist für 2011 vorgesehen. Der Parkplatz wurde erweitert. Auch wenn ÖPNV und anderes sehr stark im Vordergrund stehen, ist es so, dass es die Lage des Hessenparks bedingt, dass sehr viele doch mit dem Auto kommen.

Dann haben wir die Schänke aus Remsfeld, die wir jetzt herrichten. Das ist eine sehr attraktive Sache, damit die Besucher nicht nur auf dem Marktplatz im Hessenpark bessere Möglichkeiten haben, Gastronomisches zu sich zu nehmen. Wenn man im Gelände ist, gibt es in dieser Hinsicht ein gewichtiges Defizit. Wir werden die Gebäude fertigstellen, die im Rahmen des Entwicklungskonzeptes neu aufgestellt werden.

Wir werden das Eingangsgebäude neu machen, weil das einmal auch im Hinblick auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemacht werden muss. Bei den Gebäuden haben wir einen hohen Sanierungsstau, weil der 1974 gegründete Hessenpark Schwierigkeiten damit hat, dass das Holz und teilweise das Schilf für die Dächer in die Jahre kommen. Wir müssen etwas tun, und wir werden etwas tun. Es gibt einen Sanierungsplan für die nächsten Jahre. Wir müssen die Außenanlagen sanieren und neu ordnen – ein sogenanntes Wassermanagement –, weil in den Gebäuden das Wasser teilweise im Keller steht und, wenn Schneeschmelze ist, Schäden an den Gebäuden entstehen. Das wird alles gemacht.

Staatssekretär Schäfer ist Aufsichtsratsvorsitzender. Ich war es vorher und habe mich darum gekümmert, dass auf dem Marktplatz das Hotelgebäude, diese Gießener historische Zeile, gebaut worden ist.

Wir können über die Entwicklung sehr froh und stolz sein. Der Hessenpark hat sich unendlich gut entwickelt und ist auf einem sehr guten Weg, gerade im Zusammenhang mit den Ausstellungsgebäude Scheune aus Asterode und der neuen Geschäftsführung, auch diesem Anspruch, den ich eben beschrieben habe, gerecht zu werden.

Die regionalen Abgeordneten und die, die in der Region sind, arbeiten sehr gut mit. Es gibt eine hohe Überein-

stimmung. Trotzdem würde ich einfach den Kolleginnen und Kollegen raten, die noch nicht oder schon lange nicht mehr da waren: Gehen Sie einmal hin, und schauen Sie sich das an; es lohnt sich wirklich. Wir Hessen können auf die Idee aus dem Jahre 1974 stolz sein, die immer mehr aufnimmt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Petra Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Minister, vielen Dank für die Antwort. Ich gehöre zu den örtlichen Abgeordneten, die Mitglied des Beirates sind. Man würde sich wünschen: Es gibt noch sehr viele Fachwerk Häuser, die unaufgebaut gelagert sind, und da könnte immer noch ein bisschen mehr hinein. Aber ich würde Sie gerne fragen, ob Sie bereit wären, das Kultusministerium vielleicht zu überzeugen, dass regelmäßige Schulbesuche im Hessenpark angebracht wären. Ich habe den Eindruck, dass noch viele hessische Schülerinnen und Schüler aus der Schule kommen, ohne jemals

Präsident Norbert Kartmann:

Bitte fragen Sie einmal richtig.

Petra Fuhrmann (SPD):

den Hessenpark gesehen zu haben.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister der Finanzen.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Frau Abgeordnete, zuerst zu Ihrer Frage, was wir da tun können.

Wir haben uns zunächst – und das ist auch allgemein anerkannt worden – auf die innere Stärkung des Hessenparks konzentriert: auf die Ausstellungsgebäude, die Magazine usw. Das kostet Geld genug. Auch dabei werden wir Abstriche machen müssen. In der Tat liegen dort noch ungefähr 140 abgebaute Häuser. Es ist eines unserer Ziele – und das haben wir in den letzten Jahren auch gut hinbekommen –, die Substanz dort zu erhalten. Dabei müssen wir uns ein bisschen nach der Decke strecken.

Natürlich wäre es schön, wenn wir dort Weiteres machen könnten. Es ist aber, wie es ist. Wenn alle sparen müssen, gibt es wichtigere Dinge als den Aufbau weiterer Häuser im Hessenpark. Die können auch noch ein paar Jahre warten, bis die Sache dann hoffentlich wieder in andere Bahnen hineinläuft.

Der zweite Punkt: Besucher. Dieses Problem haben wir landesweit. Wir haben sehr, sehr viele schöne Einrichtungen, für die die öffentliche Hand – Kommunen, Land – viel Geld ausgibt, worauf jedoch die Resonanz relativ klein ist.

Natürlich kann sich eine Schule immer für einen solchen Besuch entscheiden. Das Kultusministerium muss gar

nicht aktiv werden, um einen solchen Besuch zu organisieren.

Beispielsweise haben wir in Weilburg im Tierpark ein ganzes Haus eingerichtet, auch ein Fachwerkhaus, mit der Möglichkeit, Blätter zu untersuchen, und mit weiteren pädagogischen Angeboten. Schreibste 50 Schulen an, kommt einmal – – Die Resonanz ist halt relativ gering. Gelegentlich müsste man auch einmal eine solche Initiative aus der Schule selbst heraus gestalten.

Regional bedeutende Orte zu besuchen, wäre ganz schön. Insofern übernehme ich Ihren Appell einfach. Aber es hängt dann an Klassenlehrern und Sonstigen, die dann sagen: Auf, Jungs und Mädels, jetzt gehen wir einmal dahin. – Von den Schülern selbst wird da nichts kommen. Und solange von den Schulen und den Lehrern nichts kommt, werden die das nicht machen.

Ich kann nur dazu raten. Ihr Hinweis ist richtig. Da könnten Schüler sehr attraktiv und spannend sehr viel über die hessische Geschichte und über Geschichte insgesamt lernen, über Baukultur, alles Mögliche. So ist es ja auch aufgemacht. Es wäre richtig toll, wenn das gelingen würde. Es gibt dort ja auch Sonderpreise und alles für die Beteiligten. Dem steht also eigentlich nichts entgegen.

Ich kann nur hoffen, dass viele Werbung machen und das gelingt.

(Beifall der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) und Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 264, Herr Abg. Dr. Arnold.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie das Frühjahrgutachten der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute sowie die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung im Hinblick auf die Entwicklung der hessischen Wirtschaft in diesem Jahr?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Positiv!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Dr. Arnold, wir bewerten dieses Frühjahrgutachten bzw. die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zunächst einmal als eine Bestätigung für die Leistungsfähigkeit der deutschen und der hessischen Wirtschaft und darüber hinaus auch als eine Bestätigung für jene Maßnahmen, die die Politik in Zeiten der Krise hier ergriffen hat, um stabilisierend Einfluss zu nehmen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für das Jahr 2010 mit einem Wachstum von 1,5 %, die Bundesregierung – auch danach haben Sie gefragt – mit 1,4 %, also etwa mit dem gleichen Niveau.

Allerdings gibt es neuere Daten. Im ersten Quartal 2010 hat das Statistische Bundesamt ermittelt, dass wir ein Wachstum von 0,2 % haben, obwohl man für das erste Quartal wegen des strengen Winters eigentlich einen Rückgang erwartet hatte. Insofern sind wir ganz optimistisch, dass diese Zahlen im Jahresdurchschnitt insgesamt noch besser aussehen können.

Ich will das noch erläutern. Im Rezessionsjahr 2009 kam Hessen mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 4,3 % deutlich besser durch die Krise als die meisten anderen Länder. Das hat unterschiedliche Ursachen.

Einmal ist es der starke, stabile Dienstleistungssektor, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet. Allerdings haben auch die Konjunkturprogramme das Ihrige dazu beigetragen.

Was uns weiter optimistisch stimmt, ist die überdurchschnittliche Exportquote der hessischen Industrie. Sie wissen, und ich habe mehrfach darauf hingewiesen: Im Bundesdurchschnitt haben wir eine Exportquote von 45 %, in Hessen liegen wir bei über 50 %. Zudem wird das Sonderinvestitionsprogramm 2010 seine größte Wirkung noch entfalten.

Das alles stimmt uns zuversichtlich, dass die hessische Wirtschaft im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Erholung ebenfalls wächst.

Gerade vorhin habe ich eine Studie der Hessen-Agentur veröffentlicht, die wir zur Grundlage der Landesentwicklungsplanung nehmen. Auch diese Studie bestätigt, dass wir im Jahr 2014 das Bruttoinlandsprodukt aus dem Jahr 2008 wieder erreichen werden, und im Anschluss, bis zum Jahr 2030 – das ist der gesamte Entwicklungshorizont –, haben wir im Schnitt eine Prognose von 1,2 %. Das bezieht konjunkturelle Entwicklungen mit ein.

All das sind Daten, auf deren Grundlage wir sagen können: Beide Aspekte tragen dazu bei, die Leistungsstärke der Wirtschaft – Dienstleistungen, aber auch in der industriellen Produktion – zu stärken. Dazu tragen auch die Programme bei, die die Bundesregierung bzw. das Land auf den Weg gebracht haben.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 265, Herr Abg. Bellino.

Holger Bellino (CDU):

Ich möchte die Landesregierung fragen:

Wie beurteilt sie das in Wiesbaden gestartete Präventionsprogramm „Gelbe Karte“?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege Bellino, dieses mit der Stadt Wiesbaden und dem Polizeipräsidium Westhessen gemeinsam gestartete Projekt „Gelbe Karte“ ist ein Teil in dem großen Feld unserer Präventionsbemühungen. Dabei geht es im Ergebnis darum, dass wir Wege finden müssen, wie wir insbesondere Gewaltentwicklung und Alkoholmissbrauch, gerade bei jungen Menschen, besser bekämpfen können.

Die Rechtsgrundlage für das Ganze sind die Straßenverkehrsordnung und die begleitenden Gesetze. Das Neue dabei ist, dass schon bisher derjenige, der eine Straftat oder mehrere Ordnungswidrigkeiten mit einem Fahrzeug begeht, bei der Führerscheinstelle gemeldet wird, und dann werden entweder Punkte erteilt, oder es muss ein Gutachten erstellt werden, bzw. es wird der Führerschein entzogen. Das ist bisher schon immer dann der Fall, wenn jemand mit einer Verkehrsstraftat auffällt.

Das Neue ist, dass wir das jetzt auch auf die Fälle erweitert haben, wenn jemand auffällt, ohne dass er ein Auto gefahren hat, z. B. als Schläger, Nötiger oder Erpresser, und was wir dort alles haben. Wir glauben, eigentlich haben solche Leute im Straßenverkehr nichts zu suchen.

Wir wollen jetzt erreichen, dass denen neben den strafrechtlichen Sanktionen im Übrigen auch frühzeitig aufgezeigt wird: Wenn ihr euer Verhalten nicht ändert, dann verliert ihr auch den Führerschein.

Dieser Gedanke ist deshalb so interessant, weil gerade für junge Menschen die Möglichkeit des Autofahrens weit größere Bedeutung hat als etwa erzieherische Maßnahmen oder Geldstrafe. Man kann das auch in den Satz bringen, dass sich das volle Erwachsenwerden bei den jungen Leuten subjektiv erst mit der Erteilung der Fahrerlaubnis einstellt. Es ist also ein Versuch, besonders darauf hinzuweisen, dass, neben einer normalen Strafe, eben auch der Führerschein gefährdet ist.

Das wird gemeinsam mit der jeweiligen Führerscheinstelle und der Polizei so organisiert.

Was passiert konkret? Der Betreffende bekommt in der Tat eine gelbe Karte. Darauf ist beschrieben, was ihm passieren kann, damit er sich zukünftig anders verhält.

Wir haben das als Pilotprojekt angelegt. In Wiesbaden wurde es begonnen, in einer Großstadt. Im Landkreis Fulda werden wir jetzt einmal im ländlichen Raum testen, wie sich das entwickelt.

Meine Damen und Herren, der Hintergrund – ich finde, das ist interessant – ist die Tatsache, dass das in einigen Städten Deutschlands schon erprobt wurde. Ganz besonders interessant sind die Erfahrungen aus Karlsruhe. Karlsruhe hat 55 solcher Personen angeschrieben, dass sie entsprechend auffällig geworden sind. Vier dieser angeschriebenen Personen mussten ihre Geeignetheit durch eine medizinisch-psychologische Untersuchung nachweisen. Die Stadt Karlsruhe hat berichtet, dass in keinem einzigen Fall eine dieser 55 Personen, mit denen man so umgegangen ist, wie wir es jetzt auch vorhaben, rückfällig geworden ist.

Ähnliche Erfahrungen gibt es auch aus anderen Städten. Das hat die Landesregierung bewogen, das auch hier in Hessen einmal auszuprobieren, und im Ergebnis muss ich sagen: Alles, was hilft, das Zusammenspiel zwischen Gewaltneigung und Alkohol zurückzudrängen, ist richtig.

Meine Damen und Herren, wir haben heute festzustellen, dass schon ab dem zwölften Lebensjahr erheblicher Alkoholkonsum durchaus nicht selten, sondern gelegentlich die Regel ist. Im vergangenen Jahr sind immerhin 25.700 junge Menschen in den deutschen Notaufnahmeeinrichtungen wegen Alkoholvergiftung behandelt worden. Ich glaube deshalb, dass es richtig ist, dass wir alles das, was sich andernorts schon als sinnvoll erwiesen hat, auch in Hessen machen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Minister, ist es zutreffend, dass Sie selbst mit den Wiesbadener Verantwortlichen dieses Projekt der Presse vorgestellt haben, es bei dieser Gelegenheit über den grünen Klee gelobt haben, dieses Ihr Lob in zahlreichen Pressestatements zur Kenntnis gegeben haben, die wahrscheinlich auch dem Kollegen Bellino hätten bekannt sein können, sodass er wahrscheinlich deswegen über weite Strecken Ihrer Antwort nicht zugehört hat?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Das ist eine Frechheit! – Axel Wintermeyer (CDU): Er ist multitaskingfähig!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege Merz, ich hätte mich gefreut, wenn Sie irgendeinen Beitrag dazu gebracht hätten, wie wir das objektiv besorgniserregende Problem Alkoholmissbrauch etc. gemeinsam vernünftig bekämpfen. Das haben Sie nicht gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Soweit Sie Fragen gestellt haben, die ich überhaupt beantworten kann: Ja, es stimmt, ich habe das gemeinsam mit der zuständigen Dezernentin des Magistrats der Stadt Wiesbaden und, wenn ich es richtig im Kopf habe, dem Polizeivizepräsidenten von Westhessen vorgestellt. Ob ich das über den grünen Klee gelobt habe, weiß ich nicht. Das ist eine Ihrer Bemerkungen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Klee ist doch schwarz!)

Ich habe es so dargestellt wie heute. Ich bin davon auch überzeugt, und ich sage noch einmal: Wir können uns hier über vieles streiten. Wenn einer eine gute Idee hat, bin ich immer offen. Was mir an Ihren Bemerkungen fehlt, ist irgendeine inhaltliche Zugabe, irgendein inhaltlicher Punkt, wie wir ein schwieriges Thema erfolgreich gemeinsam behandeln können.

(Zurufe von der SPD: Eieiei!)

– Sie haben mich gefragt, deshalb müssen Sie sich auch die Antwort gefallen lassen. – Für völlig unzutreffend und unangemessen halte ich Fragen eines Abgeordneten an die Landesregierung zum Verhalten eines anderen Abgeordneten. Sie werden Verständnis haben, dass ich mich weder aus eigener Kenntnis noch aus Grundüberzeugung dazu äußere.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich habe hier eine weitere Frage von Frau Hofmann vorliegen; damit ist das erledigt. Sie haben das Wort, Frau Hofmann.

Heike Hofmann (SPD):

Herr Minister, in der Fachwelt, aus der Praxis sind an diesem Modellprojekt erhebliche rechtsstaatliche Bedenken geäußert worden. Teilen Sie diese Bedenken?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Ich teile diese Bedenken nicht. Mir ist keines dieser Bedenken schriftlich oder wie auch immer zugegangen. Ich habe in der Presse gelesen, dass es Menschen gibt, die Bedenken haben. Das muss man hinnehmen. Wenn sie welche haben, sollen sie sich melden. Ich habe jedenfalls keine.

Präsident Norbert Kartmann:

Die letzte Frage für die heutige Fragestunde ist die **Frage 266** von Herrn Abg. Dr. Bartelt.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie stellt sich die ambulante Palliativversorgung in Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern dar?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit.

Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:

Herr Abgeordneter, meine Damen und Herren! Hessen verfügt durch den Abschluss der Verträge zur speziellen ambulanten Palliativversorgung über eine flächendeckende Versorgung und nimmt damit im Bundesländervergleich eine Spitzenposition ein. Ich glaube, das ist eine Sache, über die wir uns alle freuen können.

Es ist uns gelungen, mit den drei Spitzenverbänden Verträge abzuschließen. In Verfolg daraus ist jetzt der Aufbau der entsprechenden Care-Teams in Arbeit. 17 solche Verträge und Care-Teams gibt es bereits. Weitere fünf sind als Vertragspartner in Aussicht genommen, um eine abschließend flächendeckende Versorgung in Hessen zu erreichen. Wir sind in den entsprechenden Vertragsverhandlungen.

Wir haben uns als Ministerium massiv eingebracht und dafür geworben, dass es zu diesen Vertragsabschlüssen kommt, und wir waren deswegen auch im Ländervergleich das erste Bundesland, das diese flächenhafte Vertragsabdeckung vorweisen konnte, sowohl was die Vertragspartner, die gesetzlichen Krankenkassen, als auch was die flächenmäßige Abdeckung betrifft, wobei wir auch darauf hingewirkt haben, dass es nicht unbedingt so

sein muss, dass ganz schnell alle Teams aufgebaut sind. Vielmehr sollte man insbesondere wegen der Sensibilität dieses Themenbereichs darauf achten, dass Qualität vorgehalten wird, dass multiprofessionelle Teams vorgehalten werden.

Ich glaube, es ist etwas, worüber sich der ganze Landtag freuen sollte: dass wir an dieser Stelle in einem der ganz schwierigen Themen für uns Menschen eine sehr gute Bilanz vorweisen können. Ich glaube, dass es für viele Menschen ein echter humanitärer Beitrag ist, dass sie die letzten Tage ihres Lebens zu Hause verbringen können. Damit will ich nicht die wertvolle Arbeit der stationären Hospize relativieren. Beides sind Wege und Möglichkeiten, um die letzten Tag in Würde und menschlich zu erleben.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister Banzer, alle Fraktionen im Hause sind, glaube ich, sehr zufrieden mit dem, was bei der palliativmedizinischen Versorgung erreicht wurde. Deswegen meine Frage: Wie sieht die Situation bei der Ausbildung zur Palliativmedizin an den Hochschulen aus? Welchen Reformbedarf sehen Sie in diesem Bereich?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Banzer.

Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:

Wir sind zunächst froh, dass im Rahmen der Approbation auf diesen Bereich immer mehr Wert gelegt wird. Wir sind in Hessen gegenwärtig bemüht, einen Lehrstuhl für diesen Bereich zu schaffen. Das ist ausgesprochen schwierig, weil damit auch eine entsprechende Ausstattung verbunden sein muss. Aber ich glaube, dass dies ein Bereich ist, dem in der ärztlichen Ausbildung künftig mehr Raum gegeben werden muss.

Ich muss allerdings einräumen, dass es mir hier ähnlich wie der Frau Kultusministerin geht, dass jede Woche ein anderes Fach zusätzlich in der Schule noch berücksichtigt werden soll. So ist es auch in der medizinischen Ausbildung. Von Arbeitsmedizin über Palliativmedizin, Schmerztherapien, in all den Bereichen, z. B. beim Thema Hausarzt – darüber haben wir gestern wieder gesprochen –, wird immer wieder verlangt, dass das Studium um weitere Aspekte ausgedehnt werden soll. Deswegen habe ich Verständnis dafür, dass dieser Prozess etwas langsam vorwärtsgeht. Aber wenn man überlegt, wie wir vor einigen Jahren das Symposium zu diesem Thema in diesem Landtag hatten und wo wir heute insgesamt stehen, dann ist das ein großer Fortschritt in kurzer Zeit.

Präsident Norbert Kartmann:

Danke schön. – Damit ist die heutige Fragestunde beendet.

(Die Fragen 271, 272, 279, 280, 282, 284, 287, 288 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage

beigefügt. Die Fragen 269, 270, 273 bis 278, 281, 283, 285, 286, 289 und 290 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Wir kommen zu unserem nächsten Tagesordnungspunkt. Das ist **Tagesordnungspunkt 2:**

Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend „Gemeinsam für ein starkes und stabiles Europa – gerade jetzt“

Vereinbart ist eine Redezeit von 30 Minuten. Ich gebe dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass die Ereignisse, die die Menschen in diesen Tagen genauso beschäftigen wie die politischen Institutionen im Zusammenhang mit Europa, der wirtschaftlichen Entwicklung Europas und unserer gemeinsamen Währung, des Euro, auch im Hessischen Landtag eine Rolle spielen müssen. Denn wir, auch das Bundesland Hessen, sind in den Beratungen des Bundesrates in diese Frage einbezogen, verhalten uns und wollen das selbstverständlich auch mit dem Hessischen Landtag diskutieren.

Dabei kommen wir in diesen Wochen immer wieder zu Situationen, in denen man, wenn man die letzten 24 Monate Revue passieren lässt, jeweils in den einzelnen Schritten, sei es die Bankenrettung in Deutschland, sei es der Rettungsschirm für Griechenland erst vor wenigen Tagen, subjektiv der Auffassung war und vielleicht auch hoffen durfte, dass es jeweils ein außergewöhnliches, einmaliges und in dieser Geschwindigkeit von Handlungsnotwendigkeiten auch für parlamentarische Institutionen nicht wieder vorkommendes Ereignis ist. Dennoch werden wir aller Voraussicht nach – wenn ich einmal unterstelle, dass die Bundesländer den von den Fraktionen des Deutschen Bundestages in diesen Stunden geäußerten Wünschen folgen – am kommenden Freitag erneut eine Beratung im Bundesrat haben und dort über die Frage des Euro-Rettungspakets oder des Euro-Sicherungsschirms sprechen.

Ich will gleich zu Anfang sagen: Aus der Sicht der Hessischen Landesregierung ist der Vorschlag, den die Bundesregierung dort macht und über die Bundestagsfraktionen einbringt, ein Vorschlag, dem wir am Ende folgen werden – nicht ohne Bedenken, nicht ohne Erwartungen an begleitende Maßnahmen, über die ich sprechen werde. Aber im Ergebnis sind wir der Auffassung, dass die Bundesregierung in den internationalen Verhandlungen in einer extrem schwierigen Situation das Richtige und Notwendige getan hat.

Wir müssen als Deutsche am Ende ein Interesse daran haben, in einem handlungsfähigen, wirtschaftspolitisch leistungsfähigen Europa mit einer starken eigenen Währung zu leben, weil das eine der Voraussetzungen für den Erfolg in der globalisierten Welt der Zukunft ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dabei kann gar nicht bestritten werden, dass die Entscheidungen, die am 7. Mai in der Konferenz des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs und am 9. Mai im Ecofin-Rat, also dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister, getroffen worden sind, im Gegensatz zu allem, was zuvor geschehen ist, erhebliche grundsätzliche Bedeutung haben. Das ist ein Paradigmenwechsel. Wir

tun uns alle miteinander keinen Gefallen, wenn wir versuchen, das zu verschleiern oder zu verschweigen, sondern wir müssen es den Bürgern so offen sagen. Wir müssen ihnen auch sagen, dass das ein Paradigmenwechsel ist im Verhältnis zu Erwartungen, die sie Anfang der Neunzigerjahre bei der Gründung der europäischen Währungs-gemeinschaft und den Entscheidungen im Vertrag von Maastricht zugunsten einer europäischen Gemeinschaftswährung gehabt haben, nämlich im Grundsatz die Erwartung, dass jeder Nationalstaat auch bei der einheitlichen Währung für sein eigenes wirtschaftliches Verhalten in vollem Umfang verantwortlich ist und bei der Bewältigung seiner Schulden nicht auf die Solidarität der übrigen Länder der Währungsunion zählen kann.

Es ist offenkundig, dass der 720-Milliarden-€-Rettungs-schirm für eine verabredete begrenzte Zeit von drei Jahren, aber natürlich mit einer Grundsatzwirkung, derer man sich nicht durch die Dreijahresfrist einfach entledigen darf, zu dem Ergebnis führt, dass im Zweifel die Mitglieder der Währungsunion jetzt eine Vereinbarung getroffen haben, die unter angemessenen Bedingungen gegenseitige Hilfe zusichert. Aus „Keiner haftet für den anderen“ ist also eine, wenn auch konditionierte, Erklärung der Bereitschaft zur Haftung für den anderen geworden. Das ist wahrscheinlich nach der Einführung des Euro an sich die tiefgreifendste ökonomische Veränderung in Europa.

Es mag sein, das will ich jedenfalls für mich persönlich sagen, dass man sich hat vorstellen können, dass so etwas in der Weiterentwicklung eines gemeinsamen Europas der nächsten Jahrzehnte einmal kommen wird. Aber ganz sicher kann man auch sagen, dass niemand wollte und vorhergesehen hat, dass zu einem so frühen Stadium der ökonomischen Integration in Europa, wie wir es heute haben und sicher im nächsten Jahrzehnt nicht anderes gehabt hätten, ein solcher Schritt unternommen wird.

Dieser Schritt ist in der Logik von Weltwirtschaftskrisen durchaus nicht ganz unerwartet. Großen Banken Krisen folgen immer Verschuldungskrisen von Staaten. Das ist in der Weltgeschichte nicht so oft ausprobiert worden, aber immer wenn es kam, folgte es der gleichen Regel. Dieser Regel sind wir nicht entronnen.

Der äußere Anlass dafür ist Griechenland. Die Situation von Griechenland macht sicher auch uns in der Politik, die wir uns im eigenen Land zu rechtfertigen haben, die Debatte nicht einfacher. Denn es bleibt festzuhalten, dass Griechenland mit falschen Zahlen Mitglied der Eurozone geworden ist und dass wir lange Zeit die entwickelten volkswirtschaftlichen Versäumnisse gesehen haben, die es in Griechenland gab und die jetzt zu dem Abgrund einer internationalen Zahlungsunfähigkeit geführt haben. Es bleibt auch festzuhalten, dass wir heute wissen, dass die Europäische Union keine ausreichenden geeigneten Instrumente hat, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Ich denke, es muss festgehalten werden: Das Starren auf Griechenland in der Publizistik, teilweise in einer ungewöhnlichen Publizistik, verdeckt ein wenig die Tatsache, dass wir uns mit einem tiefer greifenden Problem beschäftigen, das in Wahrheit alle Volkswirtschaften auf diesem europäischen Kontinent betrifft und am Ende in einigen Facetten bis zu uns heranreicht, nämlich die Tatsache, dass eine Staatskrise über Verschuldung nur ausgelöst werden kann, wenn man zu viele Schulden hat. Die Tatsache, dass wir aus Jahrzehnten kommen, in denen die Schulden insgesamt zu hoch geworden sind, wie unterschiedlich sie im Prozentsatz zum Volksvermögen auch

sein mögen, führt dazu, dass Menschen, die Kredite geben, nun in einer Weise Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen von Staaten nehmen können, das diese Staaten abhängig macht, weil sie ein solches Maß an Schulden haben.

Sicher ist das in Griechenland am extremsten, und die Diskussion ist insbesondere in Griechenland unter dem Gesichtspunkt zu führen, dass dort die volkswirtschaftlichen Versäumnisse am nachhaltigsten sind und jetzt unsere Hilfe am kurzfristigsten und damit sicherlich auch am schwierigsten ist.

Ich will für die Landesregierung ausdrücklich erklären, dass wir der Bundesregierung, der Bundeskanzlerin, dem Bundesaußenminister und dem Bundesfinanzminister, sehr dankbar dafür sind, dass sie diese Hilfen konditionieren. Wir müssen auch sehen, dass es in Europa Länder gibt, die in einem durchaus näheren Stadium an einer sehr hohen Verschuldung sind als wir in Deutschland, die aber jedenfalls nicht die wirtschaftliche Potenz haben, einen so hohen Anteil der Schulden für Europa zu tragen, die manchmal auch in einer erstaunlichen Gelassenheit der Auffassung sind, dass die Schulden der anderen einfach zu tragen seien.

Die Bundesregierung kann und darf das nicht. Wenn, wie manche geraten haben oder immer wieder raten, die Bundesregierung vor sechs oder acht Wochen auf dem damaligen Stand der Beratungen ohne Beteiligung des Internationalen Währungsfonds, ohne klare Erklärungen von Regierungen zur Veränderung des Verhaltens, ohne extrem harte Konditionierungen der Kredite an bestimmte, in Dreimonatsrhythmen zu überprüfende Verhaltensweisen, diese Kredite gegeben hätte, wäre das nichts anderes geworden als eine sich mehr und mehr entwickelnde Transferunion mit einem Länderfinanzausgleich zwischen starken und schwachen Ländern, über den jedenfalls Hessen nicht ohne gewisse Emotionen sprechen könnte. Den wollten wir nicht in Europa, und den wollen wir nicht in Europa, weil er auch nicht die Zustimmung der Menschen findet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb ist jetzt wichtig, gerade nach der Tatsache, die ich beschrieben habe, dass wir immer auch über eigene Fehler – eigene Fehler im Sinne politischer Instanzen in den Ländern und der Parteien – miteinander reden, dass mit dieser Beharrlichkeit, auch wenn es teilweise eine Position war, mit der Deutschland in bestimmten Verhandlungen alleinstand, die nationalen Interessen der Bundesrepublik mit vertreten worden sind.

Das Ergebnis ist ein hartes Sanierungskonzept für Griechenland. Ich finde, dass es die Fairness von Politikern gebietet, die hier in Regierung und Parlament sitzen, schon zu sagen, alle Vergangenheit dahingestellt: Das, was die griechische Bevölkerung jetzt eingehen muss, um ihre Zahlungsfähigkeit wiederzuerlangen, ist ein Schritt, von dem wir uns nur wünschen können und alles dafür tun müssen, dass er in unserer Gesellschaft nie von jemandem verlangt werden muss. Denn wenn man sich vorstellt, dass ganze Gruppen der Bevölkerung, ob es die Rentner oder die Bediensteten im öffentlichen Dienst sind, von denen es in Griechenland sehr viele gibt, von einem auf den anderen Monat bis zu 25 % ihres realen Einkommens verlieren, wenn man sieht, dass im gleichen Umfang öffentliche Leistungen, Investitionen, Dienstleistungen gekürzt werden, dann ist das eine Veränderung, die die Belastbar-

keit einer demokratischen Gesellschaft auf das Äußerste anspannt.

Das werden wir jetzt nicht ändern können, auch niemand in Griechenland kann es ändern. Aber ich sage noch einmal, weil mich jedenfalls bestimmte Überschriften in einer Zeitung in den letzten Wochen sehr irritiert haben: Ich glaube, dass das griechische Volk einen Anspruch darauf hat, dass sie mit uns hart über wirtschaftliche Bedingungen verhandeln müssen, dass sie aber nach wie vor Sympathie und Solidarität in einem gemeinsamen Europa haben und nicht die Ausgrenzten sind, auf die man mit dem Finger zeigt. Davon haben wir nichts in einer politischen Gesellschaft und Debatte.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe bereits gesagt: Wir waren der Auffassung, dass mit dieser Entscheidung, die wir im Bundestag und im Bundesrat getroffen haben, die Probleme auf den internationalen Märkten zunächst einmal zu beherrschen sind. Wir haben lernen und feststellen müssen, dass die Zweifel an der Rückzahlungsfähigkeit der Verschuldung nicht nur in Griechenland, sondern auch in anderen Ländern Europas am Ende dazu geführt haben, dass es nicht mehr nur Zweifel an der Rückzahlungsfähigkeit der Verschuldung einzelner Länder waren, sondern dass daraus ein Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Euro an sich geworden ist.

In der Zeit vom 7. bis 9. Mai, nach dem Schluss der Börsen am Freitag, wurde uns die Situation von den Zentralbankpräsidenten und den Akteuren, die diese Märkte mit der größten Kenntnis beurteilen können, geschildert, dass am Ende wirklich die Frage stand, ob eine massive Spekulation gegen den Euro diese Währung insgesamt in einen Strudel zieht. Der Satz, den der EU-Kommissar Rehn dazu gesagt hat: „Wir werden am Ende den Euro verteidigen, koste es, was es wolle“, ist der einzige Satz, den man in einer solchen Situation sprechen kann, wenn man noch erreichen will, dass die Verteidigung des Euro nicht zu viel kostet – so verrückt und schwierig die Kombination der beiden Sätze ist.

Ich denke, dass mit dem Instrument, das die Regierungschefs und die Finanzminister geschaffen haben, mit den direkten Krediten der EU-Kommission von bis zu 60 Milliarden €, mit der sogenannten intergouvernementalen Zweckgesellschaft der 16 Euroländer und mit einer generellen Kreditzusage des Internationalen Währungsfonds – beides zusammen 660 Milliarden € –, also insgesamt einem 720-Milliarden-€-Paket, eine Sicherheit geschaffen worden ist, die es nicht mehr lukrativ erscheinen lässt, auf die Pleite eines Staates der Eurozone zu wetten. Das bedeutet nicht, dass alles erledigt ist. Das sehen wir in diesen Tagen an den Märkten. Man muss die Aufregung aber in Grenzen halten. Denn der Euro war schon auf ganz anderen Werten, und wir waren nicht der Auffassung, dass das ein schlechter Euro war. Aber es bedeutet, dass die Märkte ihre Unsicherheit nicht verloren haben.

Wir befinden uns nicht am Ende eines Prozesses, sondern wir befinden uns am Anfang eines Prozesses – eines Prozesses, in dem man noch vieles erreichen muss, um die Stabilität des Euro dauerhaft zu sichern. Trotzdem, die Beträge, über die wir sprechen, sind gigantisch. Sie überschreiten unsere individuelle Vorstellungskraft. Das geht uns hier so, die wir im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger mit großen Summen umgehen müssen. Das geht den Bürgerinnen und Bürgern natürlich in noch viel stärkerem

Maße so. Sie sind sehr, sehr verunsichert, oder, sagen wir es deutlicher, sie verstehen einfach nicht, dass wir in den Kommunen und in den Ländern wie im Bund um einzelne Investitionen ringen, über all die Sparmaßnahmen sprechen, und die öffentliche Hand gleichzeitig an anderer Stelle geradezu unvorstellbare Milliardenbeträge binnen kürzester Frist, in einer Woche von der Einbringung bis zur Beratung in den parlamentarischen Gremien, zur Verfügung stellt. Es ist eine sehr gemeinsame Verantwortung, wie doch vieles in dieser Frage gemeinsam gesehen wird, von uns mit Aufklärungsarbeit dafür zu sorgen, Verständnis dafür zu wecken, was hier eigentlich geschieht und warum wir uns mitten in einer weltweiten Krise zu einer solchen Entscheidung gezwungen gesehen haben.

Ich glaube, deshalb ist es wichtig, dass wir sehr deutlich sagen: Ja, wir Deutsche profitieren in einer besonderen Weise von diesem Euro. Unsere Bilanz ist, wie ich finde, eine wichtige und faszinierende, wenn man sich überlegt, was wir im eigenen Land mit dem verdienen, was wir uns gegenseitig verkaufen und was wir an Einkommen dazubekommen, indem wir den Menschen außerhalb unserer Grenzen etwas verkaufen.

Wir haben einen Außenhandelsüberschuss – wir verkaufen also mehr Waren, als wir von anderen Leuten auf der Welt kaufen – in einer Größenordnung von 134 Milliarden €. Einmal abgesehen davon, dass das viel Geld ist, ist mir eine andere Summe sehr viel wichtiger. Schauen wir uns die 16 Euroländer insgesamt an und schauen, welchen Außenhandelsüberschuss sie zusammen genommen haben, weil sie mehr verkaufen, als sie hereinnehmen, oder ob sie eine nicht gedeckte Handelsbilanz haben, weil sie mehr einkaufen müssen, als sie Waren haben, die sie selbst verkaufen können. Der Saldo bzw. der Außenhandelsüberschuss aller Länder der EU-Zone beträgt gerade einmal 22 Milliarden €.

Das bedeutet im Klartext: Mit den Leistungen, die wir außerhalb unserer Grenzen verkaufen, verdienen wir das Sechsfache von dem, was die ganze EU-Zone zusammen verdient. Am Ende ist das, was man in andere Teile der Welt, wo auch immer hin, verkaufen kann, was der Überschuss zu dem ist, was man kauft, Einkommen, Wohlstand. Deshalb muss man gelegentlich vielleicht verstehen, warum viele andere Länder in der Eurozone von uns erwarten, dass wir alle Lasten tragen: weil wir die größten Profiteure sind. Wir tragen auch einen großen Teil der Lasten. Wenn wir diese Lasten tragen, müssen wir unseren Bürgern auch gelegentlich sagen: Wir sind die größten Profiteure.

Man muss überlegen, was wäre, wenn wir den Euro nicht hätten. Tatsache ist, dass 40 % aller unserer Exporte z. B. aus Hessen in die Eurozone gehen. 70 % aller Exporte gehen in die Staaten Europas. Nur die letzten 30 % gehen nach China, Indien, Amerika und sonst wohin. Wir leben von unseren Nachbarn. Die bezahlen einen Teil unseres Wohlstands. Deshalb ist dieses Land Bundesrepublik Deutschland das ungeeignetste Land, darüber zu diskutieren, als Erstes die Solidarität der Länder Europas zu verlassen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das trifft auch uns Hessen. Wir haben im letzten Jahr für 43 Milliarden € Waren ins Ausland verkauft – wir hier in Hessen: 43 Milliarden €. Wir müssen auch sehen: Wir sind abhängig von dem, was die anderen Länder machen. Das

waren 16 % weniger als ein Jahr zuvor. Das heißt, die aktuelle Krise, all ihre Schwierigkeiten, ist bei uns angekommen. Wir haben sie, Gott sei Dank, in manchen Dingen kompensieren können. Wir haben möglicherweise vieles davon mit klugen unternehmerischen Entscheidungen retten können. Aber es ist ein Problem für uns, wenn es den anderen Ländern nicht gut geht.

Nicht zuletzt sollten wir sehen, dass der Euro mit der Zentralbank in Frankfurt inzwischen eine Währung ist, die auf der Welt geachtet wird. Ein Drittel aller Währungsreserven der Welt wird inzwischen in Euro gehalten. Ich will auch sagen: Die Währung ist auch deshalb in unserem gemeinsamen Interesse, weil kalkulierbare Währungsrelationen, im Verhältnis zu der Tatsache, wie viele Auf- und Abwertungen wir in den Jahren vor 1990 erlebt haben, durchaus etwas sind, was die Wirtschaft zu schätzen weiß.

Aber es bleibt dabei: Wir haben ein großes Interesse daran, und der Paradigmenwechsel ist eine große Herausforderung. Es stellt sich nämlich nicht mehr nur die Frage, was wir mit unserer Volkswirtschaft machen, sondern auch, wie stark wir helfen, und damit, wie abhängig wir von dem sind, was für uns übrig bleibt, wie oft wir helfen müssen, also welche Erwartungen wir daran stellen müssen, was andere tun, die natürlich auch Erwartungen an uns haben. Die Einschränkung der Souveränität, die die Folge der Entscheidungen dieser Tage ist, trifft alle, auch Deutschland – und seine Mitverantwortung, die wir dabei haben.

Deshalb müssen wir über diese neue Ordnung der Souveränität an allen Stellen reden. Es gab Stabilitätskriterien. Ohne den Streit zu groß zu machen, sagen darf man es wenigstens: Diese Stabilitätskriterien, die Theo Waigel, Helmut Kohl und andere in der Kontinuität von Helmut Schmidt einmal erfunden haben, sind von den Deutschen Anfang dieses Jahrzehnts aufgeweicht worden, als eine Regierung unter dem Vorgänger von Angela Merkel dafür gesorgt hat, dass die harten Kriterien von der EU-Kommission nicht mehr angewandt werden konnten. Das macht uns in der Argumentation, jetzt die Aufseher von anderen sein zu wollen, das Leben nun wahrlich nicht einfacher. Es berechtigt uns nicht mehr dazu.

Aber wir müssen das jetzt ändern. Deshalb, wenn die Hessische Landesregierung dem Vorschlag der Bundesregierung im Bundesrat zustimmt, dann geschieht das, wie Kollege Jörg-Uwe Hahn und ich bereits in der Bundsratsitzung zu den Griechenlandhilfen gesagt haben, in der sehr klaren Erwartung, die zwei unterschiedliche Felder betrifft. Zum einen betrifft es das Feld der Regulierung von internationalen Märkten um Krisen dieser Art. Ohne die Bankenkrise gäbe es die Finanzierungskrise der Länder im Augenblick nicht in dieser Schärfe. Zum anderen betrifft es auch die Frage, wie wir mit unseren eigenen Volkswirtschaften und den Verschuldensregeln und Ähnlichem umgehen.

Der Ruf nach Regulierung, der immer lauter wird, ist berechtigt. Die Ungeduld der Menschen, dass das auf der internationalen Ebene über so lange Zeit irgendwie nicht vernünftig auf die Reihe zu bringen ist, ist ebenfalls berechtigt. Deshalb ist es an dieser Stelle nach meiner Überzeugung notwendig, dass gehandelt wird und dass es, so wie es die Europäische Kommission heute Nacht verabredet hat, im Zweifel dann auch Regelungen gibt, die nicht die ganze Welt betreffen, sondern zunächst einmal die europäischen Staaten zusammenführen.

Man muss auch sehr offen sagen – jenseits aller Volkswirtschaft –: Eine Demokratie verkräftet es nicht, dass diejenigen, die die offensichtlichen Verursacher einer Krise waren, die offensichtlich nur mit massiven Anstrengungen der Steuerzahler überlebt haben, am Ende diejenigen sind, die völlig unbeschadet dieser Ereignisse die Gewinne in der alten Form wieder generieren und an ihre Eigentümer ausschütten, wie das vor der Rettung war. Da muss es irgendeine Form von Veränderung und Regelung geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Regeln haben zwei wesentliche Elemente. Das eine ist Transparenz. Viele der Probleme werden gar nicht entstehen, wenn man das in Wahrheit auf dem offenen Markt austragen muss. Wenn man sieht, wie viele Finanztransaktionen von Billionen es im Bereich der Derivate gibt, die nicht an geregelten Börsen stattfinden, so wie wir das von Aktien erwarten, dann ist das für die Weltwirtschaft eine unkalkulierbare Größenordnung. Dann müssen wir erwarten, dass das an die Börsen kommt, so wie es an der Stelle beschlossen worden ist, und das müssen wir am Ende auch durchsetzen. Wir brauchen verbesserte Kompetenzen von Eurostat, damit das, was in Griechenland passiert ist, nicht mehr passiert – auch wenn sie uns mit vielen Zahlen und bürokratischen Nachfragen quälen werden, die an dieser Stelle alle Beteiligten betreffen.

Wir brauchen eine Regelung für die Erhöhung des Eigenkapitals der Banken. Wir brauchen die Einrichtung eines Bankenrettungsfonds, aus dem weitere Mittel für eine Krise zur Verfügung gestellt werden können, und wir brauchen die Schaffung einer europäischen Ratingagentur, damit diese auf beiden Seiten des Kontinents, der Kulturen, die dahintergestanden haben, verlässliche Grundlage der Diskussionen ist.

Ich denke, man kann von den Regierungen erwarten, dass, wenn es Versicherungen für den Ausfall von Krediten gibt, man solche Versicherungen nur abschließen kann, wenn man auch einen Kredit hat, und dass nicht die Versicherung eines Kredites, den man gar nicht hat, zum Gegenstand einer Spekulation werden kann. Das geht bei der Feuerversicherung des Hauses nicht, denn sonst würden sich auf einmal alle Nachbarn freuen, wenn es endlich brennt; und das geht letzten Endes auch nicht bei der Versicherung von Krediten. Dieses Paket mag unvollständig sein. Es ist aber ein Paket von Regulierungen, das wir brauchen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Die Hoffnung ist, dass dies die G 20 machen, damit es auf der ganzen Welt gleich ist. Wenn das nicht geht, dann muss es Europa machen. Ich sage aber auch sehr deutlich: Wenn es Europa nicht macht, werden wir Deutsche nicht ganz tatenlos sein können. Der Druck muss auch ein Stück von unten kommen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Oh, oh!)

Denn es wird so bleiben, wie es ist: Demokratisch wird man nicht legitimieren können, dass wir für all das geradestehen und der Gesetzgeber am Ende so tut, als hätte er damit nichts zu tun. Das verkräften die Menschen nicht, und das verkräften sie an dieser Stelle zu Recht nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gibt dann auch den zweiten Teil, nämlich die Frage, wie man das finanziert, sei es über die Bankenabgabe oder über andere Instrumente, die gefunden werden. Bei die-

sen sagen wir Hessen natürlich auch: Wir wollen Instrumente, die im Wettbewerb so sind, dass sie nicht alle begünstigen außer Frankfurt, den einzigen Finanzplatz, den Deutschland hat. Das heißt, an der Stelle müssen wir miteinander schon europäische Regelungen finden. Da muss man nicht immer intergalaktisch und weltweit denken; wir müssen aber europäische Regeln haben. Wir wollen keine neuen Verschiebungen des Wettbewerbs zwischen London, Paris und Frankfurt, sondern wir wollen das auf europäischer Basis gemeinsam finden. Dafür liegen die Vorschläge auf dem Tisch.

Da muss ein Hessischer Landtag auch nicht einen Vorschlag nehmen und alle anderen für falsch halten, aber es muss so geregelt werden, dass dafür ein angemessener Beitrag geleistet wird. Die Regulierung ist der eine Teil.

Zugleich gibt es den zweiten Teil. Dieser zweite Teil ist das, was wir selbst in unserem eigenen Land und in den Volkswirtschaften der übrigen Länder machen müssen. Wir müssen Wert darauf legen, dass Stabilität in Zukunft ein entscheidendes Kriterium der Politik ist und Haushaltsentscheidungen unter dem Gesichtspunkt der ausgeglichenen Haushalte getroffen werden. Dazu können wir alle etwas beitragen, und Deutschland wird darin nur glaubwürdig sein, wenn wir auf der einen Seite klare Stabilitätskriterien fordern, wenn wir ein frühes Eingreifen der EU ermöglichen und wenn wir das alles vor dem Hintergrund tun, dass wir es selbst auch machen.

Deshalb denke ich, wir haben in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts dafür in Deutschland durchaus Schritte getan. Es ist nicht so, dass wir ganz am Anfang sind. Reformen wie die Agenda 2010, die Rente mit 67 und die sogenannten Hartz-IV-Gesetze sind alles Elemente, die jeweils ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass die Bundesrepublik Deutschland heute sehr viel günstiger dasteht als andere Länder; und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land haben eine gewaltige Anstrengung unter der Führung der Gewerkschaften unternommen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Nicht alle in Deutschland!)

Denn wenn man sieht, dass in Griechenland die Lohnkosten z. B. von 2000 bis 2008 um 35 %, in Deutschland aber nur um 1 % angestiegen sind, dann ist das ein Grund dafür, warum die Bürger in Deutschland fragen, warum sie jetzt die zusätzlich aufgelaufenen Schulden von Griechenland bezahlen müssen, obwohl sie mit Gewerkschaften und Arbeitgebern für ihre Wettbewerbsfähigkeit einen eigenständigen Beitrag geleistet haben, mit niedrigeren Kosten, um international wettbewerbsfähig zu sein. Damit haben wir recht, und wir müssen das weiterhin so machen. Wir müssen aber auch erwarten können, dass sich andere Staaten diesem Standard anpassen. Das heißt, wir müssen einen Weg gehen, auf dem wir an dieser Stelle durchaus eine Entwicklung haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen dann eben auch sehen, dass wir mit 1,7 Billionen € eine gigantisch hohe Staatsverschuldung haben. Wir haben mit noch einmal rund 3 Billionen € eine Staatsverschuldung, die in Wahrheit höher ist, aufgrund der Pensionen und der Leistungen, die letztlich auch Eigentumscharakter haben. Wir sehen, dass der Anteil der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 73 % im Jahre 2009 auf 79 % im Jahre 2011 und auf prognostizierte 82 % im Jahre 2013 steigt, obwohl wir in Europa miteinander eine Quote von maximal 60 % verabredet haben. Deshalb müssen

wir, wenn wir diesen Gedanken der Solidität auf europäischer Ebene zur Geltung bringen wollen, uns auch im eigenen Land darüber Gedanken machen. Das ist die eine Debatte.

Mit dem einen oder anderen, der an dieser Debatte teilnimmt, habe ich vorher schon einmal gesprochen und habe angekündigt bekommen, dass bei aller Lust, über die europäischen Fragen zu debattieren, die Innenpolitik nie ausbleibt. Deshalb will ich als vorletzte Bemerkung nur ganz wenig zu der aktuellen Debatte, auch zur Frage des Sparens sagen. Das ist eine Diskussion, die wir lange vor uns herschieben. Ich nehme jedenfalls für mich in Anspruch, dass das „wir“ auch mich einschließt. Ich habe keine Lust, auch nicht in meiner eigenen Partei, eine Debatte über Details zu führen, wer frühzeitig etwas gesagt oder nicht gesagt hat, denn es ist wieder die alte Diskussion. Es wird wieder so sein, dass eine Opposition im Hessischen Landtag sagt: Aber warum habt ihr nicht vor sechs Monaten, und warum habt ihr nicht vor drei Monaten ...? – Das ist Ihr gutes Recht. Nur lassen Sie, wenn Sie das gemacht haben, noch drei Minuten lang Zeit, um gemeinsam darüber zu reden, was wir dann machen.

Ich schneide diese Debatte nicht ab. Ich räume Ihnen ein, dass auch ich in den letzten Jahren gelegentlich bei dem, was wir auf der nationalen Ebene und hier gemacht haben, die Hoffnung hatte, dass die wirtschaftliche Entwicklung anders kommen wird. Wenn man schon einmal bei einem Defizite von nur 10 Milliarden € im Bundshaushalt war und jetzt pro Jahr 10 Milliarden € einsparen muss, weiß man, dass diese Hürde nicht unüberwindlich ist. Wir waren bei einer Sanierung innerhalb von vier Jahren bei einem ausgeglichenen gesamtstaatlichen Budget. Insofern konnte man durchaus davon ausgehen, dass bestimmte Entwicklungen anders verlaufen würden.

Das ist aber geschenkt. Wenn Sie sagen, das haben andere besser gewusst, dann ist das alles in Ordnung. Sagen Sie, Sie hätten bestimmte Maßnahmen nicht gemacht, ist das in Ordnung. Trotzdem: Am Ende bleibt die Debatte, ob wir es irgendwann schaffen, von dieser Diskussion wegzukommen: Weil ihr einmal etwas gemacht habt, reden wir jetzt nicht mit, um da herauszukommen. – Das ist eine Debatte, die unter uns im Parlament gilt, die für mich in meiner eigenen Partei gilt und die es an unterschiedlichen Stellen gibt. Wir haben es nur nie geschafft, aus diesem Ritual herauszukommen.

Zu diesem Ritual gehört ein zweiter Teil, nämlich der grundsätzliche Konsens, dass dies alles richtig ist, mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass der jeweils Betroffene für seinen Fachbereich nun explizit der Meinung ist, dass es beim besten Willen nicht gehe. Wenn wir nicht von beiden Ritualen ein Stück weit wegkommen – das geht nur mit ein bisschen Ramponierung dessen, der etwas vorträgt, das nehme ich auch hin, ich glaube nur, dass Sie in diesen Tagen ein Stück Mitverantwortung dafür haben, es zu machen –, kommen wir nicht an den Kern der Sache: dass wir nämlich deutlich weniger ausgeben müssen oder dass sich andere Parteien dafür entscheiden, dem Bürger durch Steuererhöhungen deutlich mehr an Freiheitsraum abzunehmen. Man kann das mit beiden Varianten machen, nur muss man sich da entscheiden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist eine völlig legitime Entscheidung. Die Entscheidung dieser Landesregierung und meine persönliche ist es, dass es ein zusätzlicher Verlust von Freiheit und damit ein zusätzlicher Verlust von Chancen für das Wachstum in

diesem Lande wäre, wenn wir glauben, wir könnten es auf dem Rücken der Bürger austragen, indem wir dauernd die Steuern und Abgaben erhöhen. Das ist nicht unser Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer da ein anderes Konzept hat, muss den Weg dieses anderen Konzepts gehen.

Aber eines ist auch wahr: Das Parlament hat Gott sei Dank eine Schuldenbremse beschlossen. Ich gebe zu: Darüber bin ich wirklich heilfroh. Ich glaube, wir bekämen sie heute angesichts der erforderlichen Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat nicht mehr hin. Wir haben sie aber, und keiner traut sich Gott sei Dank, sie anzugreifen.

Deshalb haben wir – jedenfalls aus meiner Sicht – nur dann einen Handlungsspielraum, wenn wir uns ernsthaft mit unseren Ausgaben beschäftigen. Dabei ist es allerdings notwendig, dass wir in großer Sachlichkeit über alle Themen reden und nicht jedes Ressort sofort sagt: Bei mir geht es nicht.

Wenn Sie sich die Presseerklärungen des heutigen Tages anschauen – Sie brauchen nicht die letzten zwei Tage zu nehmen, es reicht heute –, dann lesen Sie, dass sich die Krankenversicherungen zum Thema Gesundheit äußern, dass der Bundesverkehrsminister selbstverständlich etwas zur Verkehrsinfrastruktur sagt – da ist er, soweit es um Lobbyismus geht, mit uns gar nicht unterschiedlicher Meinung –, dass der Nächste etwas zur Arbeitslosenversicherung aus der Sicht der Gewerkschaften sagt und dass sich jetzt alle selbstverständlich zum Thema Bildung äußern, weil ich mich dazu geäußert habe. Wir haben relativ schnell 90 % des Haushaltes zusammen, von dem die jeweils verantwortlichen Teile der Politik erklärt haben, dass es grober Unfug sei, wenn man das zur Disposition stelle. Das Einzige, was stimmt, ist, dass das grober Unfug ist. Auf diese Art und Weise kommen wir nämlich zu nichts.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Weil der Vorwurf kommen wird, will ich, Herr Präsident, in einer ganz kurzen Überschreitung der Redezeit sagen: Mit dieser Landesregierung und mir als Person gibt es keine Diskussion über den extrem hohen Stellenwert von Bildung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben in einem von der Vorgängerregierung sorgfältig ausgebeinten Haushalt für die hessischen Universitäten gerade noch 950 Millionen € vorgefunden. Heute sind wir bei 1,4 Milliarden €. Wir haben damals Gesamtausgaben für die Schulen in Höhe von 1,9 Milliarden € vorgefunden. Heute sind wir bei 3,2 Milliarden €. Um es andersherum zu sagen – da beginnt die Diskussion, die wir führen müssen –: Wir hatten an unseren Universitäten im Wintersemester 2005 76.800 Studenten. Wir hatten im Wintersemester 2009 an den gleichen Universitäten 75.500 Studenten. Die Zahlen sind also in etwa gleich; es sind 1.000 Studenten weniger, aber das ist zwischen Winter- und Sommersemester nicht die entscheidende Frage. Wenn wir uns anschauen, wie viele Menschen in diesen Bereichen arbeiten, haben wir zugleich die Feststellung zu treffen, dass die Universitäten bei gleicher Zahl von Studenten mit den Haushalten dieses Landes in den Jahren von 2005 bis 2009 2.000 zusätzliche Personalstellen aufgebaut haben. Das kritisiere ich nicht, sondern stelle es nur fest.

Ich habe aber, wenn man in einer solchen Größenordnung denkt, auch festzustellen, dass es den Universitäten in diesen Jahren möglich war, 550 Millionen € an Rücklagen aufzunehmen – davon 211 Millionen € ohne jede Vorbindung für irgendein Projekt, sondern für Krisenzeiten. Wenn man sieht, was wir zwischen 2005 und 2009 in diesem Bereich getan haben, wenn man bedenkt, dass die Universitäten eine Chance hatten, gewisse Sicherheiten aufzubauen, dann darf der Satz, dass eine Reduzierung der Ausgaben um 2,2 % im kommenden Jahr möglich sein muss, weil wir in einer Krise sind, aus meiner Sicht nicht tabu sein. Das ist die Diskussion, die wir in diesen Tagen führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Diskussion dreht sich doch nicht um eine schwierige Zahl. Es geht in der Debatte nur um die Vergangenheit. Niemand will die Grundstrukturen verändern. Wir werden weitere Lehrerinnen und Lehrer einstellen, wie wir es in der Koalitionsvereinbarung verabredet haben. Wir werden die Projekte durchführen, über die wir gesprochen haben. Das ist doch gar nicht Gegenstand der Diskussion. Wenn ich aber jetzt für die Landesregierung mit der Bundesregierung über einen Bildungspakt verhandle und nicht nur die Bildungspolitiker, sondern auch die für den Haushalt Verantwortlichen frage: „Können wir am 10. Juni wirklich unterschreiben, dass für jedes Jahr, das auf 2015 folgt, die strukturellen Ausgaben des Bundeslandes Hessen um 385 Millionen € erhöht werden?“ – das bedeutet nämlich das 13-Milliarden-€-Paket auf Hessen übersetzt –, kann das heute und hier irgendjemand einfach so entscheiden?

Ich nehme als Beispiel die Stadt Wiesbaden. Wir in Hessen haben bei der U-3-Betreuung eine führende Rolle eingenommen. Wir stehen unter den westdeutschen Flächenländern in der Geschwindigkeit der Einführung der Betreuungsplätze zusammen mit Rheinland-Pfalz ziemlich einsam an der Spitze. Wir brauchen uns da nichts nachsagen zu lassen. Nehmen wir an, dass wir die 35-%-Quote erreicht haben – was noch ein Stück Arbeit ist –, nehmen wir an, es ist der 2. Januar 2013, und nehmen wir an, dass 60 % der Eltern in Wiesbaden – wie einige aufgrund der Umfragen vermuten – an diesem Tag einen Betreuungsplatz für ihre Kinder haben wollen: Glaubt allen Ernstes irgendjemand, dass die Stadt Wiesbaden das ökonomisch aushält, und ist es klug, darüber am 3. Januar eine Betroffenheitsdebatte im Parlament zu führen, oder ist es vernünftig, jetzt darüber zu reden, wie wir die nächsten Jahre so organisieren, dass wir nicht in Richtung Griechenland gehen, dass wir nicht in eine Situation kommen, in der wir den Menschen etwas Falsches vormachen, dass wir den Mut haben, ein Stück Grundlage zu schaffen, auf der wir die Finanzverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland und unseres eigenen Bundeslandes in Ordnung bringen können?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist ein Teil des Beitrags, den wir leisten müssen. Um den mühen wir uns in dieser Regierung. Sie sehen, es ist kein Vergnügen, was Kollege Jörg-Uwe Hahn im Bereich der Justiz, was Doris Henzler im Kulturbereich und was die anderen Ministerinnen und Minister in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen in den nächsten Wochen an Diskussionen zu führen haben.

Insofern bedanke ich mich sehr bei der Wissenschaftsministerin, dass sie, gemeinsam mit dem Finanzminister, einen neuen Hochschulpakt verhandeln konnte. Der steckt

voller Schwierigkeiten; das war keine angenehme Aufgabe. Er ist aber die Voraussetzung dafür, dass wir in Europa eine Chance haben, die Dinge in Zukunft so zu machen, dass nicht andere für uns bestimmen, und Voraussetzung dafür, dass wir in Europa Ansprüche an andere stellen können, um zu ermöglichen, guten Gewissens eine Währungsgemeinschaft unabhängiger Staates mit eigener Verantwortung für unsere Bürger zu organisieren. Wir machen das letzten Endes im Rahmen unserer Hausaufgaben und unserer internationalen Aufgaben nicht deshalb, weil wir ein großes ökonomisches Gesamtkonzept verwirklichen wollen, sondern wir machen das auch deshalb – daran sollten wir immer denken –, weil wir als ein Kontinent gesehen und in einer globalisierten Welt ernst genommen und respektiert werden wollen, weil wir ein Kontinent bleiben wollen, auf dem die Länder nicht gegeneinander kämpfen und wieder Emotionen gegeneinander schüren – wie man es zwischen Deutschland und Griechenland manchmal aufblitzen sah, nur weil es da Schwierigkeiten gibt. Wer nicht will, dass so etwas entsteht, der muss ein gemeinsames Europa wollen.

Ein gemeinsames Europa zu schaffen war eine der ersten Reaktionen der Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Konzentrationslagern kamen. Ein gemeinsames Europa gibt es nur, wenn es eine einheitliche Währung gibt, mit der man nicht Armeen bezahlen kann, die gegeneinander aufmarschieren. Das ist ein Teil der historischen Dimension dessen, was wir hier tun. Es geht nicht um die Frage, wer morgen früh drei Produkte mehr oder weniger verkauft, sondern es ist die Frage, in welchem Kontinent unsere Kinder leben sollen. Das ist eine Frage von Verhandlungen, von Verträgen und von Überzeugungen. Es ist aber auch die Frage, in welchem Zustand wir unser eigenes Land in dieses Europa führen. Beides muss man zusammen sehen. Beides, die Regulierung von Finanzmärkten und das Bemühen, die eigenen Dinge in Ordnung zu bringen, sind Voraussetzungen dafür, dass man diesen Weg gehen kann. Wir wollen ihn gehen, und wir werden uns deshalb im Bundesrat so verhalten, wie ich es Ihnen dargelegt habe.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vereinbarte Redezeit wurde um neun Minuten überschritten. Jeder Oppositionsfraktion fließen drei Minuten zusätzliche Redezeit zu, sodass Ihnen jeweils 33 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Schäfer-Gümbel, das Wort.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eben den Kollegen Rudolph gebeten, in Rügen nachzufragen, ob der Kreidefelsen eigentlich noch steht – nach dieser wachsweißen Rede, nach dem, was der Herr Ministerpräsident in der letzten Woche hier alles angeordnet hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, wir fragen uns seit einer Woche, was Sie uns heute eigentlich sagen wollen. Was ist der Sinn und Zweck dieser Regierungserklärung?

(Horst Klee (CDU): Schlecht vorbereitet!)

Ist das Thema die europäische Verantwortung, ist das Thema das Sparen, oder ist das eigentliche Thema der unionsinterne Machtkampf? Was ist die Botschaft der heutigen Regierungserklärung?

(Zurufe von der CDU)

Heute Morgen ist in meiner Fraktion darüber spekuliert worden – Herr Reif, Sie sind die Ausgeburt der europapolitischen Kompetenz Ihrer Fraktion und Ihrer Partei; das ist beim letzten Nominierungsparteitag deutlich dokumentiert worden –,

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Er hat es wenigstens einmal versucht! – Axel Wintermeyer (CDU): Peinlich!)

ob der Herr Ministerpräsident heute vielleicht auch über Michael Ballack redet; denn das ist etwas, was heute viele bewegt hat.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Lächerlich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Viel schlauer sind wir nach diesen Ausführungen nicht geworden. Mit welcher Berechtigung redet ausgerechnet der Schuldenkönig von Hessen über Stabilität und Sparbemühungen in dieser Republik?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will es Ihnen sagen. Ich habe dem Herrn Ministerpräsidenten versprochen, er bekommt von mir keine Geschenke mehr; denn er will sie nicht.

(Holger Bellino (CDU): Das ist auch besser so! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Milde, ich will wenigstens auf die kurze Bilanz von zehn Jahren Regierung unter Roland Koch hinweisen. 1999, zur Zeit des Regierungsantritts von Roland Koch, lag die Staatsverschuldung dieses Bundeslands bei 22,7 Milliarden €. Heute sind es –

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Darauf wird eingegangen!)

ohne die Steuermindereinnahmen, die Steuergeschenke, die mittelfristige Finanzplanung und vieles andere mehr – 39,5 Milliarden €. Sie kennen die Zahlen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Deswegen bleibe ich bei der Frage: Herr Koch, mit welchem Recht stellen ausgerechnet Sie sich seit einer Woche hierhin, um andere darüber zu belehren, wie Sparbemühungen aussehen können? Seit einer Woche machen Sie das. Was war eigentlich Ihr Anliegen in den letzten Wochen? War es möglicherweise eine Bewerbungsrede, weil Sie die Nachfolge von Herrn Weber bei der Bundesbank antreten wollen? Das Spiel hat Ihnen die Bundeskanzlerin am Wochenende völlig verstellt. Ist es ein unionsinterner Machtkampf? Als Oppositionsführer innerhalb der Union haben Sie sich gut platziert; das ist so.

(Zuruf von der CDU: Sagen Sie, was Sie wollen!)

Aber das, was sich in der Union seit acht Tagen, nämlich seit der Schließung der Wahllokale in Nordrhein-Westfalen, offensichtlich abspielt, kann man so beschreiben, dass die Chaostheorie bei ihr bundesweit zum Politikersatz geworden ist. Der zentrale Spieler ist Ministerpräsident Koch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Was wollen Sie denn nach dem Ausfall von Ballack?)

Was wollten Sie uns eigentlich sagen? Wollten Sie uns sagen, dass Bildungspolitik nach Kassenlage das Gebot der Stunde ist? Gestern haben Sie das Bild vom Rasenmähen gebracht, bei dem auf die Rabatte geachtet wird. Wenn es um die Bildungspolitik geht, fällt uns eher das Bild vom Sensenmann ein. Sind Sie jetzt auf einmal für eine Regulierung? Ich fand Ihre Ausführungen dazu außerordentlich spannend, insbesondere vor dem Hintergrund der Debatten, die wir in den letzten Wochen geführt haben.

Herr Koch, ich unterstreiche aber ausdrücklich das, was Sie am Ende zu dem Thema Regulierung gesagt haben: Die Brandbeschleuniger an den Finanzmärkten und in Europa müssen in der Tat entschärft werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Kommen Sie doch endlich zum Thema!)

– Herr Arnold, Sie werden gleich die Gelegenheit haben, darauf zu antworten. – Oder ist es die Verantwortung vor Europa, nachdem eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen aus der CDU und der FDP die ganze Zeit nichts anderes gemacht hat – darauf werde ich gleich noch einmal im Detail kommen –, als die Griechen zu denunzieren, Euroskeptizismus zu verbreiten und damit die Spekulanten nach Griechenland einzuladen? Ist es also die europapolitische Verantwortung?

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Das, was Sie und Schwarz-Gelb in den letzten Wochen an vielen Stellen angerichtet haben, ist brandgefährlich. Es ist auch deswegen brandgefährlich – ich weiß, dass das in Ihren Reihen zum Teil ebenfalls so gesehen wird –, weil das, was im Moment passiert, demokratiegefährdend sein kann. Es ist keinem zu erklären – Herr Reif, ich vermute, dass Sie selbst in Ihrem Wahlkreis auf Menschen treffen, denen Sie es nicht mehr erklären können –,

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

warum wir auf der einen Seite aktuell wieder 750-Milliarden-€-Pakete zur Stabilisierung der Finanzmärkte auf den Weg bringen und auf der anderen Seite eine Debatte darüber lostreten, warum es kein Geld mehr geben soll, um die notwendigen Zuwächse bei der Kinderbetreuung und der Bildung zu finanzieren. Herr Milde, das ist keinem zu erklären.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Der Ministerpräsident hat es gerade eine halbe Stunde lang erklärt!)

Deswegen sage ich Ihnen gleich am Anfang: Eine redliche Debatte über die Finanzsituation des Landes wird einen Dreischritt erfordern: ein Ja zu Einsparungen, ein Ja zur Effizienzsteigerung, aber auch ein Ja zu deutlichen Mehreinnahmen. Das bedeutet auch eine gerechtere Steuerverteilung in diesem Land.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Falsch!)

Das Thema Transaktionssteuer ist nur ein Beispiel von verschiedenen. Der Herr Ministerpräsident spricht jetzt davon, dass man das nicht auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger austragen darf und nicht in Rituale ver-

fallen sollte. Ich würde es ihm gern abnehmen. Aber ich erinnere mich daran, dass Sie im Jahr 2003 gesagt haben – Herr Koch, ich glaube, es war 2003; es kann auch 2008 gewesen sein; aber ich glaube, mich daran zu erinnern, es war 2003 –,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Da liegen ja fünf Jahre dazwischen!)

wir sollten die großen Trommeln zur Seite legen und auch in diesem Landtag versuchen, anders Politik zu machen. Daraus ist nichts geworden; denn der Erste, der die große Trommel wieder gerührt hat, war der Herr Ministerpräsident. Das kann er besonders gut.

Ich darf daran erinnern, dass wir in den letzten 18 Monaten bei dem Thema „Arbeit und Beschäftigung“ einen gemeinsamen Pakt angeboten haben, dass wir in der Bildungspolitik gemeinsame Anstrengungen angeboten haben, dass wir gestern Abend, als es um die Neuordnung und Stärkung des Rhein-Main-Gebiets ging, erneut eine Kooperation angeboten haben und dass wir, auch vor dem Hintergrund der Finanzsituation, gesagt haben, wir seien bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Aber dass der Herr Ministerpräsident, nachdem er 48 Stunden nach Schließung der Wahllokale in Nordrhein-Westfalen sozusagen wieder einmal gezündelt hatte, heute, eine Woche später, das Ende der ritualisierten Debatten fordert, ist wenig glaubhaft.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zu dem, was der Herr Ministerpräsident als Erstes angesprochen hat: die europäische Einigung und die Notwendigkeit,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wann hören wir denn mit den Ritualen auf?)

angesichts der Krise in Griechenland und der nach wie vor bestehenden Probleme an den Finanzmärkten auf der europäischen Ebene zu Veränderungen zu kommen. Diese Probleme gibt es aber nicht nur in Griechenland, sondern auch in vielen anderen europäischen Ländern.

Der Herr Ministerpräsident hat eben gesagt, man dürfe die europäische Solidarität nicht infrage stellen. Auch ich habe an dieser Stelle ausdrücklich applaudiert; denn ich finde, wenn der Herr Ministerpräsident einmal einen richtigen Satz sagt, muss man dem ausdrücklich zustimmen. Das ist an dieser Stelle geschehen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig großzügig! – Weitere Zurufe von der CDU)

Dass er aber zweitens gesagt hat, in den Debatten, die jetzt anstehen, dürfe die Innenpolitik nicht außen vor bleiben, ist ganz offensichtlich eine an die eigenen Reihen gerichtete kritische Bemerkung. Ich zitiere aus der „Financial Times Deutschland“ vom 5. Mai:

Merkels Strategie ist deswegen fehlgeschlagen, weil man in ... Europa den Nachrichtenfluss nicht so kanalisieren kann, dass man dem Europäischen Rat und den Lesern der „Bild“ über lange Zeit entgegengesetzte Information zukommen lässt.

Recht hat sie. Das war genau das Problem. Wer hat denn die Entstehung des Chaos in Europa beschleunigt, weil innenpolitische Überlegungen, insbesondere der Wahltermin in Nordrhein-Westfalen, das Maß aller Dinge waren? Es gab doch keine verantwortliche Position Europa gegenüber.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie waren es, die im Wissen um die Lage nicht bereit waren, notwendige Entscheidungen zu treffen. Natürlich ist es so, dass sich die Konstruktionsschwächen des Euro gerächt haben.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir haben es nicht geschafft, die Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union zu koordinieren. Im Wesentlichen war das deshalb so, weil Union und FDP in der Vergangenheit zu keinerlei Zugeständnissen bei diesem Thema in der Lage waren.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist wohl lächerlich!)

– Herr Milde, Sie haben in allen Debatten immer wieder gesagt, es dürfe keine Koordinierung der Finanz-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik geben. Ich sage Ihnen: Das rächt sich an diesen Stellen. Man kann nicht eine Währung einführen, ohne eine politische Union hinterherzuschieben. Das ist das Versagen der gesamten deutschen Politik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wie sehr Sie gezündelt haben, will ich Ihnen doch anhand einiger Bemerkungen einmal vorführen; denn es ist nicht so, dass wir im luftleeren Raum diskutieren. Wer hat denn gezündelt? Ich will das erwähnen, was Finanzminister Schäuble am 30. Dezember im „Handelsblatt“ gesagt hat:

Es wäre falsch verstandene Solidarität, wenn wir den Griechen ... unter die Arme greifen würden.

Herr Brüderle sagte am 5. März 2010 in n-tv:

Wir haben nicht die Absicht, Griechenland einen Cent zu geben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles Riesenstaatsmänner!)

Am 26. April 2010 sagte Herr Solms über Herrn Finanzminister Schäuble:

Es war falsch, den Honigtopf von Anfang an in die Mitte des Tisches zu stellen. Das war das Signal an die Griechen, dass sie nur zugreifen müssen.

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört!)

Herr Wissing, offenbar finanzpolitischer Sprecher der FDP, meinte drei Tage zuvor in einer Pressemitteilung:

Der Bundesminister der Finanzen hat erklärt, dass keine deutschen Steuergelder nach Griechenland fließen werden. Die FDP erwartet, dass er dieses Versprechen hält.

Der Vizekanzler äußerte noch am 26. April 2010, als die Bundesregierung der griechischen Regierung bereits Hilfe signalisierte:

Die Regierung hat noch nicht entschieden. Und das heißt, dass eine Entscheidung auch in verschiedene Richtungen ausfallen kann.

Eine deutlichere Einladung an Spekulanten kann man kaum aussprechen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich teile viele der europapolitischen Bemerkungen. Das Problem aber ist: Sie haben keine reale Substanz. Das sind alles Worthülsen ohne Substanz. Sie haben genau das Gegenteil von dem gemacht, was der Ministerpräsident hier heute wortreich als europäische Solidarität verkaufen wollte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinsichtlich der Europapolitik bleibt doch festzustellen: Eine größere Laienspieltruppe hat es im europäischen Kontext selten gegeben. – Das will ich dann noch einmal zuspitzen und auf den Punkt bringen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Brüderle!)

Was ist denn in den letzten Tagen vor der Landtagwahl in Nordrhein-Westfalen passiert? – Es gibt da doch nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat die Bundesregierung an dem Donnerstag vor der Landtagwahl in Nordrhein-Westfalen, als über die Hilfe für Griechenland entschieden wurde, den Deutschen Bundestag, ich will das jetzt einmal vorsichtig formulieren, unzutreffend und unvollständig informiert – es gibt Leute, die würden sagen, dass der Deutsche Bundestag in seiner Gesamtheit hinsichtlich der Frage, wie die reale Situation aussieht, und vor dem Hintergrund des großen Topfes hintergangen wurde –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

oder aber die Bundesregierung hat schlichtweg keine Ahnung gehabt. Herr Milde, ich weiß nicht, was besser ist. Ich weiß nicht, ob es besser ist, wenn der Deutsche Bundestag hintergangen wurde, oder ob es besser ist, wenn die Kanzlerin und das gesamte Kabinetts ganz offensichtlich keine Ahnung davon hatten.

(Günter Rudolph (SPD): Beides ist gleich schlimm!)

Italien, Frankreich und viele andere Länder waren im Wissen um die Spekulationssituation gegen den Euro insgesamt in Vorbereitung auf den Finanzgipfel am Freitagabend und am Sonntag längst auf dem Weg, Initiativen einzureichen, die einen notwendigen und richtigen Schritt in die Richtung dargestellt haben, den Spekulanten ein Stoppschild aufzustellen. Die bundesdeutsche Europapolitik hat hier auf jeden Fall vollständig versagt. Herr Milde, wir waren nicht einmal anwesend.

(Beifall bei der SPD)

Herr Milde und auch Herr Koch, deswegen sage ich Ihnen: Was Sie erzählt haben, ist alles richtig. Aber die deutsche Europapolitik ist in den letzten 14 Tagen implodiert. Wir spielen da keine Rolle.

Das hat etwas damit zu tun, dass Sie seit einem Dreivierteljahr in Berlin ganz offensichtlich nicht regieren wollen. Das ist der Kern der Debatte, die Sie seitdem führen.

Ich sage Ihnen das sehr deutlich: Zu der Erkenntnis, die Sie im zweiten Teil Ihrer Rede als Konsequenz aus der Situation in Europa formuliert haben, nämlich dass die Finanzmärkte reguliert werden müssen, waren wir in der Großen Koalition schon deutlich früher gekommen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Was ist denn in der Großen Koalition passiert?)

Lieber Gottfried Milde, nach dem 27. September 2009 ist der Schwung hinsichtlich der Initiativen ziemlich verebbt. Mein lieber Gottfried Milde, ich hätte schon gerne einmal

eine Erklärung dafür, wie es sein kann, dass Ende Januar 2010 unter Führung der schwarz-gelben Regierung das von der Großen Koalition erlassene Verbot für Leerverkäufe wieder zurückgenommen wurde. Ich möchte gerne einmal wissen, warum das stattfinden konnte.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich begrüße ausdrücklich die Erkenntnisse, die in den letzten Tagen, getrieben von der CSU und von Herrn Seehofer, entstanden sind, die erkannt haben, dass man in der Frage der Regulierung der Finanzmärkte jetzt beikommen muss. Ich weiß, dass in Teilen der Union gesehen wird, dass jetzt eine demokratieschädliche Situation eintritt. Dort gibt es eine andere Form des Verantwortungsbewusstseins als die, die von vielen anderen, deren Worte ich hier zitiert habe, zu Markte getragen wurde.

Herr Milde, ich sage Ihnen das sehr deutlich: Ich habe großen Respekt davor, dass Kollegen Ihrer Fraktion den „Focus“ abbestellt haben, als die Griechen dort in der Absicht, zu denunzieren, insgesamt beleidigt und beschimpft wurden. Ich sage Ihnen: Herr Klee hat das völlig richtig gemacht. Er erhält dafür meinen persönlichen und politischen Respekt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn es ist richtig und notwendig, dass dazu gesagt wird, was geht und was nicht geht.

Zweitens. Damit bin ich beim Thema Regulierung des Finanzmarkts. Warum hat das unter Ihrer Führung eigentlich so lange gedauert? Warum haben Sie ein Dreivierteljahr lang dazu nichts gemacht? Das gilt für das Thema Ratingagenturen. Das gilt für das Thema Transaktionssteuer.

Ich weiß, dass insbesondere die FDP der Bremsklotz war. Das wissen wir. Wir sind für die Erklärung des Herrn Kollegen Rentsch dankbar. Heute hat er erklärt, dass die Einführung der Transaktionssteuer richtig wäre.

(Zurufe von der SPD: Ui!)

Wir hätten uns gewünscht, dass eine solche Äußerung viel früher gekommen wäre. Dann wäre uns manches erspart geblieben.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Lieber Gottfried Milde, du hast gleich Zeit, darauf zu antworten. Ich warte das geduldig ab.

Das gilt im Übrigen auch für weitere Maßnahmen. Das Thema Leerverkäufe habe ich schon angesprochen. Auch das Thema Transparenz an den Finanzmärkten habe ich angesprochen. Wir brauchen dort eine andere Art Verantwortlichkeit. Ihre Einsicht kommt spät. Sie haben versucht, über die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hinwegzuregieren. Eigentlich haben Sie nicht darüber hinwegregiert.

Ich stelle hier noch einmal fest: Sie wollen laut Ihrem Koalitionsvertrag allein 80 Prüfaufträge abarbeiten und Kommissionen einrichten. Nach dem Ergebnis der Wahl in Nordrhein-Westfalen versuchen Sie jetzt, in der Realität anzukommen. Das ist gut so. Alles, was zur Regulierung beiträgt, ist aus unserer Sicht zu unterstützen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Warum haben Sie dann der Hilfe für Griechenland nicht zugestimmt?)

– Herr Arnold, das kann ich Ihnen sagen. Sie waren am vergangenen Donnerstag aus parteitaktischen Gründen

und aus Rason vor Ihrem Koalitionspartner nicht bereit, die Transaktionssteuer, die Sie jetzt mit uns beschließen wollen, in die entsprechenden notwendigen Entschließungen hineinzuschreiben. Deswegen haben wir uns der Stimme enthalten. Das wissen Sie auch.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist doch Kindergartenniveau!)

Deswegen haben wir uns der Stimme enthalten. Herr Arnold, das wissen Sie auch. Denn das wurde mehr als einmal kommuniziert.

Jetzt kommen Sie zur Besinnung. Offensichtlich gibt es da neue Dynamiken. Sie setzen sich ganz offensichtlich über die Befindlichkeiten des Koalitionspartners und, in Klammern, auch der Bundeskanzlerin, die das auf dem Kongress des DGB am Sonntag noch ausgeschlossen hat, hinweg und kommen zu der richtigen politischen Positionierung. Wir begrüßen das. Ich glaube, dass wir durch unser Verhalten am Ende mit dazu beigetragen haben, dass Sie auf den Pfad der Tugend und der Einsicht zurückkehren konnten.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zu dem zweiten Teil, der eine Rolle spielt. Ich habe das eben schon gesagt. Eigentlich erheben Sie gerade die Chaostheorie zum Politikprinzip. Da gilt: jeder gegen jeden. Es würde mir jetzt großen Spaß machen, die Vielzahl der Presseerklärungen vorzulesen, die es dazu gibt: Herr Mappus gegen Herrn Röttgen, Herr Müller wiederum gegen Herrn Mappus. Frau Lautenschläger hat auch etwas dazu gesagt. Das geht kunterbunt durcheinander. Roland Koch steht da gegen Angela Merkel – und umgekehrt. Der Vorsitzende der Jungen Union steht da gegen den Ministerpräsidenten. Die Bundeskanzlerin werde ich gleich noch einmal zitieren. Denn das ist besonders schön.

Es gibt noch etwas, was mich noch einmal zum Thema Sparen, dem zweiten Schwerpunkt, bringt. Der Ministerpräsident hat sich ein Dreivierteljahr dafür feiern lassen, dass er als zentraler Verhandler auf der Unionsseite den finanzpolitischen Unsinn, der in der Koalitionsvereinbarung steht, mitverhandelt hat. Er war da federführend. Sie haben mehrfach erklärt, Mitglieder des Kabinetts könnten an Sitzungen des Landtags nicht teilnehmen, weil ihre Anwesenheit in Berlin ganz wichtig sei. Dort würde Wegweisendes beschlossen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Das zu sagen haben Sie wirklich hinbekommen, nachdem Sie das alles mitgemacht und ausgehandelt haben. Er hat dann jeden Unfug im Bundesrat mit beschlossen.

Ich sage Ihnen Folgendes. Das Gebot der Stunde ist: Wenn diese Landesregierung das ernst meint, was Sie hier gesagt haben, dann würde das bedeuten, dass sie noch heute eine Sondersitzung des Kabinetts einberuft und danach im Bundesrat eine Vorlage einbringt, mit der als erstes Signal die unsinnige Reduzierung der Mehrwertsteuer für Hoteliers zurückgenommen würde. Das wäre das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit könnten Sie beweisen, dass Sie es wirklich ernst meinen. Das wäre allerdings nur ein kleiner Teil. Zu den anderen Teilen habe ich vorhin schon ein bisschen etwas gesagt. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Herr Arnold, nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen kommen alle aus ihren Löchern. Der Ministerpräsident hat das auch getan. 48 Stunden nach der Wahl hat er gesagt, man müsse jetzt bei der Bildung und bei der Kinderbetreuung sparen. Anschließend hat er immer wieder einmal versucht, ein bisschen Gas zu geben oder das ein bisschen zurückzunehmen. Haben wir die Frage des Kreidefensels inzwischen geklärt? – Das ist noch in der Klärung.

Alle kommen aus den Löchern. Heute die CDU-Chefhaushaltspolitiker: Union fordert Pkw-Maut,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ich hätte gerne etwas zu Europa gehört!)

die Finanztransaktionssteuer, Kassenzuschüsse einfrieren. Das Wirtschaftsforschungsinstitut DIW fordert mindestens 50 Milliarden € Mehreinnahmen, damit man überhaupt in die Lage kommt, über Haushaltskonsolidierungen wieder ernsthaft reden zu können, weil kein Mensch weiß, wie wir eigentlich mit den 18 Milliarden € im Bundeshaushalt umgehen sollen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Europa! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Stimmt die SPD zu?)

– Wir sind dabei, denn der Ministerpräsident hat ausdrücklich den Sparteil mit angesprochen. – Ich sage noch einmal: Der Ministerpräsident kann seit einer Woche nicht entscheiden, was er bei dieser Regierungserklärung eigentlich sagen will. Er hat am Ende versucht, noch einmal ein bisschen hinzubiegen. Dazu sage ich: Sie kommen alle aus den Löchern.

Es passiert genau das, was wir vorher gesagt haben. Nach Nordrhein-Westfalen ist die Stunde der Wahrheit. Dann kommen Sie in der Realität an. Dann werden Sie erzählen, wo Sie überall mit Ihren Grausamkeiten ansetzen, wo Sie streichen, sparen, Bürgerinnen und Bürger belasten wollen.

Nun sage ich Ihnen: Veränderung erfordert im Kern Gerechtigkeit. Das ist etwas, was auch ein Stück weit Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben kann. Davon sind wir im Moment meilenweit entfernt. Genau das ist bald das Problem Ihrer Vorschläge.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wieso das denn?)

Es geht Ihnen nicht um Gerechtigkeit. Der Ministerpräsident arbeitet nicht mit dem Thema Gerechtigkeit. Er hat dafür kein Gespür. Der Ministerpräsident jagt systematisch seit Jahren, wenn es eng wird, wenn es politisch schwierig wird, eine Gruppe gegen die anderen. Er ist und bleibt ein Spalter. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Quatsch! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde, an der Stelle ist es so ausrechenbar. Es ist so langweilig auf der einen Seite. Wenn es schwierig wird, wird irgendetwas wieder durch die Medien getrieben. Tarek Al-Wazir hat das gestern so schön formuliert: Er setzt sich auf einen Gaul, reitet ihn eine gewisse Strecke und springt wieder ab, wenn er merkt, dass es nicht funktioniert.

Er führt die Themen nicht zu Ende. Er führt die Menschen nicht zusammen. Er führt die Politik nicht zusammen. Er lebt davon, dass er Schlagzeilen bekommt, dass er polarisiert. Im Ergebnis ändert er gar nichts, außer dass er einen

einzigsten Glanzpunkt für sich auf seine Schultern packen kann.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Nur kein Neid!)

Die Staatsverschuldung in Hessen unter seiner Amtszeit verdoppelt zu haben, das bleibt von Roland Koch.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Wie ist es mit dem Länderfinanzausgleich?)

Damit komme ich zur Frage der Bildungskürzungen, die der Ministerpräsident jetzt wieder gar nicht so gemeint haben will, nachdem ihm der stellvertretende Ministerpräsident gesagt hat, dass das mit ihm nicht gehen wird, dass eigentlich Bildung total wichtig ist, dass man sozusagen einen Schwerpunkt hat – und gleichzeitig trotzdem den Hochschulpakt zusammenkürzt.

Das passt alles nicht zusammen. Ich sage immer wieder: Die vier Grundrechenarten reichen, um festzustellen, dass das, was Sie machen, nicht funktioniert.

(Wortmeldung des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Mein lieber Gottfried Milde, Zwischenfragen gibt es auch bei 35 Minuten nicht, weil es anschließend 35 Minuten für die andere Seite gibt.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ich wollte nur einmal hören, ob Europa noch kommt!)

Nun will ich ein paar Bemerkungen machen. Dass die Kritik der Opposition am Oppositionsführer innerhalb der Union aberlerlt, das glaube ich. Das kann ich verstehen. Das akzeptiere ich. Das gehört zur Demokratie. Deswegen will ich gern ein paar Kollegen aus Ihren Reihen zitieren.

Der RCDS-Vorsitzende von Bayern: Es sei ein Unding, dass in der Union führende Köpfe jeden Unfug sagen können, ohne dass ein Machtwort gesprochen wird. – Gemeint ist der Ministerpräsident. Die Kritik richtet sich an die Kanzlerin.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ich fürchte, er meint sich selbst!)

Für was hat die Bundeskanzlerin ihre Richtlinienkompetenz, und wofür ist sie Parteivorsitzende? – Offenbar sei weder Koch noch Merkel bewusst, wie sehr sie unsere Generation verunsichert.

Der CSU-Fraktionschef Georg Schmid lehnt Bildungskürzungen ausdrücklich ab: Es sei „ein völlig falscher Ansatz“.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Komischerweise haben die das in Bayern gemacht!)

Die Sozialministerin aus Bayern bezeichnet den Ministerpräsidenten als „Dinosaurier“.

(Petra Fuhrmann (SPD): Da ist etwas dran!)

Die Bundesfamilienministerin, Mitglied seines Landesverbandes, allerdings ohne seine ausdrückliche Zustimmung ins Bundeskabinett berufen, erklärt, dass es – weil ein Vergehen an den nachfolgenden Generationen – ein völliger Unfug ist; deswegen würde es beim Ausbau bleiben.

Die Kanzlerin ruft Sie zur Ordnung, die halbe Union ruft Sie zur Ordnung, weil Sie eine gefährliche Debatte vom Zaun gebrochen haben, die Herr Schirmmacher aus mei-

ner Sicht sehr richtig beschrieben hat, indem Sie versuchen, die Generationen gegeneinander zu jagen.

(Minister Karlheinz Weimar: Nein, der liegt falsch!)

Herr Weimar, deswegen will ich auf die zentrale Herausforderung im der Bildungspolitik kommen. Ich will nicht meine Zahlen vortragen, weil Sie die mir eh nicht abnehmen würden. Ich werde das zum wiederholten Male vortragen, was der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes hier im Hessischen Landtag vor einigen Wochen vorgetragen hat, und zwar mit Verweis auf den Bundespräsidenten.

Der Präsident des Kinderschutzbundes hat uns vor einigen Wochen erklärt, dass vor zehn Jahren, also im Jahre 2000, in Deutschland 15,6 Millionen Kinder lebten und davon etwa 1,1 Millionen Kinder aus Armutshaushalten kamen. Sie erinnern sich an die PISA-Studie – soziale Herkunft und Bildungserfolg haben etwas miteinander zu tun.

Im letzten Jahr, im Jahr 2009, lebten in Deutschland 14 Millionen Kinder, davon 2,6 Millionen aus Armutshaushalten. Nach den Ergebnissen der Expertenkommission beim Bundespräsidenten werden im Jahr 2035 in Deutschland weniger als 10 Millionen Kinder leben, davon nach Einschätzung dieser Expertenkommission, die gerade bestätigt wurde, zwischen 4 und 5 Millionen Kinder aus Armutshaushalten.

Herr Müller, der IHK-Präsident, hat am gestrigen Abend, nachdem Herr Koch gehen musste, gesagt, dass 66 % der Auszubildenden im IHK-Bezirk Frankfurt derzeit in der betrieblichen Ausbildung Nachhilfe bekommen. BMW hat vorgestern erklärt, dass man mit Blick auf das Thema Fachkräftemangel beginne, massiv Fachkräfte im Ausland anzuwerben, weil der bundesdeutsche Arbeitsmarkt wegen der Qualifizierungsdefizite nicht die notwendigen Fachkräfte bereitstellen könne.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Nicht deswegen!)

– Mein lieber Gottfried Milde, das ist die Herausforderung, vor der dieses Land steht. Deswegen ist es so fatal, wenn man in dieser Situation versucht, Bildungspolitik nach Kassenlage zu machen. Das ist das Verheerende aus ökonomischen, aus sozialen und aus bildungspolitischen Gründen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der entscheidende Punkt.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Deswegen sage ich: Der Ministerpräsident versündigt sich an den nachfolgenden Generationen,

(Minister Karlheinz Weimar: Ein dummes Zeug! – Zurufe von der CDU)

weil er die Generationen gegeneinander jagt. Das ist der Punkt, mein lieber Clemens Reif.

(Zurufe von der CDU)

– Nein, das „lieber“ ziehe ich jetzt einmal zurück.

(Zurufe von der CDU – Glockenzeichen des Präsidenten)

Das ist der entscheidende Punkt, an dem Sie nicht vorbeikommen.

(Clemens Reif (CDU): Doch!)

Wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes erhöhen wollen, wenn wir den sozialen Zusammenhalt dieses Landes erhöhen wollen, wenn wir Bildungsgerechtigkeit herstellen wollen, werden wir unsere Bildungsanstrengungen erhöhen und nicht reduzieren müssen. Das hat der Ministerpräsident nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen geht es in dieser Debatte um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunftsfähigkeit. Das hat etwas mit Europa zu tun. Damit schließt sich der Kreis, weil – das ist nicht ganz unspannend – der Ministerpräsident gelegentlich eine selektive Wahrnehmung hat, wenn er im Ausland unterwegs ist und sich bestimmte Fragen anschaut.

Für das Protokoll will ich noch einmal die Dänemarkreise erwähnen, als der Ministerpräsident, nachdem er auch an dem Gespräch mit dem dänischen Arbeitgeberverband teilgenommen hat, über Herrn Metz ständig hat erklären lassen: Der Kernpunkt des dänischen Arbeitsmarktmodells sei die Abschaffung des Kündigungsschutzes. Deswegen müsse der Kündigungsschutz in Deutschland abgeschafft werden, und damit bekomme man Vollbeschäftigung.

Was Herr Koch nicht transportiert hat, war ganz vieles. Einer der spannendsten Punkte war, dass der dänische Arbeitgeberverband ausdrücklich sagte: Es gibt kein Interesse an Lohnspreizung, weil die Binnennachfrage, die Binnenwirtschaft die Situation von zentraler Bedeutung für die Frage der Zukunftsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit öffentlicher Haushalte ist.

Es ist sehr spannend, dass es trotz Finanzmarktkrise, trotz der Schwierigkeiten, die viele öffentliche Haushalte haben, in der Europäischen Union drei Länder gibt, die anders als Italien, als Griechenland, als Frankreich, als die Bundesrepublik Deutschland ihre Haushaltsdefizite massiv gesenkt haben. Das ist Schweden, das ist Dänemark und das ist Finnland. Wie haben sie es geschafft? – Durch eine klare Balance des Einnahmen- und Ausgabenverhältnisses, eine gerechte Steuerpolitik

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde –, die im Kern auch darauf setzt, dass starke Schultern mehr tragen als schwache Schultern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Milde, deswegen sage ich Ihnen: Die Verantwortung für die Aufgaben, die dieses Land beispielsweise in der Bildungspolitik zu leisten hat – in der Hochschule wie bei der Kinderbetreuung –, erfordert eine ernst zu nehmende Debatte auch über die Steigerung von Einnahmen. Das scheuen Sie nach wie vor wie der Teufel das Weihwasser – Sie, Herr Milde, vielleicht nicht, aber Ihr Koalitionspartner sehr.

Über das gestenreiche Spiel von Herrn Weimar in der haushaltspolitischen Debatte anlässlich der Steuerpläne der FDP habe ich mich sehr gefreut. Ich habe den Eindruck gehabt, vor dem Hintergrund der Herausforderungen, vor denen wir stehen, gibt es da deutlich größere staatspolitische Verantwortung als bei manch anderen in diesem Hause. Deswegen hoffe ich, dass Sie auf den Pfad der Tugend und Einsicht zurückkehren und die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Herr Milde und Herr Koch, wenn Sie dazu bereit sind, dann sind wir, glaube ich, in der Tat in der Situation, dass wir bestimmte Rituale beenden können. Vorangehen aber müssen Sie, denn Auslöser dieser Rituale sind in der Regel Sie. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Als Nächster spricht Herr Kollege Rentsch, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich glaube, dass die Menschen draußen und hier im Raum auf ihre Fragen an die Sozialdemokraten – was Sie eigentlich tun wollen, um unsere Währung stabil zu halten, um die Sparaufkommen, die die Menschen auf Konten oder in anderen Anlagen haben, zu sichern – heute von Ihnen überhaupt keine Antwort bekommen haben, überhaupt keine.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage das deshalb, weil sich Sigmar Gabriel in populistischer Art laut und nicht zielführend in den letzten Monaten zu der Finanztransaktionssteuer positioniert hat. Ich werde auf dieses Thema noch kommen. Ich hätte eigentlich gedacht, dies gibt uns gemeinsam die Möglichkeit, über die Fragen zu reden, die uns auch verbinden. Aber Sie haben aus dieser Debatte eine landespolitische Schauschlacht gemacht. Meine Damen und Herren, das hilft den Menschen weiß Gott nicht weiter.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Realität ist, dass viele Menschen, die in den letzten Wochen das mitbekommen haben, was in Europa, was in Deutschland passiert, Angst haben, dass ihre Währung, der Euro, in Gefahr ist, dass das, was sie gespart haben – was sie für Kinder, für die andere Generation, für das, was sie in den nächsten Jahren selbst brauchen, für die Rente zurückgelegt haben –, in Gefahr ist. Sie haben Angst, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, dass das passiert, was viele ältere Menschen in diesem Land noch vor Augen haben, nämlich eine Inflation – dass das Geld morgen nichts mehr wert ist. Und Sie machen hier eine Schauschlacht über Landespolitik. Von Ihnen hätte ich mir wirklich bessere Antworten auf diese schwierigen Fragen erhofft. Aber sie sind nicht gekommen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, deshalb ist es richtig und immer wieder eine Herausforderung, wenn der Hessische Landtag als Landesparlament über ein solch komplexes Thema wie die Frage der Währungsstabilität und das, was ein Nationalstaat in einer Europäischen Union in einer solchen Lage überhaupt tun kann, debattiert. Dann muss man auch versuchen, zu diesem Thema zu reden.

Das, was wir hier diskutieren, hat viele verschiedene Ebenen. Die eine ist die Angst der Menschen, dass ihr Geld nichts mehr wert ist. Die andere Ebene ist, dass diese Debatte damit verbunden ist, dass die Idee der Europäischen

Union in Gefahr gekommen ist. Sie ist deshalb in Gefahr, weil eines ihrer Projekte, das große Projekt der einheitlichen Währung, nicht mehr stabil ist. Denn einer dieser Mitgliedstaaten – und es ist ja nicht der Einzige, das wissen wir, der Ministerpräsident hat das ausgeführt –, ein zentrales Mitgliedsland, nämlich die Griechen, haben eine Haushaltspolitik gemacht, die in den Ruin geführt hat. Im Unterschied zu D-Mark-Zeiten aber haften wir nun alle dafür und müssen dafür einstehen.

Deshalb war es in den letzten Wochen die Grundfrage: Gibt es kluge Lösungen? Gibt es überhaupt Lösungen, die dafür Sorge tragen, dass diese Währung gerettet wird? Müssen die Griechen möglicherweise sogar aus der Europäischen Union ausgeschlossen werden, wenn sie ein Kriterium – nämlich ihre Währungsvoraussetzungen stabil zu halten – nicht erfüllen können? Oder haben wir andere Varianten?

Ich sage: Ja, wir Liberale haben uns bei diesem Thema deshalb nicht einfach getan, weil – die GRÜNEN werden ja noch reden; die sind ja in solchen Fällen die Meistererfinder von Patentlösungen – es für diese Fragen eben keine Patentlösungen gibt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Problem war so noch nie da. Ich will hier das anführen, was Prof. Tietmeyer 1999 als Präsident der Deutschen Bundesbank ausgeführt hat. Er hat nämlich genau das beschrieben, was kommen kann, wenn Länder in der Europäischen Union nicht ihren Teil dazu beitragen, dass die Währung stabil bleibt. Er sagte damals in einem Artikel für die Zeitung „Die Welt“:

Währungsstabilität ist niemals gesichert. Die Stabilitätskultur muss immer neu erarbeitet werden. Es wäre überraschend, wenn nicht wieder eines Tages Spannungen aufträten zwischen den Ländern, wenn es um unsere Währung geht. Dann wird sich zeigen, welche Unterstützung beispielsweise auch die Politik einer stabilitätsorientierten Geldpolitik bietet und leistet.

Darum geht es. Wir haben diesen Krisenfall gerade. Er war nicht planbar. Vielleicht hätte er vorausgesehen werden müssen; das ist unbestritten, und darum wird es aus meiner Sicht in der Debatte auch hauptsächlich gehen müssen. Es ist aber doch unstrittig, dass dieser Krisenfall zu irgendeiner Reaktion führen muss.

Kollege Schäfer-Gümbel, uns dann vorzuwerfen, den Kollegen in Berlin, der Bundeskanzlerin, sie habe für dieses Problem keine Lösung parat, sie habe das Problem negiert, sie habe keinen klaren Kurs gezeigt – ich glaube, das Gegenteil ist der Fall.

(Lachen bei der SPD)

Sie hat – anders als Herr Gabriel – sehr ruhig überlegt, bevor sie die Antwort auf diese Krise mit dem Namen Finanztransaktionssteuer bezeichnet. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage ganz offen: Heute hätte ich gerne einmal von den Sozialdemokraten in diesem Hause gehört, wie sie es denn gemacht hätten. Die Kollegen der GRÜNEN werden gleich ihr komplettes Konzept hier vortragen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Sie werden dann auch einmal sagen, wie ihr Staat aussieht. Kollege Al-Wazir hat gestern bei einer Veranstaltung wieder darüber philosophiert, wie denn sein Staat so aussehen soll usw.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anders als eurer!)

Darüber müsste man einmal diskutieren. Kollege Al-Wazir, ich freue mich einfach darauf, dass Sie heute einmal sagen, wie Ihr Staat aussieht und was er kostet. Dann reden wir einmal weiter. Aber lassen Sie doch einfach diese philosophischen Diskussionen, denn die helfen uns an dieser Stelle keinen Schritt weiter, keinen einzigen Schritt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb wäre es aus meiner Sicht richtig gewesen, dass auch Herr Gabriel das Wort, das er jetzt seit Monaten im Mund führt – „Finanztransaktionssteuer“ –, möglicherweise wieder ein Stück zurücknimmt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch nicht mehr?)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, das ist nicht die Antwort auf diese Krise. Der Versuch, die Finanztransaktionssteuer mit dem Hilfspaket für den Euro und für Griechenland zu verknüpfen – zunächst für Griechenland, dann für den Euro –, ist absurd und zeigt, dass Sie keine staatspolitische Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Schmitt, zu Ihnen komme ich noch. Wir kommen noch zu der Frage, woher die Krise des Euro kommt. Daran haben Sozialdemokraten große Verantwortung, dass wir in dieser Krise stecken. Dazu kommen wir noch.

(Widerspruch bei der SPD)

Weil Sie den ganzen Tag Ihre gute Laune daraus ableiten, dass über das Thema Finanztransaktionssteuer gesprochen wird, will ich Ihnen gerne etwas dazu sagen.

Sie gehen nach folgendem Schema vor: Es gibt ein Problem,

(Manfred Görig (SPD): Sie machen es größer, und dann geht es erst richtig los!)

und dann gibt es die Möglichkeit, öffentlich den Eindruck zu erwecken, man könne das Problem lösen, indem man beispielsweise für die Bösen in der Gesellschaft eine Steuer auflegt.

Sie haben das einmal bei der Tabaksteuer versucht, bei der Ökosteuer. Es ist immer das gleiche Prinzip: Man hat das Gefühl, man tut etwas Gutes – moderner Ablasshandel –, und dann kann jeder machen, was er will.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, ich glaube, Politik ist nicht so einfach.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Kollege Schmitt, eine Steuer muss irgendeinen Sinn verfolgen. Ich will Ihnen einmal sagen, was alles unter Finanztransaktion

(Wortmeldung des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– ich lasse keine Fragen zu – subsumiert wird. Herr Kollege, eine Finanztransaktion ist es z. B., wenn jemand seine Wohnungsmiete überweist. Der transferiert seine Finanzen.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das tut auch jemand, der seine Einkommensteuer bezahlt oder seine Stromrechnung abbuchen lässt.

Jetzt kommen wir zu den Bereichen, die Sie wahrscheinlich meinen. Verehrte Kollegen, eine Finanztransaktion ist z. B. auch

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Glockenzeichen des Präsidenten)

– ich lasse keine Fragen zu; deshalb kann auch Ruhe sein –, wenn jemand die Aktien, in denen er sein erspartes Kapital angelegt hat, wieder verkauft. Was Sie wollen, bewirkt, dass viele normale Bürger, die ihr Geld in diesen Produkten angelegt haben, doppelt und dreifach zur Kasse gebeten werden, und das wollen wir nicht.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Hätten Sie zu dem Thema gesprochen, hätte ich mich gefreut. Möglicherweise meinen Sie die Financial Activity Tax. Das ist genau das Thema, um das es geht, dass hoch spekulative Geschäfte besteuert werden. Darüber kann man reden. Aber wir wollen keine Politik einfach nach dem Motto: Es gibt jetzt eine Steuer, und es gibt deshalb keine Probleme mehr. – Diese einfachen sozialdemokratischen Antworten führen leider überhaupt keinen Schritt weiter in diesem Land.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, an der Debatte ärgert mich am meisten, dass Sie den Eindruck erwecken, mit dieser Finanztransaktionssteuer könnten die Multimilliardenspekulationen gegen den Euro einfach so gelöst werden. Es geht hier um Multimilliardenspekulationen gegen unsere Währung, und da erwecken Sie den Eindruck, wir hätten eine nationale Lösung für dieses Problem.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Al-Wazir, Sie sind in dieser Frage doch genauso populistisch. Sie haben keine Antworten, sondern nur diese. Das ist doch zu wenig. Das müssen Sie einmal zugeben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Er hat wenigstens eine! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist völlig klar: Die Währungsspekulation gegen den Euro hat zu seiner Schwächung geführt. Das wird hier wohl keiner bestreiten. Aber die Währungsspekulation ist doch nicht die Ursache für die Schwäche des Euro.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Die Schwäche des Euro hängt damit zusammen, dass es Länder in der Europäischen Union gibt, die sich nicht an die vereinbarten Regeln gehalten haben,

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

die auf Saus und Braus gelebt haben, wofür wir letztendlich die Zeche bezahlen müssen. Man wird in diesen Tagen

danach fragen dürfen, ob die Menschen zu Hause diesen Beitrag auch noch aufbringen können. Ich finde es mittlerweile wirklich abstrus, was die Sozialdemokraten hier für ein Bild stellen. Es ist aber nicht nur die Frage gewesen, Herr Kollege Schäfer-Gümbel,

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

dass Menschen gegen den Euro spekuliert haben oder dass Länder die Kriterien nicht eingehalten haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wer erzählt uns die ganze Zeit den Unfug Ö?)

Das Problem war, dass die Sozialdemokraten, Gerhard Schröder und Hans Eichel –

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, mit etwas weniger Lautstärke aus dem Plenum würde die Kultur nicht leiden.

Florian Rentsch (FDP):

Das Problem war – ich kann da genau fortsetzen –, dass die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages von Ihnen, von Hans Eichel und Gerhard Schröder, aufs Unkenntliche aufgeweicht worden sind. Das ist das Problem.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Das hat das, was in Griechenland vorgekommen ist, was uns in die Krise stürzt und was wir mit unserem Maßnahmenpaket verhindern wollen, überhaupt erst ermöglicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb ist es zu wenig, an einem solchen Tag in einer solchen Krise nur mit solch platten Sprüchen wie der Kollege Al-Wazir oder der Kollege Schäfer-Gümbel die Debatte zu bestreiten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe doch noch gar nichts gesagt!)

Ich würde mir wirklich wünschen – gerade von den GRÜNEN –

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Kollege Al-Wazir, ich versuche, meinen Vortrag zu halten. Machen Sie es doch gleich auch an diesem Pult, aber lassen Sie mich doch erst einmal ausreden. So viel gute Erziehung hat doch jede von unseren Gruppen, dass das möglich sein muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): Sollte er haben!)

Es hat auch etwas mit Politik zu tun. Natürlich haben die Sozialdemokraten versucht, mit dieser Debatte in Nordrhein-Westfalen noch Wähler zu gewinnen. Das ist doch unstrittig. Ich glaube, es wird noch nicht einmal von den Sozialdemokraten bestritten, dass das so ist. Das ist übrigens die Partei, die jetzt mit den Kollegen der GRÜNEN die Stimmen nutzt, um mit den LINKEN eine Regierung zu bilden – ein ganz spannendes Vorhaben. Ich wäre sehr gespannt auf eine Abstimmung –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr wollt ja nicht! – Gegenruf des Ministers Jörg-

Uwe Hahn: Ach, Herr Al-Wazir! Das Stalking beginnt wieder!)

– Kollege Al-Wazir, ganz ernsthaft: Das aufzuhalten, was ihr langer Hand geplant habt, macht doch keinen Sinn. Und, ganz ehrlich, wer FDP und Linkspartei vergleicht, der disqualifiziert sich selbst.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU – Demonstrativer Beifall bei der LINKEN)

Es ist doch immer das gleiche Prinzip, das von Ihnen vertreten wird. Jetzt werden wir das uns in Nordrhein-Westfalen anschauen. Wir wünschen Ihnen alles Gute bei der Regierungsbildung.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Es gibt einen Koalitionsvertrag, den Sie möglicherweise nach Nordrhein-Westfalen schicken können. Der ist schon ausgearbeitet, den kann man möglicherweise übernehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, richtig ist auch – das will ich hier unterstreichen –, dass das Maßnahmenpaket, das auf Bundesebene geschnürt worden ist und das in der Europäischen Union verhandelt worden ist, viele Punkte hat, die natürlich zu hinterfragen sind und die ich kritisch sehe. Das will ich nicht bestreiten. Ich weiß, dass bei einem solchen Maßnahmenpaket nicht nur deutsche Interessen zu berücksichtigen sind. Aber welche Rolle die EZB übernimmt, welche Möglichkeiten die EZB jetzt nutzt, die nach dem Maastricht-Vertrag und nach den Stabilitätskriterien eigentlich ausgeschlossen sind, das sehe ich sehr kritisch.

Ich will auch das unterstreichen, was der Ministerpräsident gesagt hat. Natürlich ist es unsere Aufgabe als stärkste Wirtschaftszone in der Europäischen Union, die Vorleistungen zu machen, die letztlich dafür sorgen müssen, dass gezeigt wird, dass das einzige Rezept auch funktioniert, und dieses Rezept heißt Konsolidieren.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Wenn wir es nicht schaffen – da können wir uns in den nächsten Monaten und Jahren gerne noch beschimpfen –, die Länder- und Bundeshaushalte zu konsolidieren, dann wird der Euro nicht nur durch die Schwäche von beispielsweise Griechenland, Spanien, Irland oder Portugal Probleme bekommen, sondern auch durch unser eigenes Handeln. Nur durch eine konsequente Sparpolitik ist der Euro zu retten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb sage ich: Ich glaube, dass es richtig ist, das Paket auf den Weg zu bringen – mit all den Bauchschmerzen, die ich dabei habe. Ich sage aber auch, ich möchte nicht, dass wir in eine Situation kommen, wo die Europäische Union das aufgibt, was sie stark gemacht hat, dass sie kein Staateingebilde ist, das nur gemeinsam handelt, sondern auch eigene Schwerpunkte setzt.

Ich lese dieser Tage, dass der französische Staatspräsident fordert, dass man eine gemeinsame Wirtschaftspolitik machen solle, dass wir dafür kritisiert worden sind, dass wir so exportorientiert arbeiten – das kann nicht das Rezept sein, wie wir aus dieser Krise herauskommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das, was die Europäische Union stark gemacht hat, ist, dass sie Unterschiede möglich gemacht hat, dass es einen

Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten gab und gibt. Wir wollen keine Gleichmacherei, bei der Sarkozy möglicherweise in einer europäischen Regierung erklärt, wo was investiert wird und wie welche Steuersätze sein müssen. Das kann nicht die Antwort auf diese Krise sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, dass wir mit dieser Debatte ein großes Problem aufgerissen haben. Der Ministerpräsident hat in seiner Abwägung deutlich gemacht, welche Bereiche für die christlich-liberale Koalition in Hessen wichtig sind. Es geht um die Frage: Wo setzen wir Prioritäten, und wie werden wir in den nächsten Jahren Politik machen?

Ja, das Politikmachen wird sich in den nächsten Jahren sehr stark darauf konzentrieren – außer wenn die LINKEN in Deutschland Verantwortung tragen –, dass wir den Menschen erklären, was nicht mehr geht und wo wir konsolidieren müssen.

(Manfred Görig (SPD): Steuersenkungen gehen nicht mehr!)

– Ich komme noch dazu, Herr Kollege. Keine Angst, ich komme noch zum Thema Steuersenkungen. Die Zurufe sind bei den Sozialdemokraten planbar. Deshalb haben wir dafür auch etwas vorbereitet.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Es ist doch keiner mehr da! – Beifall bei der FDP und der CDU)

– Für den Rest, der noch da ist. Der Landesvorsitzende hat sich Zeit genommen, und deshalb werde ich mich an ihn wenden. Das ist keine Frage.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Aus persönlichem Respekt!)

Deshalb wird die zentrale Aufgabe der nächsten Monate und Jahre für uns im Hessischen Landtag – hier tragen wir jedenfalls Verantwortung – sein, zu definieren, wo wir Schwerpunkte setzen, wo wir aber auch konsequent einsparen. Ich sage das deshalb, weil ich die Art und Weise, wie der Ministerpräsident missverstanden worden ist, nicht akzeptieren kann. Denn wir haben mit unserem eigenen Handeln bewiesen, dass wir es anders meinen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Der Ministerpräsident hat es doch gerade richtig ausgeführt. Wir Liberalen und wir Christdemokraten in Hessen, diese Koalition, setzen auf Bildung. Wir müssen uns vor den Zahlen nicht verstecken, die wir hier haben.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir müssen uns doch nicht von Ihnen erklären lassen, wir würden in dem Bereich nichts tun. Sind denn 1.000 zusätzliche Lehrerstellen etwas, worüber man nicht sprechen darf? Sind die Veränderungen in der Institution Schule nichts, worüber man sprechen darf? Ist nicht ein Hochschulpakt in schwierigen Zeiten ein Benefit, ein Bonus auch für die Hochschulen, weil sie Planungssicherheit haben?

All diese Punkte können Sie doch nicht wegreden. Deshalb glaube ich: Ja, man kann uns immer dafür kritisieren, dass wir nicht noch mehr Geld ausgeben; man kann uns aber auch dafür loben, dass wir Schwerpunkte setzen und sparen. Denn das ist die richtige Art und Weise.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich will gern auch noch etwas zum Thema Steuern sagen, weil der Kollege Görig das überraschenderweise dazwischengerufen hat.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ritualisiert! – Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD) – Gegenrufe der Abg. Holger Bellino und Clemens Reif (CDU): Hör doch einmal zu!)

Kollege Görig, ich habe immer noch die Plakate vor Augen, die die Sozialdemokraten aufgestellt haben, als es bei der letzten Wahl um das Thema Mehrwertsteuererhöhung ging.

(Zurufe von der FDP: Ah!)

Irgendwie muss da etwas ganz Schlimmes passiert sein, oder die Union hat eine solche Überzeugungskraft gehabt, dass Sie aus 0 % Mehrwertsteuererhöhung 3 % gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich sage das einmal für mich persönlich, und ich glaube, ich würde bei den Kollegen meiner Fraktion und auch bei den Unionskollegen Zustimmung bekommen: So etwas wird mit mir nicht passieren – Herr Kollege Görig, wenn Sie das für sich brauchen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist doch klar. Es ist doch Ihre einzige Hoffnung, dass wir den gleichen Unsinn machen, den Sie auch gemacht haben, damit Sie sagen können, alle machen Unsinn. Aber so wird es nicht kommen, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Das werden wir nicht tun.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas zum Thema Steuereinnahmen des Landes sagen, weil ich es wirklich liebe, wenn ich das von den Sozialdemokraten höre. Richtig ist, dass unser Bundesland genauso wie die Kommunen – ich komme gleich darauf, Herr Kollege – weniger Steuern einnimmt, der Bund aber in den letzten Jahren mehr Steuern eingenommen hat. Ich habe eine Grafik, und ich lasse sie gerne für Sie groß kopieren.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das wäre nett!)

Ich kann es nicht mehr hören, dass Sie sich arm rechnen – und das passiert bei Sozialdemokraten und GRÜNEN ständig. Bei den LINKEN ist es egal, da spielt es keine Rolle. Ich habe das gestern bei einer Veranstaltung gesagt: Es ist eine Tatsache, die ich in vielen Kommunen erlebe, dass jedes Projekt durchgezogen wird, auch wenn es 100 oder 150 Millionen € kostet, aber man trotzdem jammert, dass es schlimm sei. Ich habe in meiner eigenen Stadt gerade etwas erlebt: In Frankfurt will man den Römer neu beplanen und bebauen. Das ist auch eine kostengünstige Veranstaltung. Aber Frau Roth erklärt uns jeden Tag, wie schlimm es aussehe. – All das akzeptiere ich noch; das mag so sein.

Aber dass der Bund von 2005 mit ca. 450 Milliarden € Steuereinnahmen, prognostiziert auf das Jahr 2013 mit ca. 560 Milliarden € Steuereinnahmen einen deutlichen Zuwachs hat und wir vielleicht einmal gemeinsam darüber nachdenken sollten, wo das Geld hingehet, das wir jedes Jahr mehr bekommen, das kann doch in diesem Haus wirklich niemand bestreiten. Ich kann es nicht mehr hören, wie Sie uns arm rechnen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin bei Ihnen, dass wir auch steigende Ausgaben haben, ob das die Zuschüsse zur Rente oder zur Gesundheitsversorgung sind. Das ist alles unbestritten. Da können Sie auch gern mit mir darüber reden, dass wir in dem Bereich sicherlich mehr Geld brauchen. Das will ich nicht bestreiten. Aber Sie wollen uns bitte nicht erklären, dass der Staat mittlerweile so arm sei – denn dann müsste man darüber nachdenken, wer in den letzten Jahren regiert hat; vielleicht gibt es da einen Zusammenhang –, dass er für die Menschen in der Mitte dieser Gesellschaft, die die ganze Veranstaltung bezahlen, keinen einzigen Pfennig mehr hat, Herr Kollege Schäfer-Gümbel.

Ich muss sagen, das ärgert mich deshalb, weil eine Minderheit in diesem Land das bezahlt, was wir hier machen. 26, 27 Millionen Erwerbstätige von 80 Millionen Einwohnern erwirtschaften das Steueraufkommen, das wir in diesem Land haben. Ich glaube schon, dass die Leute wollen, erstens dass wir in einer Währungskrise dafür sorgen, dass der Euro stabil ist, zweitens dass wir dafür sorgen, dass wir die Haushalte endlich in den Griff bekommen, weil das auch eine Voraussetzung für einen stabilen Euro ist. Sollte dann noch etwas übrig sein, dann gebe ich es lieber dem Bürger als irgendwelchen sozialdemokratischen Projekten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das mögen Sie anders sehen, aber ich sehe es genau so, weil ich felsenfest davon überzeugt bin, dass die Menschen ein Anrecht darauf haben, dass sie das, was wir jedes Jahr mehr einnehmen, auch zurückbekommen. Denn irgendjemand muss die Veranstaltung auch weiterhin bezahlen. Ich möchte nicht, dass diese Leute weiterhin das Land verlassen; denn sie sind das, was dieses Land trägt: die arbeitende Mitte dieser Gesellschaft. Ja, dafür stehen wir. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Als Nächster spricht Herr Kollege Al-Wazir, Vorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der FDP zurück nach Europa. Da stimmt meine Fraktion dem, was der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat, ausdrücklich zu: Wir müssen dieses Europa gegen die Abzockerei und die Spekulation verteidigen, die gegen die gemeinsame Währung von 16 Staaten in den letzten Wochen stattgefunden hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist im europäischen Interesse, und das, was im europäischen Interesse ist, ist auch im deutschen Interesse und auch im hessischen Interesse.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, dass Sie das richtig ausgeführt haben. Ich glaube auch, dass man BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht vorwerfen kann, dass sie das in irgendeiner Form jemals in ihrer Geschichte parteitaktisch oder von Wahlterminen abhängig machend gesehen

haben. Wir haben am Freitag vor der NRW-Wahl, obwohl wir in der Opposition sind, diesen Griechenlandhilfen zugestimmt. Wir haben ihnen zugestimmt – nicht, weil sie alternativlos sind; ich mag das Wort „alternativlos“ nicht –, weil klar war: Wenn man das nicht tut, werden die Kosten noch viel höher.

Aber, meine Kolleginnen und Kollegen, dieses Ja zur Griechenlandhilfe war verbunden mit einem deutlichen Nein zur Chaospolitik der Regierung Merkel/Westerwelle, die uns erst in diese Situation gebracht hat. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Schauen Sie sich doch einmal an, was da passiert ist. Herr Ministerpräsident, wir waren Anfang März auf einer Asienreise; Kollege Schäfer-Gümbel war auch dabei. Da sind wir in Japan und in Singapur, egal wo wir waren, vor zweieinhalb Monaten überall nach Griechenland gefragt worden: Was macht ihr da, wie sieht das aus, usw.? – Da haben Sie richtigerweise immer gesagt: Bewertet das nicht so hoch. Griechenland ist nicht die Welt, sondern allein das Bundesland Hessen hat ein Bruttoinlandsprodukt, das fast so groß ist wie das von Griechenland. Wenn ich sehe, wie dort und in Deutschland die Wachstumserwartungen für nächstes Jahr sind, kann es sogar sein, dass wir nächstes Jahr ungefähr gleich sind. Bewertet es nicht über, alles kein Problem.

Die spannende Frage ist doch: Warum hat trotzdem die Überschuldung eines Staates, der ein Bruttoinlandsprodukt hat, das ungefähr so groß ist wie das Bruttoinlandsprodukt des Landes Hessen, zu einer solch dramatischen Krise der Währung eines gesamten Kontinents geführt? – Weil wir eine Bundesregierung haben, die zweieinhalb Monate lang nichts, aber auch gar nichts gemacht hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Minister Jörg-Uwe Hahn: Deshalb?)

– Genau deshalb, Herr Europaminister. – Angela Merkel hat sich am Anfang als „Madame Non“ feiern lassen. Irgendwann, als es nicht mehr ging, hat sie gesagt: „Viel leicht“, und jetzt: 750 Milliarden €. Ich sage Ihnen: Das wäre niemals so viel geworden, wenn man von Anfang an gehandelt hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Herr Ministerpräsident, es war ja bemüht, wie Sie gesagt haben, man musste die Bedingungen hart machen. Natürlich müssen die Griechen sich ändern. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, in den letzten zweieinhalb Monaten wäre es besser gewesen, weniger Stammtisch und mehr Helmut Kohl zu haben. Das wäre einmal eine Linie gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Ja, das aus meinem Munde, Herr Ministerpräsident. – Ich frage mich: Wo waren Sie da eigentlich? Sie sitzen doch jeden Montag im Präsidium neben der Kanzlerin, Sie sind doch stellvertretender CDU-Vorsitzender. Was haben Sie da eigentlich diskutiert? Es ist doch peinlich, wenn man als Deutscher in Europa unterwegs ist und die anderen Europapolitiker einen fragen: Wann ist denn endlich eure komische Regionalwahl vorbei, damit wir

endlich wieder Politik machen können? – Das ist doch peinlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Deswegen ist es so teuer geworden.

Herr Europaminister, wo war eigentlich der Europaminister Hahn, oder wo war der Riesenstaatsmann Koch, als die Pinkwärts und Brüderles angefangen haben, zu zünden, und noch vor drei Wochen erklärt haben: „Wir geben überhaupt nichts“? Das war die Einladung an alle Spekulanten dieser Erde, sich gegen den Euro zusammenzutun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Genau deswegen ist es jetzt so teuer.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Andersherum wird ein Schuh daraus, Herr Kollege!)

– Nicht andersherum wird ein Schuh daraus. Ich meine, Florian Rentsch hat gesagt, die GRÜNEN hätten immer ein Patentrezept, für alles.

(Florian Rentsch (FDP): Eines, das nie klappt!)

Das stimmt übrigens nicht. Wir wissen vielleicht nicht immer, wie es geht.

(Peter Beuth (CDU): Ihr macht es den Leuten aber glauben!)

Manchmal muss man es auch probieren, muss man sich herantasten. Aber wir wissen auf jeden Fall, was nicht geht. Ich zitiere jetzt einmal einen GRÜNEN, nämlich Joschka Fischer.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ui! – Oh!)

– Sagen Sie nicht: „Oh“. – Joschka Fischer hat am 28.04. ein sehr wahres Wort gesagt.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Die Finanzausgaben der Bundesregierung hat er ausdrücklich gelobt. „Das war die Entscheidung: Jawohl, wir sind die Feuerwehr.“ Aber er hat dann hinzugefügt: „Warum die Feuerwehr über Wochen dasteht und sich am Kopf kratzt, anstatt die Pumpe zu bedienen, das verstehe ich beim besten Willen nicht. ... Ein Zimmerbrand wird zum Dachstuhlbrand, und am Ende steht das ganze Haus in Flammen.“ Genau das ist passiert, weil Sie sich nämlich von der „Bild“-Zeitung haben treiben lassen,

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

anstatt ein bisschen weniger Stammtisch und ein bisschen mehr Helmut Kohl zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Kollege Rentsch, ich verstehe, dass die FDP das Gefühl hat, dass sie sozusagen in der falschen Sekunde der Geschichte an die Bundesregierung gekommen ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe sogar ein gewisses Verständnis dafür. Uns ging es auch einmal so.

(Florian Rentsch (FDP): Das ist aber schon lange her!)

Wir haben 18 Jahre in der Opposition verbracht und kamen im Herbst 1998 an die Bundesregierung. Auf einmal waren wir in einer Situation, dass Deutschland ein paar Monate später eine Krieg führende Macht auf dem Balkan war. Das ist für eine Partei, die aus der Friedensbewegung kommt, etwas gewesen, das können Sie sich jetzt vielleicht vorstellen: Auf einmal passt alles das, was man wollte, nicht mehr mit dem zusammen, was die Wirklichkeit erzwingt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist die Realität!)

Was ist denn jetzt mit der FDP? Die ist jetzt seit elf Jahren, wenn man den Zeitpunkt, als Guido Westerwelle Generalsekretär wurde, nimmt, 15 Jahre unterwegs und verengt sich auf einen einzigen Punkt, nämlich Steuersenkung. Das ist keine liberale Partei mehr im Sinne von Gesellschaftsliberalität, sondern sie ist nur noch auf einen einzigen Punkt verengt: Steuersenkung. Dann auf einmal kommt man an die Regierung, und um einen herum brechen alle Haushalte zusammen. Man macht Riesenpakete und pumpt unglaublich viel Geld hinein.

Was ist der Unterschied? Der Unterschied ist, dass wir

(Janine Wissler (DIE LINKE): Krieg führen!)

– ja, liebe Janine Wissler; die Wirklichkeit steht euch übrigens auch noch bevor – unsere Situation an die Wirklichkeit, damals des Jahres 1999, angepasst haben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Mit Lügen!)

Die lieben Kolleginnen und Kollegen, eher die lieben Kollegen von der FDP, denn Frau Henzler ist draußen, es sind nur noch Männer da,

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Zum Thema!)

haben auf ihrem ersten Parteitag, nachdem sie Teil der Bundesregierung waren, nicht wie wir diese heftige Debatte geführt – genau das ist der Unterschied –,

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

sondern sie haben sich noch vor drei Wochen hingestellt – ich habe diesen Pinkwart noch vor Augen – und so getan, als wäre überhaupt nichts um einen herum passiert, als könnte man weiter munter Steuern senken, obwohl man Schulden über Schulden macht. Das ist euer Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

In dem Punkt gilt dann wieder, dass man eine GRÜNE zitieren kann, nämlich Renate Künast in der besagten Debatte im Deutschen Bundestag.

(Florian Rentsch (FDP): Für alles haben die GRÜNEN einen Ratschlag!)

Sie hat gesagt, an die FDP gerichtet, aber auch an die marktradikalen Teile der CDU, die aber kleiner werden:

Luther hat gesagt: Wenn morgen die Welt unterginge, würde ich noch ein Apfelbäumchen pflanzen. – Ich habe langsam den Eindruck, dass für die FDP und Teile der CDU/CSU gilt: Wenn morgen die Welt unterginge, würden sie als Letztes die Koalitionsvereinbarung mit der Seite „Steuersenkungen“ hochhalten und sagen: Könnte ich doch noch eine Steuersenkung haben!

(Florian Rentsch (FDP): Der ist bekannt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das ist Ihr Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Leif Blum und Wolfgang Greilich (FDP))

Deswegen ist es einmal an der Zeit, dass Sie sich ehrlich machen und die Wirklichkeit wahrnehmen. Denn die Tatsache, dass Sie die ganzen letzten Monate versucht haben, die Wirklichkeit nicht wahrzunehmen, hat dazu geführt, dass diese Rettungspakete jetzt so teuer geworden sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Wolfgang Greilich (FDP), eine Münze hochhaltend: Darum geht es!)

– Herr Greilich, ich weiß nicht, warum Sie einen Groschen hochhalten.

(Zurufe von der FDP: Euro!)

– Aber das ist doch das Thema. Herr Brüderle, hätte ich fast gesagt.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist doch genau das Thema: dass man in der Welt unterwegs ist, dass man in Japan gefragt wird, dass man in Singapur gefragt wird und dass diese Leute auf die Bundesregierung schauen und einen Außenminister Westerwelle und einen Wirtschaftsminister Brüderle sehen. Auch die Bevölkerung in Deutschland hat das Gefühl, dass sie von Leichtmatrosen regiert wird. Das ist doch die Einladung zu Spekulationen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zum Euro. Die Griechen müssen sich verändern. Ja, sie müssen sich verändern. Sie müssen Ausgaben reduzieren. Ja, sie müssen an vielen Punkten effizienter werden. Ja, sie müssen die Einnahmen erhöhen. Sie erhöhen übrigens auch die Steuern.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist richtig!)

Sie müssen sich vor allem in ihrem Steuervollzug, wenn das in Griechenland überhaupt sozial zusammenhalten soll, auch endlich einmal diejenigen vornehmen, die angeblich nichts verdienen. Sie kennen vielleicht die Geschichte, wie viele Leute Abgaben für Swimmingpools zahlen und wie viele Swimmingpools man bei Google Earth allein in Athen sieht. Sie müssen sich auch einmal ihrer Oberschicht zuwenden, damit das in Griechenland weiter funktioniert.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Nicht nur in Griechenland!)

Ich habe das Gefühl, das tun sie auch. Ich sage ausdrücklich: Sie müssen auch einmal an ihre Militärausgaben gehen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn man sich betrachtet, dass zwei Länder, die es wirklich nicht so dicke haben, nämlich Griechenland und die Türkei, die beide in der Nato sind, sich wechselseitig bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen: Das wäre einmal eine europapolitische Maßnahme oder eine Aufgabe für Herrn Westerwelle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Horst Klee (CDU))

Sie müssen da deutlich reduzieren.

Ich finde es im Übrigen fatal, wenn man hinter den Kulissen hört, dass sowohl die Franzosen als auch die Deutschen gesagt haben: Ja, wir helfen euch, aber die bestellten Fregatten aus Frankreich und die U-Boote aus Kiel von der HDW-Werft, die müsst ihr bezahlen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch da müssen wir einmal überlegen, ob diese Politik eigentlich richtig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP) – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Verschrotten!)

– Ja, auch das. Auch diese Frage muss man dann einmal stellen.

Wir müssen Schluss machen mit diesen Spekulationen, die die Welt jetzt zum zweiten Mal in diese Situation geführt haben. Herr Rentsch, es ist wirklich absurd, wenn man als Gegenargument für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer Betriebsrenten, Riester-Renten oder Lebensversicherungen anführt. Denn Sie haben sich offensichtlich noch niemals mit einer Tobin-Tax oder Ähnlichem beschäftigt. Wir haben das als GRÜNE das erste Mal in unser Europawahlprogramm 1999 hineingeschrieben. Wir haben schon im Vorfeld des Ganzen sehr genau gearbeitet, worum es da geht. Es geht darum, diese Umsätze mit 0,01 % zu besteuern.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Und zwar alle, also auch die Riester!)

– Und zwar alle. Herr Hahn, das bedeutet natürlich, dass, wenn Sie 10.000 € zur Lebensversicherung tragen, Sie dann 1 € Transaktionssteuer zahlen. Das ist sehr viel weniger, als Sie Ihrem Versicherungsvertreter gegeben haben, damit er diesen Vertrag überhaupt macht.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Es wird bei Altersversorgungen, Kapitallebensversicherungen und Riester-Renten keinerlei messbare Auswirkungen haben. Das wissen Sie. Aber es trifft diejenigen, die Tag für Tag Milliardensummen hin- und herschieben, die mit der Realwirtschaft überhaupt nichts mehr zu tun haben und die uns in diese Krise gebracht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben vor etwas über einem Jahr über diese riesigen Rettungspakete und Konjunkturprogramme gesprochen. Wir haben gesagt, dass die Bevölkerung es nicht ein zweites Mal akzeptieren wird, wenn es erneut zu solchen Rettungspaketen kommen muss.

Und wir sind jetzt bei diesen zweiten Rettungspaketen. Es geht jetzt nicht mehr um die Banken, sondern um die Staaten. Ich sage Ihnen sehr deutlich, dass es auch für die Demokratie eine Zukunftsfrage ist, dass wir erstens dafür sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt und dass zweitens völlig klar ist, dass die Gewinner der Spekulation endlich ihren Teil dazu beitragen müssen, wenn es an das Bezahlen der Folgen dieser Spekulation geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir das nicht machen, dann wird niemand Sparmaßnahmen auf anderen Gebieten akzeptieren, und zwar zu Recht. Deswegen glaube ich, dass ganz klar muss sein: Es muss Schluss sein mit Leerverkäufen, die passieren, ohne dass man das, was man verkauft, eigentlich in der Hand hat. Es muss mit Kreditausfallversicherungen Schluss sein, ohne dass man eigentlich Kredite hat, die ausfallen können. Ich sage ausdrücklich: Wir werden auch darüber nachdenken müssen, im Zweifel Gläubiger an der Umstrukturierung von Schulden zu beteiligen. Es ist nicht ohne Grund so, dass Menschen mit Geld, Banken, Fonds oder wie auch immer ihr Geld nach Griechenland und nicht nach Deutschland verliehen haben. Diese haben da mehr Zinsen bekommen, weil sie wussten, dass das Risiko größer ist. Insofern sage ich Ihnen sehr deutlich: Wir werden auch über eine Beteiligung von Gläubigern nachdenken müssen.

Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, die dafür sorgt, dass das, was da stattfindet, gebremst wird. Es kann weiterhin stattfinden, wenn Sie es mit 0,01 % besteuern. Es muss aber gebremst werden, und es gibt seriöse wissenschaftliche Institute, die sagen, dass wir trotz dieser Bremswirkung weiterhin die Situation haben, dass wir im Jahr 65 Milliarden € Einnahmen hätten, wenn man das europaweit macht. Das löst die Schuldenkrise nicht. Es ist aber endlich einmal ein Beginn der Beteiligung derer, die die Gewinner dieser Spekulation sind, und es bremst gleichzeitig auch diese Spekulation.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vor allem brauchen wir endlich eine Bundesregierung, die eine klare Linie fährt.

(Ernst-Ewald Roth (SPD): Wann denn?)

Das, was ich da heute wieder gesehen habe, verlief nach dem Motto: Erst ging durch die Nachrichten, die Bundesregierung sei jetzt auch für Finanztransaktionssteuern und Ähnliches

(Florian Rentsch (FDP): Fragen Sie uns doch, Sie sitzen doch so nah bei uns!)

– ja, ja –, dann sehe ich die dpa-Meldung von heute Mittag und dann spricht der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder von einer klaren Botschaft:

Wir wollen die Stabilisierung des Euro, wir wollen aber auch, dass die Finanzmärkte an dieser Stabilisierung beteiligt werden.

Bis hierhin ist es klar.

Die Bundesregierung werde aufgefordert, sich über eine Bankenabgabe hinaus sich für eine globale, europäische Beteiligung der Finanzmärkte einzusetzen. „Das heißt, für eine Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer.“

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union – ich schaue jetzt einmal in Ihre Reihen –, ich kann Ihnen nur raten: Sie wissen, dass etwas passieren muss. Sie wissen, dass es im Deutschen Bundestag eine Mehrheit für die Pakete, die jetzt geschnürt werden, braucht. Sie wissen, dass es die Bevölkerung nicht mehr akzeptieren wird, wenn wir dann irgendwann, wenn wir diese Spekulationen nicht eindämmen, zum dritten Mal an eine solche Paketlösung gehen müssen. Deswegen: Hören Sie auf, herumzueiern, und machen Sie jetzt endlich Nägel mit Köpfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn es nicht mit der FDP geht, weil die FDP den Schuss immer noch nicht gehört hat, dann sage ich Ihnen: Man kann die Zukunft der Weltwirtschaft, Europas und des Euro am Ende nicht davon abhängig machen,

(Florian Rentsch (FDP): Jetzt kommen wieder wir!)

dass es so ein vorgestriker 7%-Verein endlich auch versteht. Dann muss man im Zweifel ohne die FDP handeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Deswegen jetzt zu Hessen und zu dem, was auch ansteht, nämlich dem Sparen. Herr Ministerpräsident, zuallererst zu Ihnen: Sie sind ungefähr der Letzte, der in irgendeiner Form glaubwürdig erklären kann, wie man spart. Sparen bedeutet eigentlich, dass man weniger ausgibt als vorher. Das versteht man im landläufigen Sinne unter Sparen, also sich einzuschränken. Ich habe Ihnen noch einmal die Quote mitgebracht.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

Herr Rentsch, schauen Sie einmal, denn daran kann ich Ihnen zeigen, wie man spart. Das waren die letzten drei Jahre Rot-Grün in Hessen. Das waren jeweils 0,5, 0,6 und 0,7 % weniger Gesamtausgaben, ohne Länderfinanzausgleich. Es soll ja vergleichbar sein. Dann kamen Roland Koch und Karlheinz Weimar mit der FDP; da ging es gleich nach oben. Dann haben Sie fünf Jahre lang richtig auf die Pauke gehauen, mit Steigerungsraten von 3,2 und 2,8 %. Dann gab es das eine Jahr, als nach der Wahl vom Vollgas auf die Vollbremsung gewechselt wurde. Das war das eine Jahr, wo es einmal minus 2,5 % waren. Danach ging es aber gleich wieder richtig nach oben, die Krönung im Jahr 2007: plus 5,6 % an Ausgaben. Wenn es also irgendjemanden gibt, der weiß, wie man nicht spart, dann schlage ich allen vor: Fragt bei Roland Koch nach.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das sieht man dann auch an der Nettokreditaufnahme. Ich habe hier etwas – das geht bis zum Finanzminister Heribert Reitz zurück –, was die Frage der Nettokreditaufnahme in Hessen wunderbar erläutert. Wenn man sich das einmal anschaut, stellt man fest: Von 1991 bis 1999 wurden unter Rot-Grün, die angeblich nicht mit Geld umgehen können, wie es die FDP dachte, bis sie an die Verantwortung kam, 8 Milliarden € neue Schulden gemacht, in acht Jahren.

Karlheinz Weimar hat es in elf Jahren jetzt schon auf 13,5 Milliarden € neue Schulden gebracht, und das, obwohl da richtig gute Zeiten dabei waren, Herr Finanzminister, wo es bei den Finanzämtern nur so gesprudelt ist. Herr Weimar, es wird noch viel schlimmer, wenn man sich die mittelfristige Finanzplanung anschaut, die Sie vorgelegt haben. Danach werden Sie am Ende dieser Legislaturperiode bei knapp 25 Milliarden € neuen Schulden sein, die Sie allein aufgenommen haben.

(Minister Karlheinz Weimar: Länderfinanzausgleich!)

Man könnte Karlheinz Weimar und Roland Koch zu Griechen ehrenhalber ernennen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): 1,4 Milliarden €! Was für ein Pharisäertum!)

Es ist einfach so, denn wenn Sie sich diese Zahlen anschauen, wird noch einmal viel deutlicher, warum man nicht mit Häme auf irgendwelche anderen Länder zeigen sollte. Ich glaube, dass diese Zahlen völlig klarmachen, warum wir hier etwas verändern müssen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Machen Sie doch konkrete Vorschläge! – Axel Wintermeyer (CDU): Die haben wir von Ihnen noch nie gehört!)

– Doch, ich komme zu konkreten Vorschlägen.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Das Zweite ist die Frage, wer denn eigentlich diese Steuerenkungen, die jetzt wohl offensichtlich nicht mehr stattfinden sollen, nachdem schon ein Teil umgesetzt ist, ausgehandelt hat. Wir haben hier im letzten Oktober ein Landtagsplenum gehabt; da war die ganze Regierung nicht da, denn alle mussten in Berlin Koalitionsverträge aushandeln, waren wichtig, wichtig, wichtig und haben sich nachher für die Ergebnisse feiern lassen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja, immer wichtig, wichtig, wichtig! – Axel Wintermeyer (CDU): Ja, beides!)

Der Verhandlungsführer der CDU hieß Roland Koch.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Er hat diesen ganzen Unsinn, den er nun selbst Unsinn nennt, selbst mit ausgehandelt, und das ist ein halbes Jahr her.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Unerhört!)

Sie haben gesagt, Sie seien der Wissenschaftsministerin dankbar, dass sie gegenüber den Hochschulen hart geblieben sei. Wie können Sie denn von den Hochschulen erwarten, dass sie sagen: „Hurra, wir nehmen 30 Millionen weniger“, wenn allein die Steuergeschenke für die Hoteliers Hessen in diesem Jahr 60 Millionen € kosten?

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Wie können Sie erwarten, dass irgendjemand akzeptiert, dass man in diesem Bereich weniger ausgeben soll, wenn man sich gleichzeitig – wir haben das im Dezember im Plenum beantragt, wir haben sogar namentlich darüber abstimmen lassen, dass man sich dem anschließt, was Peter Harry Carstensen schon damals wusste, denn er hat, glaube ich, damals gesagt: „Ihr habt sie doch nicht mehr alle!“ – diesem Steuerenkungswahn der FDP wie die Lemminge hinterhergeworfen hat? Nachher kam per Spendenbescheinigung raus, was da vielleicht auch noch dahinterstand. Wissen Sie, wer sich zur Geisel einer Mövenpick-Partei macht, der hat europapolitisch Probleme.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Uralt!)

Herr Koch, deswegen sage ich sehr deutlich: Machen Sie diesen Quatsch, den Sie da beschlossen haben, rückgängig. Man wächst auch manchmal daran, wenn man Fehler zugibt und sagt: So, das war vielleicht ein Fehler, das machen wir anders.

(Axel Wintermeyer (CDU): Da sind Sie das beste Beispiel für! – Wolfgang Greilich (FDP): Das wäre was für Sie!)

– Herr Greilich, Sie nicht, das weiß ich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Jetzt zu den Tabus. Wir haben hier letzten November über den Haushalt des Landes Hessen debattiert, und wir haben als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag viele Anträge eingereicht.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Da waren etliche Sparvorschläge dabei. Herr Ministerpräsident, es ärgert mich fürchterlich, dass Sie sich als Tabubrecher nach dem Motto „Einer, der sich was traut“ stilisieren. In Wahrheit haben Sie aber viel Angst vor den eigenen Leuten und sind das Gegenteil eines mutigen Finanzpolitikers. Sie sind am Ende doch ein ganz kleiner Provinzpolitiker.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie wirklich Tabus brechen wollten, Herr Koch, dann wäre es an der Zeit – wir hatte es vorhin in der Fragestunde –, nach Hofgeismar zu fahren und zu sagen: Henner, ausgeträumt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre einmal eine Maßnahme. Wenn Sie Tabus brechen wollten – Achtung, Sozialdemokraten, ihr dürft jetzt nicht klatschen –, dann müssten Sie zugeben, dass Kassel-Calden nicht mehr geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Das wäre ein Tabu, das gebrochen gehört. 225 Millionen € für einen Flughafen, den niemand braucht und der, was noch viel schlimmer ist, jedes Jahr neue Subventionen kosten wird: Das kann doch angesichts der Lage im Jahr 2010 nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch gesagt, dass man über die Einnahmen reden muss. Da werden Sie sagen, die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht belastet werden. Schauen Sie sich einmal an, was jetzt passiert. Wenn die Bevölkerung vor die Frage gestellt würde: „30 Millionen € weniger bei den Hochschulen oder Einführung eines Wasser-Cents?“, bin ich mir ziemlich sicher, wie die Mehrheit das sehen würde.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ihr redet ja nur mit euren eigenen Leuten. Das ist euer Problem. Ich bin mir sehr sicher, dass es in diesem Land eine Priorität für Bildung gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Wissen Sie, was Ihr Problem ist? Herr Ministerpräsident, Sie haben viel über Europa geredet. Europa ist ein Kontinent, der große Probleme hat. Europa ist auch kein wachsender Kontinent mehr. Europa ist ein Kontinent, der großen demografischen Problemen entgegengeht. Das ist übrigens der Grund, warum sich nicht nur die EU, sondern auch die Bundesregierung darauf verständigt hat, dass man mehr in Bildung investieren muss. Wenn Sie in eine solche Situation kommen, gibt es nämlich nur zwei Möglichkeiten – Stichwort: Fachkräftemangel –: Entweder erleichtert man die Einwanderung von Hochqualifi-

zierten – da ist Roland Koch nicht der beste Kronzeuge, was eine Willkommenskultur angeht, um es vorsichtig auszudrücken –,

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

oder man investiert in die Bildung und die bessere Qualifizierung der eigenen Bevölkerung. Am Ende ist wahrscheinlich eine Kombination aus beidem am besten.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie können sich die Fakten beim Statistischen Bundesamt anschauen. Die Bundeskanzlerin hat doch nicht ohne Grund die Ministerpräsidenten zusammengerufen und hat gesagt: Lasst uns darüber reden, wie wir in gemeinschaftlicher Anstrengung dafür sorgen, dass die Bildungsausgaben in Deutschland ein höheres Niveau am Bruttoinlandsprodukt erreichen, als es jetzt der Fall ist. – In Deutschland beträgt der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP 4,4 %.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Wir haben in Dänemark einen Anteil von 8,3 %. Wir haben in Finnland einen Anteil von 6,1 %. Wir haben in Island einen Anteil von 7,7 %.

(Zurufe von der CDU und des Ministers Karlheinz Weimar)

Wir haben – auf einem völlig anderen Niveau – in Moldawien einen Anteil von 8,3 %. Ich verlasse Europa: Bolivien hat einen Anteil von über 4 %, Brasilien einen Anteil von 5,1 %, Mexiko von 5,5 %.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist doch absurd! – Weitere Zurufe von der CDU)

Diese Länder sind „junge“ Länder, Länder, die auf dem Sprung sind, Länder, die es sich vielleicht „leisten“ könnten, nicht alle ihre Bürger nach vorne zu bringen. Aber wenn sich ein Land das nicht leisten kann, dann ist es Deutschland mit seiner demografischen Entwicklung, und auch Europa als Kontinent kann es sich nicht leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In dieser Situation ausgerechnet mit Kürzungsvorschlägen zu Bildung und Betreuung daherzukommen, ist kein Tabubruch, sondern ein Armutszeugnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rentsch hat gefragt: Wie sieht der Staat aus? Wir haben Sie alle eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Was soll der Staat leisten? Aus meiner Sicht gehören zu den Leistungen dieses Staates gute Bildung und Betreuung – als ein Teil von Bildung – dazu. Ich bin gespannt, ob Sie das anders sehen, liebe Kollegen von der FDP. Aus meiner Sicht gehört dazu, dass man die Lebensgrundlagen auch künftiger Generationen erhält. Ich bin gespannt, ob Sie das anders sehen, liebe Kollegen von der FDP. Aus meiner Sicht gehört die Sicherheit dazu. Ich glaube nicht, dass Sie das anders sehen, liebe Kollegen von der FDP. Aus meiner Sicht gehört die Infrastruktur dazu – aber eben eine moderne Infrastruktur, nicht einfach nur sinnlos Beton in die Landschaft zu kippen, liebe Kollegen von der FDP. Zu einer modernen Gesellschaft gehören auch der soziale Zusammenhalt und der soziale Ausgleich. Da ist übrigens Bildung ebenfalls ein Teil davon.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns darüber einig sind, dann müssen wir uns die Frage stellen, wie wir in diesen, aber auch in anderen Bereichen des Staates effizienter werden können. Dann gehört es aber zur Wahrheit, dass man sich Gedanken machen muss, welche Einnahmen man braucht, um diese Aufgaben zu erfüllen. Einen wahren Satz hat die FDP ja gesprochen, bevor sie im Bund einem 100-Milliarden-€-Neuverschuldungshaushalt und in Hessen einem 3,4-Milliarden-€-Neuverschuldungshaushalt zugestimmt hat. Sie haben den wahren Satz gesprochen: Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. – Das stimmt. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Wir werden die Einnahmen erhöhen müssen, wenn wir die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten wollen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Jeder, der eins und eins zusammenzählen kann, weiß das.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden das machen und trotzdem noch sparen müssen, wenn wir die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten wollen. Wenn wir das nicht tun, dann werden wir weiterhin in die Verschuldung gehen. Das bedeutet, dass wir immer größere Teile unseres Vermögens und unseres Bruttoinlandsprodukts für den Schuldendienst aufwenden müssen, wie es schon jetzt in steigendem Maße der Fall ist. Um das zu ändern, braucht man keine ritualisierten Tabubrüche, Herr Ministerpräsident. Wir müssen uns vielmehr stark machen in der Frage: an den richtigen Stellen sparen, effizienter werden und drittens die Einnahmen erhöhen. – Herr Rentsch, Sie werden jetzt sagen, der GRÜNE hat keine Lösung. Ich glaube, unsere Lösung funktioniert tausendmal besser als Ihre – jedenfalls wenn ich mir die letzten sieben Monate anschau.

Wir haben uns im Januar, lange vor der Griechenlandkrise, Gedanken gemacht. – Lachen Sie nicht.

(Lachen bei der FDP – Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Da steht nichts drin!)

Wir werden Ihnen Schritt für Schritt darlegen, wie wir den Weg aus der Schuldenfalle gehen können. Wenn ich mir die Entwicklung auf Bundesebene anschau, bin ich auch sehr sicher, dass die Wirklichkeit Sie Schritt für Schritt von Ihrem Wahnsinnskurs abbringen wird. Die Steuersenkungen sind schon perdu. Das hat Frau Merkel immerhin gelernt. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Wir werden irgendwann an den Punkt kommen, dass wir uns auch über die Einnahmen Gedanken machen müssen. Sonst funktioniert dieses Gemeinwesen nicht mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Al-Wazir, bitte kommen Sie zum Schluss.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn Sie den Schuss weiterhin nicht hören, dann bin ich nicht sicher, was die Ministerpräsidenten und Angela Merkel am Ende machen werden. Dann sind Sie sehr viel schneller wieder in der Opposition, als Sie gedacht haben.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich ihr Vorsitzender, Willi van Ooyen, zu Wort gemeldet. Bitte, Herr van Ooyen.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Manche aktuellen Meldungen, die uns jetzt erreichen, haben mich natürlich etwas überrascht: Die Finanztransaktionssteuer, die Frau Merkel jetzt fordert, war vier Stunden zuvor wahrscheinlich noch übles Zeug. Man hat es uns immer um die Ohren gehauen, wenn wir darüber geredet haben, dass das eine Möglichkeit wäre, wie man die Steuern erhöhen und Bedingungen schaffen könnte, die für unser Land und für ganz Europa sinnvoll sind.

Aber lassen Sie mich zunächst einmal über die dramatisch inszenierte Krisensitzung reden, die den Rat der EU-Finanzminister ein beispielloses Rettungspaket in der Gesamthöhe von 750 Milliarden € erzeugen ließ. Damit sollen Spekulanten auf den Finanzmärkten von weiteren Attacken gegen hoch verschuldete EU-Staaten abgeschreckt werden, und der Wechselkurs des Euro soll gegenüber dem Dollar und anderen Währungen stabilisiert werden. Ob die Bekanntgabe dieses Rettungspakets eine solche Wirkung hat, muss sich erst noch zeigen. Kurzfristig sind die Kurse an den Aktienbörsen und auch der Eurowechselkurs gestiegen. Aber das hat sich inzwischen wieder gelegt.

Nach Meinung aller Beteiligten bestand dringender Handlungsbedarf. Schon unmittelbar nach der Genehmigung der sogenannten Griechenlandhilfe am 2. Mai hat es Signale gegeben, dass die Spekulanten nun auch andere EU-Staaten mit hohen Schulden ins Visier nehmen würden. Von Ansteckungsgefahr, Dominoeffekt und drohendem Flächenbrand war die Rede. Insbesondere Spanien wurde als nächster Wackelkandidat ausgemacht. Kurz zuvor hatten Ratingagenturen die Bonität portugiesischer und spanischer Staatspapiere herabgestuft.

Als dann auch noch der Wechselkurs des Euro auf den Jahrestiefststand rutschte und die Aktienkurse an den europäischen Börsen plötzlich abstürzten, schrillten die Alarmglocken in den EU-Zentralen grell. Von einer weltweit organisierten Attacke gegen den Euro war die Rede. Nun sei eine Generalmobilmachung dagegen nötig. Aus der Griechen-Krise war innerhalb einer Woche eine Eurokrise geworden.

Nun konnte sich auch die deutsche Kanzlerin dem Drängen anderer nicht mehr entziehen. Am 7. Mai berieten die Staats- und Regierungschefs der Eurozone unter Berücksichtigung der außergewöhnlichen Umstände eiligst über die Einrichtung eines neuen europäischen Stabilisierungsmechanismus. Zwei Tage später wurde das Vorhaben auf einer außerordentlichen Tagung des Finanzministerrats der EU abgesegnet.

Aber was ist der Preis für diese Eurorettung? Wie schon bei der Griechenlandhilfe ist die Inanspruchnahme an scharfe Bedingungen und Auflagen gebunden. „In allen EU-Staaten müssten die ÇPläne für finanzielle Konsolidierung und strukturelle Reformen“ – so werden sie genannt – „jetzt Çbeschleunigt“ werden.“ So heißt es in dem Papier, das die Finanzminister beschlossen haben. Portugal und Spanien werden aufgefordert, dem Rat der Finanzminister bis zum 18. Mai, also bis morgen

(Zurufe: Heute ist der 18.!)

– bis heute, vielen Dank –, signifikante zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen für 2010 und 2011 vorzulegen. Mit anderen Worten: Der beschlossene Stabilisierungsmechanismus wird benutzt, um Druck auf die Mitgliedstaaten auszuüben, endlich auf den Pfad der neoliberalen Tugenden zurückzukehren.

Die vom Herrn Ministerpräsidenten vorgeschlagenen ersten Kürzungsrunden bei der Bildung und bei der Kinderbetreuung sollen also nur der Anfang sein. Mit dem Hinweis auf die Stabilität des Euro werden alle EU-Staaten zu einem verstärkten Sparkurs im Inneren gezwungen. Das heißt, die Stabilisierung des Euro wird von der Bevölkerung der EU-Staaten mit weiterem drastischem Sozialabbau, Verschlechterung der Renten, Einschränkung der Ausgaben für Gesundheit und Bildung und weiterem Stellenabbau bei den öffentlichen Diensten bezahlt.

Die EU bleibt ihrer Lissabon-Strategie treu, in der festgeschrieben wird, dass sich die neoliberale Grundausrichtung weiter verschärfen soll. Die Geldwertstabilität des Euro hat Vorrang vor allen sozialen Anliegen. Die Lasten der Wirtschaftskrise werden mittels EU-Vorgaben auf die Bevölkerung abgewälzt. In erster Linie gerettet werden damit die in Euro notierten großen Vermögen der Reichen, die Kriegskassen der multinationalen Konzerne und ihre Fähigkeit, mit dem harten Eurofirmen in anderen Ländern aufzukaufen und Standorte zu verlagern.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Deshalb wollen Sie einen weichen Euro!)

Herr Milde, in dem beschlossenen Papier ist auch von der Notwendigkeit rascher Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung, insbesondere hinsichtlich des Derivatmarktes und der Rolle der Ratingagenturen, die Rede. Aber von konkreten Schritten in diese Richtung und von echten Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation ist in dem Text nichts zu finden.

In der Zwischenzeit wurden neue Details aus dem „Einverständnismemorandum“ bekannt, das mit Datum vom 2. Mai von EU, IWF und der griechischen Regierung unterzeichnet worden ist. Damit wird bestätigt, dass die griechische Regierung praktisch nur noch das ausführende Organ einer von EU und IWF diktierten Arbeits- und Auftragsliste ist. Im Einzelnen fordert die neoliberale Phalanx von der griechischen Regierung Folgendes – da ich in der Bundesrepublik nichts gefunden habe, habe ich diese Information der „L'Humanité“ entnommen –: Bis Ende Juni 2010 muss die griechische Regierung ein Gesetz verabschieden lassen, das die monatliche Veröffentlichung von Daten über alle Einnahmen und Ausgaben des Staates vorsieht.

Nach dem zweiten Quartal 2010 muss die Regierung Maßnahmen zur Privatisierung und Rationalisierung des Eisenbahnwesens vorlegen, einschließlich der Schließung Verlust bringender Strecken.

Im dritten Quartal 2010 muss die griechische Regierung ihre Kürzungspläne für die öffentliche Verwaltung vorlegen. Gebietskörperschaften sollen fusioniert werden, und die Zahl der Staatsbediensteten soll brutalstmöglich reduziert werden. Ab 2012 gilt die Regel, dass von fünf Staatsangestellten, die in Rente gehen, vier nicht mehr ersetzt werden.

Im dritten Quartal 2010 ist ein Regierungsdekret über die Liberalisierung der Elektrizitätsversorgung und die Rationalisierung der Stromtarife vorzulegen.

Im vierten Quartal 2010 soll die Regierung einen Plan zur Privatisierung von Staatsunternehmen und anderem staatlichem Eigentum vorlegen, dessen Ziel es ist, in der Periode von 2011 bis 2013 mindestens 1 Milliarde € zu Erlösen. Die Gesundheitsversorgung wird unter die Kontrolle des Finanzministeriums gestellt und buchhalterischen Regeln unterworfen.

Im vierten Quartal 2010 sind Maßnahmen zur Verstärkung der Einrichtungen des Arbeitsmarktes vorzulegen. Vorgesehen sind die Reduzierung der Kosten für Überstunden und die Einführung von mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitregelung. Die Tarifverträge sollen Öffnungsklauseln erhalten, die es ermöglichen, in einzelnen Unternehmen Löhne unterhalb des Tarifniveaus einzuführen. Der staatliche Mindestlohn – immerhin gibt es den in Griechenland – wird für drei Jahre auf dem gegenwärtigen Niveau von 4,28 € eingefroren. Auch die Renten werden eingefroren, und die Möglichkeit von Rentenkürzungen ist faktisch eingeplant. Das Renteneintrittsalter wird schrittweise auf 65 Jahre angehoben. Ab 2020 wird es alle drei Jahre in Abhängigkeit von der Entwicklung der Lebenserwartung angepasst.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das kommt viel zu spät! Das alles hätte schon längst gemacht werden müssen!)

Festgeschrieben ist auch, dass der Gesamtaufwand für die staatlichen Sozialrenten bis zum Jahr 2060 nicht mehr als 2,5 % des jährlichen Bruttoinlandsprodukts betragen darf.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Was haben unsere Rentner denn gemacht?)

Anders als die Staatshaushalte und die Mehrheit der Menschen, die auf handlungsfähige Staaten angewiesen sind, werden die Banken verschont – mehr noch: Sie können weiter an der Krise verdienen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Koch, Sie geben an, in Ihrer Regierungserklärung auch auf die Notwendigkeit der Beteiligung von Spekulanten und Banken an der Bewältigung der Krise hingewiesen zu haben. Aber wenn dies international nicht durchsetzbar ist, wollen Sie lieber die Finger davon lassen. Die Banken haben weiterhin die Möglichkeit, sich bei der EZB billig Geld zu leihen und dies anschließend zu Wucherzinsen an die europäischen Staaten weiterzuverleihen.

Aber statt den Spekulanten Einhalt zu gebieten, lassen Sie zu, dass diese die schwarz-gelben Regierungen vor sich hertreiben. Erst unter dem Druck der Spekulanten ließen Sie Vorbehalte unter den Tisch fallen, mit deren Hilfe Sie noch vor wenigen Wochen eine rechtzeitige Hilfe für Griechenland verhindert und so die Krise des Euro noch einmal verschärft haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe heute eine Zeitung gelesen, in der Folgendes stand

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Welche?)

– ich sage es Ihnen gleich –:

Wie die Politik den Banken das Paradies erschafft.

(Leif Blum (FDP): Das stand im „Neuen Deutschland“!)

– Das ist falsch. Das stand heute Morgen in der „Financial Times Deutschland“.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Können Sie noch mit Genuss frühstücken, wenn Sie die lesen?)

– Natürlich kann ich das. Ich habe das heute Morgen gelesen. Dabei ging es mir richtig gut. Ich brauchte das „Neue Deutschland“ gar nicht zu lesen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Endlich hat er einmal eine anständige Zeitung in der Hand!)

Ich meine, das fasst die Situation gut zusammen.

Sie sagen: Das Hilfspaket für Griechenland verhindert, dass uns die Währungsunion um die Ohren fliegt. – Ich sage Ihnen: Die Währungsunion wird uns um die Ohren fliegen, wenn Sie weiterhin in Deutschland rabiaten Lohn-dumping fordern und fördern, mit dem wir die anderen Euroländer totkonkurrieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Koch – er ist leider nicht da –, deshalb ist Ihr Lob für die deutschen Gewerkschaften für deren Lohnzurückhaltung nicht angebracht. Die Lohnzurückhaltung in Deutschland ist eine Ursache für die Finanzkrise. Das analysieren alle vernünftigen Ökonomen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Für das Protokoll will ich Folgendes sagen: Herr Ministerpräsident Koch hat sich für wenige Minuten entschuldigt.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Deutsche Unternehmer haben aufgrund des deutschen Lohndumpings seit dem Jahr 2000 einen Außenhandelsüberschuss von 1,3 Billionen € erzielt. Dies führte zu einer Verschuldung anderer Länder, die sich mittelbar auch in Gestalt wachsender Staatsdefizite auswirkt. In Europa sind dies vor allem die Südländer. Deshalb geraten sie auch als Erste ins Visier der Finanzmärkte.

Ich habe in diesem Zusammenhang einen ganz interessanten Titel in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ gelesen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ zitieren, das geht doch nicht!)

Thomas Mayer, ein Chefvolkswirt, hat die Situation, wie ich finde, ganz vernünftig erläutert. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank hat gesagt: Wir sagen immer, die Griechen feierten nur Partys. Wir seien dabei die Köche und die Kellner. Thomas Mayer schreibt, das würde so lange gut gehen, wie die Partygäste Geld hätten. Wenn die nämlich kein Geld mehr hätten, dann bräuchte man auch keinen Koch und keinen Kellner mehr. – Das leuchtet doch, finanzpolitisch gesehen, einigermaßen ein.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Es hat sich doch gelohnt, diese Zeitung zu lesen!)

Hinzu kommt, dass die Verschuldung der großen Industriestaaten im Zuge der Wirtschafts- und der Finanzkrise dramatisch angestiegen ist. Allein in Deutschland geht die Hälfte der neuen Schulden in Höhe von 180 Milliarden € seit dem Jahr 2008 auf das Konto der Bankenrettung. In anderen Ländern sieht die Lage noch dramatischer aus.

Diese tiefer liegenden Probleme erfordern eine Wirtschaftspolitik, die sich an einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht orientiert. Dazu muss die Binnennachfrage in Deutschland durch höhere Löhne und staatliche Investitionsprogramme angekurbelt werden. Stellen Sie mehr Lehrerinnen und Lehrer ein. Sorgen Sie für eine Gesundheitsversorgung, die von qualifiziertem und angemessen bezahltem Personal getragen wird. Statten Sie die hessischen Hochschulen angemessen aus. Investieren Sie in die Zukunft, und kürzen Sie nicht bei den Schwachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Währungsunion wird uns um die Ohren fliegen, wenn Sie Zockerbanken und Hedgefonds weiter spekulieren lassen, wenn Sie weiterhin zulassen, dass ganze Staaten in die Pleite spekuliert werden, und wenn Sie die aberwitzigen Finanzprodukte, die das alles ermöglichen, nicht endlich verbieten.

(Beifall bei der LINKEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Die waren doch schon vorher pleite!)

– Herr Milde, die Deutsche Bank ist doch nicht pleite. Sie haben nur das Geld dorthin gegeben und abgezockt. Das ist der Punkt.

(Clemens Reif (CDU): Ich sage nur: Südtirol!)

Natürlich muss auch die Verschuldung bekämpft werden. Das ist sicherlich richtig. DIE LINKE hat seit Beginn der Krise schon immer gefordert, dass die Reichen die Kosten der Krise bezahlen sollen.

Inzwischen kommt auch die FDP dahin. Das wundert mich. Ich habe heute eine Presseerklärung des Herrn Rentsch gelesen, in der er das fast, so würde ich sagen, in meinem Jargon fordert.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, das gibt einen Sonderparteitag der FDP!)

Er sagt, es dürften nicht wieder die kleinen Bürger die Leidtragenden sein. Recht hat er.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Stattdessen wird in Europa alles auf Pump finanziert. In Griechenland waren es übrigens nicht zuletzt deutsche Rüstungsexporte, auf die wir alle getrost hätten verzichten können.

In diesem Zusammenhang ist Folgendes interessant: Mit dem für Griechenland vorgesehenen Geld sollen zuallererst die Schulden für die Rüstungslieferungen aus Frankreich und der Bundesrepublik bezahlt werden. Ich glaube, das ist die Abmachung, die Frau Merkel mit den Griechen getroffen hat.

Wir brauchen jetzt eine Neugestaltung der Vermögensverhältnisse. Kurz gesagt: Die Reichen sind zu reich und die Staaten zu arm. – Das ist unter anderem so, weil in der Vergangenheit immer stärker auf die Erhebung der Steuern verzichtet wurde. Ungerecht war das schon immer. Jetzt wird es zum wirtschaftlichen Problem. Wir brauchen eine massive Besteuerung der Reichen und Vermögenden, z. B. durch die Millionärssteuer. Sie allein würde 80 Milliarden € einbringen.

Apropos Finanztransaktionssteuer: Herr Koch, es ist interessant, dass Sie sich allmählich den jahrelang beste-

henden Forderungen von Attac annähern. Ich finde das interessant.

Herr Kollege Al-Wazir, du müsstest übrigens noch einmal deine Mutter fragen. Es sind nicht 0,01 %, sondern 0,05 %, die dort gefordert werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei euch!)

– Nein, bei Attac ist das so.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Mutter ist eine bessere Französischlehrerin als Ökonomin! – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die in Deutschland bis zu 36 Milliarden € einbringen könnte. Europaweit wären es übrigens 250 Milliarden €. Damit könnten wir mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt gestalten.

Darüber hinaus muss geprüft werden, ob die generelle Beschneidung der Forderungen der Gläubiger gegen Staaten mit dem Euro machbar ist, und zwar europaweit. Ein „Haircut“ in einem einzelnen Land würde die Zinsen nur nach oben treiben. Möglicherweise ist das nur sinnvoll, wenn eine wichtige Forderung der LINKEN umgesetzt wird, nämlich die Vergesellschaftung der privaten Banken.

(Beifall bei der LINKEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Gibt es dafür irgendwo ein positives Beispiel?)

– Herr Milde, wir arbeiten daran.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie arbeiten an einem positiven Beispiel!)

Es kann nicht weitergehen wie bisher: Die Allgemeinheit bezahlt die Verluste, und die Banken kassieren die Gewinne.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Volksbanken, die Helaba!)

Wenn man sich die Fakten für Griechenland genauer anschaut, weiß man, was die Regierungen und die Europäische Union im Auftrag der Mächtigen in Europa und auch bei uns durchsetzen wollen. Wir sagen: nicht mit uns.

In Griechenland sollen die Löhne und Pensionen drastisch gekürzt werden. Der Internationale Währungsfonds und die Europäische Union fordern von den Griechen die Umsetzung des ganzen neoliberalen Unfugs, der in unserem Land schon so viel Schaden angerichtet hat. Sie wollen Griechenland noch weiter in die Krise treiben, damit die griechischen und deutschen Ackermänner ihre Rendite einstreichen können. Das ist der Beginn eines weiteren Angriffs auf die Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen und Familien in ganz Europa. Das geschieht nicht nur in Griechenland, sondern auch hier bei uns in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: Das ist nicht zu ertragen!)

Ich bin davon überzeugt, dass das durch die Äußerungen des Ministerpräsidenten Koch klar geworden ist. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sich auch Frau Merkel und Herr Westerwelle hinstellen und an die Menschen in Deutschland appellieren werden, dem Beispiel Griechenlands zu folgen und Opfer zu bringen. Die Menschen sol-

len wieder für die Krise bezahlen. Wir sagen: Wir zahlen nicht für eure Krise.

Wer sich an die Reden der Finanzminister der SPD und der CDU der letzten 20 Jahre erinnert, hat vielleicht noch im Ohr, was die Grundaussage war. Es war immer die gleiche. Nachdem man die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen gesenkt hatte, wurde lamentiert: Wir leben über unsere Verhältnisse. – Aber kein Finanzminister meinte den Chef der Deutschen Bank, Herrn Ackermann, oder die Steuerhinterzieher. Es ging immer nur um die Arbeitnehmer, die Rentner, die Familien und die Arbeitslosen, die angeblich über ihre Verhältnisse leben würden und denen mit Hungerlöhnen, Kürzung des Arbeitslosengeldes und Rentenkürzungen das Leben schwer gemacht wird. Das muss endlich ein Ende haben, und zwar in Griechenland, hier in Deutschland und in ganz Europa.

In Griechenland ist es nicht anders als hier. Es gibt hier und dort Menschen, die über ihre Verhältnisse leben. Hier sind es Herr Ackermann und Herr Zumwinkel. Daneben gibt es dort Menschen, denen es genauso wie vielen deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen ergeht.

Wir von der LINKEN vertreten die Interessen der Arbeitnehmer, der Rentner und der Arbeitslosen. Sie vertreten die Interessen der Renditemacher und der Spekulanten. Dem stellen wir uns entgegen.

In Griechenland hat sich eine konservative Regierung, deren politische Ausrichtung der Regierung vergleichbar ist, die hier auf der Regierungsbank sitzt, in die Eurozone hineingeschmuggelt. Die griechische Regierung und eine Oberschicht haben über ihre Verhältnisse gelebt.

Jetzt müssen Arbeitnehmer und Rentner mit Einnahmehinbrüchen von bis zu 30 % die Suppe auslöffeln, die sie sich nicht eingebrockt haben. Das ist ungerecht. Herr Koch sprach in seiner Rede von einem ehrgeizigen Programm. Ich sage Ihnen: Dieses Programm ist nicht ehrgeizig. Es ist brutal, unsozial und erbarmungslos.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Koch sprach in seiner Rede weiter davon, dass wir jetzt Solidarität mit Griechenland üben sollen. Aber wenn Sie jetzt Solidarität mit Griechenland einklagen, spielen Sie ein falsches Spiel.

Es ist nicht solidarisch, wenn in Griechenland Tausende Lehrer entlassen, ausgebildete Finanzbeamte erst gar nicht eingestellt und Rentnern, deren Renten weit unter dem europäischen Niveau liegen, die Renten gekürzt und jungen Menschen die Zukunftsinvestitionen versagt werden. Das ist nicht solidarisch.

Wer dem zustimmt, ist ausschließlich solidarisch mit den Banken, die griechische Staatsanleihen gekauft haben. Er ist nicht solidarisch mit dem griechischen Volk und auch nicht solidarisch mit den Menschen Europas. Wer dem zustimmt, begeht Verrat an den Ideen von Solidarität und Internationalismus.

(Beifall bei der LINKEN)

Der IWF ist dafür bekannt, dass er immer erst das Geld der Gläubiger rettet und dafür bereit ist, soziale Unruhen, Verletzte und sogar Tote in Kauf zu nehmen. In diesem Sinne hat die Bundesregierung den Griechen eine unsoziale Rosskur verordnet, damit die Märkte wieder Vertrauen gewinnen.

Auch der Ministerpräsident sprach unentwegt davon, dass wir nicht das Vertrauen der Märkte verlieren dürfen. Diese Regierung ist bereit, für das Vertrauen der Märkte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu opfern. Herr Koch, für wen machen Sie eigentlich Politik – für die Märkte oder für die Menschen? Das frage ich Sie. Sie lassen sich ständig von den Spekulanten hinters Licht führen und auf der Nase herumtanzen.

Herr Koch, es ist doch völlig absurd, wenn Sie vom Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten sprechen. Sie sind in Hessen doch nicht einmal bereit, für einen ordentlichen Steuervollzug zu sorgen, und behindern die Arbeit der Steuerfahndung. Das ist eine verkehrte Welt.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist jetzt wohl peinlich! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Bitte?)

Der globale Finanzmarkt ist doch in Wirklichkeit ein globaler Schwarzmarkt. Und Sie tun nichts, aber auch gar nichts, um außer mit schönen Worten diesen globalen Schwarzmarkt zu bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Koch, Sie haben erklärt, der Schlüssel des Problems zur Lösung der Krise liege in Griechenland. Ist das wirklich so? – Die Griechen sollen 13 % des Bruttoinlandsprodukts in drei Jahren wegekürzen. Rechnen wir das einmal auf Deutschland um.

Das würde bedeuten, dass wir in Deutschland innerhalb von drei Jahren 313 Milliarden € streichen müssten. Das entspricht fast dem Bundesetat für ein ganzes Jahr. Das wäre auch für das wirtschaftlich viel stärkere Deutschland auf keinen Fall zu schaffen. Es zeigt aber, wohin die Reise geht, wenn wir in Hessen bald an der Bildung sparen, um die Schuldenbremse einzuhalten. Damit werden Sie die Konjunkturkrise verlängern, die Arbeitslosigkeit erhöhen und die Grundlagen der Staatseinnahmen zerstören.

In der Konsequenz zerstören Sie damit letztlich auch die Demokratie. Und genau das ist in Griechenland schon zu sehen. Dort haben wir jetzt eine Situation, in der alle unter der Kontrolle der internationalen Finanzmärkte stehen. Die Demokratie ist erledigt. Die europäischen Parlamente und Regierungen sind nur noch Marionettenparlamente und Marionettenregierungen, die den Finanzmärkten hinterherhecheln und Riesensummen beschließen, ohne zu wissen, was sie eigentlich machen.

Deshalb sagen wir, DIE LINKE, zu Recht: Wir sind eine Bewegung der demokratischen Erneuerung,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ihre Erneuerung ist auch notwendig! – Lachen bei der CDU)

denn wir, die angeblich wirtschaftsinkompetente Partei, die Populisten und Ideologen, sind die Einzigen, die die modernen Antworten auf die Finanzkrise und auf die Weltwirtschaftskrise schon lange gegeben haben, weil wir auch Karl Marx' „Kapital“, Band 3, gelesen haben.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Lachen des Abg. Helmut Peuser (CDU))

Das sind Antworten, wie sie auch andere europäische Politiker schon gefordert haben. So weit war Jacques Delors, als er bei der Einführung des Euro eine europäische Wirtschaftsregierung und eine koordinierte europäische Finanz-, Steuer- und Lohnpolitik forderte, weil sonst der Euro auseinanderbrechen würde. Das hätte man sich einmal merken können.

Wir, DIE LINKE, waren die Einzigen, die das schon lange gefordert haben. Als wir ein europäisches Wirtschaftsprogramm forderten, als die Krise sichtbar wurde, da hieß es, jeder kehre vor seiner eigenen Tür – als ob der Euro nicht in Gefahr geraten würde. Wer aber, wie wir, die Demokratie erneuern will, muss den Begriff von Demokratie erklären.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Sie wollen die Demokratie erneuern? Sie wollen sozialisieren! – Zurufe der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) und Helmut Peuser (CDU))

– Herr Milde, hören Sie zu. – Wir haben die anderen Parteien immer mit dem Satz konfrontiert: Demokratie ist eine Gesellschaft, in der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen. – Wir haben dann gesagt: Wenn die Löhne auf breiter Front sinken und wenn die Renten auf breiter Front sinken, dann setzen sich in Deutschland die Interessen der Mehrheit nicht mehr durch.

Das gilt auch für die Finanzkrise. Es ist ja wohl ein Witz, wenn man behauptet, Hunderte von Milliarden Euro zur Rettung der Banken würden im Interesse der Mehrheit bereitgestellt. Deshalb müssen wir darangehen, die Demokratie wieder neu aufzubauen, damit es wieder möglich wird, dass sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen.

Die von der CDU/FDP-Politik geforderte imperiale und gleichzeitig protektionistische Politik fördert in ganz Europa nationalistische und rassistische Bewegungen und Parteien.

(Leif Blum (FDP): Ach du liebes bisschen!)

Dagegen setzen wir auf antinationale, internationalistische Bündnisse, die gegen die Rechtsentwicklung aktiv werden.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich will daran erinnern, dass bei den Regionalwahlen in Frankreich – allerdings nicht in meiner anderen Heimat, in der Aquitaine, wo die nationale Front nicht mehr vertreten ist –, wenn ich nach Süden schaue, Le Pen mit 24 % gewählt worden ist.

(Leif Blum (FDP): Dafür können wir doch nichts!)

Wenn ich nach Italien schaue, entdecke ich, dass der Nationalismus als Erscheinungsform auch durch eine solche Politik reaktiviert wird. Wenn ich an Ungarn denke – das sind alles Erscheinungen, über die wir in Europa nachdenken müssen, damit wir eine Gegenstrategie entwickeln. Wir sind dabei, das zu tun.

(Beifall bei der LINKEN – Leif Blum (FDP): Wer ist denn gegen Europa?)

Der Satz des „kommunistischen Manifestes“ hat für uns immer noch Gültigkeit:

Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

(Beifall bei der LINKEN – Leif Blum (FDP): Dass wir uns das nach 20 Jahren noch anhören müssen!)

– Hören Sie zu. – Deshalb werden wir am kommenden Wochenende in Istanbul eine breite europäische Widerstandsbewegung gegen Ausbeutung und Verarmung entwickeln. Wir werden europaweite Widerstandsaktionen

gegen die bedrohlichen Pläne der Herrschenden vorbereiten.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir mobilisieren mit den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen eine große Demonstration in Stuttgart am 12. Juni 2010 unter der Losung: „Wir sind alle Griechen“. Wir wollen verhindern, dass das griechische Modell europaweit durchgesetzt wird. Wir brauchen ein Europa von unten, das nicht durch Konkurrenz, Ausbeutung und Krieg gekennzeichnet ist, sondern ein Europa der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Dr. Arnold für die CDU-Fraktion.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Euro, den wir in Deutschland zum 01.01.2002 als gültige Währung bekommen haben, der die D-Mark abgelöst hat – diese Währungsunion der 16 Staaten im Euroland ist für viele Menschen in unserem Land das Symbol für die Einigung und die Einheit Europas.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das steht heute auch im Mittelpunkt unserer Diskussion. Ministerpräsident Koch hat seine Regierungserklärung mit „Gemeinsam für ein starkes und stabiles Europa – gerade jetzt“ überschrieben. In dieser Regierungserklärung hat er erklärt, warum die Staaten der Europäischen Union von dem Art. 127 der Lissabon-Erklärung abgewichen sind, warum es zu diesem Paradigmenwechsel kam, dass man zunächst vereinbart hatte, jeder tritt für seine eigenen Schulden ein, keiner haftet für den anderen, und jetzt ein Rettungsschirm mit über 720 Milliarden € gespannt worden ist.

Das ist die Frage, die im Moment die Leute draußen beschäftigt: Wie sicher ist dieser Euro, wie verlässlich ist das, was damals Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher zur Stabilität dieser Währung gesagt haben?

Genau das ist auch Thema der heutigen Diskussion – zumindest sollte es das sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Leider sehe ich Herrn Schäfer-Gümbel nicht.

(Günter Rudolph (SPD): Der ist gleich wieder da!)

Ich hätte ihm gerne gesagt und will das nochmals ansprechen: Das, was wir hier von der SPD gehört haben, war vielleicht für eine Generaldebatte des Hessischen Landtags passend.

(Widerspruch der Abg. Axel Wintermeyer und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das war eine Rede, die vielleicht gepasst hätte, wenn man über bestimmte Entscheidungen debattiert. Sie hat aber nicht zu Europa gepasst. Ich persönlich – und ich glaube, das geht den Kollegen von der FDP genauso – weiß nicht: Wo steht eigentlich die SPD? Ist sie nun für diesen Rettungsschirm?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das, was Sie im Deutschen Bundestag entschieden haben – sich an der Abstimmung über die Griechenlandhilfe nicht zu beteiligen –, ist für mich unverständlich.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Schäfer-Gümbel hat Ihnen erläutert, warum! Sie haben es nicht verstanden!)

– Ich sage es Ihnen doch gerne. Ich möchte auch einmal Ihren Kollegen Michael Roth, Ihren hessischen Generalsekretär, anführen, der im „Spiegel“ sehr deutlich dargestellt hat, warum er dafür gestimmt hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat er recht!)

Warum hat er dafür gestimmt? Weil er Verantwortung für einen stabilen Euro in Europa empfunden hat. Meine Damen und Herren, diese Verantwortung sehe ich bei Ihnen nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Natürlich kann ich verstehen, dass Sie über eine schärfere Überwachung der Hedgefonds, über Finanzmarktregulierung, über eine europäische Ratingagentur, über bestimmte Maßnahmen nachdenken – ob das jetzt eine Bankenabgabe ist, eine Finanztransaktionssteuer oder möglicherweise auch eine Financial Activity Tax. Darüber kann man sicherlich diskutieren. Eines aber ist klar. Die Griechenlandhilfe war die entschlossene Antwort der europäischen Staaten auf den Versuch der Spekulanten, Euroland auszuhebeln. Meine Damen und Herren, das setzt sich fort im Rettungsschirm der 750 Milliarden €. Die sollen dafür sorgen, dass wir in Europa eine stabile Währung haben.

Genau das hat Ministerpräsident Koch hier vorne vorgebracht, und zwar mit einem klaren, überzeugenden Hinweis darauf, dass ein stabiler Euro in Deutschland und anderen europäischen Staaten die Voraussetzung dafür ist, dass es uns weiterhin wirtschaftlich gut geht. Denn wenn es dem Euro nicht gut geht, geht es Europa nicht gut. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen ein Zweites sagen. Es ist immer gut, am Ende der Rednerliste zu stehen, denn dann kann man sich nochmals vor Augen führen, was die Vorredner gesagt haben.

Was ich bei Ihnen allen – SPD, GRÜNEN und den LINKEN – vermisst habe, ist der Blick auf unsere europäischen Nachbarn.

Die CDU-Landtagsfraktion und Mitglieder der Landesregierung waren in der vergangenen Woche in Polen. Wir haben dort eine Partnerschaft. Ich habe bewusst die Gelegenheit wahrgenommen, gerade mit jungen Leuten, aber auch mit älteren, über den Eurobeitritt zu reden. Sie wissen, die haben dort noch den Zloty, und der Beitritt zum Euro ist für das Jahr 2012 vorgesehen.

Eigentlich hätte ich die Antwort erwartet: Jetzt sind wir sehr vorsichtig. – Aber die Zugehörigkeit zu diesem Euroland wird dort gerade von den jungen Menschen als ein Ausdruck der Freiheit und der Einheit in Europa gesehen. Obwohl sie die derzeitigen Schwierigkeiten mit Griechenland sehen, sagen sie: Wir wollen baldmöglichst Euroland beitreten, weil wir uns davon Vorteile erwarten.

Das ist die eigentliche Botschaft dieser heutigen Regierungserklärung und auch der Maßnahmen, die die euro-

päischen Staaten getroffen haben, nämlich: Wir wollen dieses vereinte Europa, weil es gut ist für die Menschen in Europa. – Meine Damen und Herren, das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Gerne möchte ich das noch einmal aufgreifen, was Roland Koch gesagt hat. Vielleicht ist es ein bisschen untergegangen.

Josef Müller, Widerstandskämpfer, Mitbegründer der CSU, hat 1946, als er aus dem Konzentrationslager kam, gesagt: Wir brauchen eine gemeinsame europäische Währung, weil die Staaten, die eine gemeinsame Währung haben, nicht aufeinander schießen.

Meine Damen und Herren, auch das ist eine wichtige Botschaft für diese Europäische Union mit einer gemeinsamen Währung.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, wir sind gut beraten, den Menschen in unserem Land diese Dinge zu erklären. Denn in dem Europa der 16 Staaten, die die Eurozone bilden, leben rund 330 Millionen Menschen; in dem Europa der 27 sind es 500 Millionen. Viele dieser Staaten – ich rede nicht nur über Estland oder Polen, auch andere – schicken sich an, der Eurozone beizutreten. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist ganz wichtig, vom Lissabon-Vertrag abzuweichen und diesen Rettungsschirm hier aufzuspannen, damit allen Spekulanten klar und deutlich gesagt wird: Bis hierhin und nicht weiter, stopp, keiner ist so stark, dass er in der Lage ist, etwas gegen diesen starken Euro zu tun. – Das ist ein wichtiges und ein richtiges Signal.

Meine Damen und Herren, das sollten wir in diesem Hause gemeinsam und mit Überzeugung vertreten. Denn für Deutschland ist dieser Euro entscheidend. Wir brauchen ihn. Das weiß auch jeder in diesem Wirtschaftsraum.

Denn was ist das Geschäftsmodell von Deutschland? Das Geschäftsmodell ist, dass wir in unseren Wirtschaftsräumen stabile Währungen brauchen. Davon profitiert der Export-Vizeweltmeister Deutschland in besonderem Maße.

Roland Koch hat es gesagt: 40 % unserer Exporte gehen in den Euroraum, 70 % in das gesamte Europa. Meine Damen und Herren, das werden wir noch stärken, wenn noch mehr und andere Staaten Euroland beitreten. Ein starker Euro ist deswegen nicht nur ein Zeichen der Freiheit, sondern auch für den wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland und den europäischen Ländern.

(Beifall bei der CDU)

Es muss auch einmal mit der Mär von der starken D-Mark aufgeräumt werden und mit der Frage: Warum kehren wir nicht zur D-Mark zurück?

In den letzten zehn Jahren hat sich der Euro neben dem Dollar sehr deutlich zu einer Weltleitwährung entwickelt. Der Anteil des Euro als Ankerwährung ist in diesen zehn Jahren von 17,9 % auf knapp 30 % gewachsen. Im Vergleich dazu: Im Jahr 1999 hatte die D-Mark einen Anteil von 13,8 %. Die Steigerung von 13,8 % auf fast 30 % zeigt, dass die Welt Vertrauen in diesen starken Euro hat. Als Deutschland, als das Land mit dem größten Bevölkerungsanteil in dieser Eurozone, sind wir gut beraten, dafür zu sorgen, dass alle Welt weiß, wir stehen hinter diesem starken Euro.

(Beifall bei der CDU)

Man darf sicherlich nicht unterschlagen, dass der Hauptgrund für diese Schwierigkeiten, für den Ansatz der Spekulanten, den Euro zu bedrohen oder möglicherweise einzelne Länder herauszubrechen, die hohe Staatsverschuldung ist. Keine Frage. Da geht es nicht nur um das Defizit, nicht nur um den Anteil der Verschuldung am Bruttoinlandsprodukt, das ist auch eine Frage der Wirtschaftskraft der einzelnen europäischen Staaten.

Ich denke, für die nächsten Jahre ist es entscheidend, ob die einzelnen Staaten ihre Haushalte verändern und dafür sorgen, dass sich die Situation verbessert.

Im Grunde genommen gibt es dazu vier Punkte, und die möchte ich hier nennen. Zum einen müssen die Haushalte saniert werden. Zum Zweiten muss es eine hohe Budgetdisziplin geben. Drittens muss eine Schuldenbremse eingeführt werden. Und schließlich muss die Wirtschaftskraft gestärkt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, dabei ist die Schuldenbremse tatsächlich von entscheidender Bedeutung – in Deutschland, aber durchaus auch in anderen europäischen Staaten. Wegen dieser stabilisierenden Wirkung ist die Schuldenbremse die beste Abwehr gegen die Angriffe von Spekulanten. Sie sorgt dafür – und deswegen brauchen wir diesen Paradigmenwechsel in unserer Haushaltspolitik –, dass die Haushalte ohne Neuverschuldung auskommen. Das ist wichtig, nicht nur wegen heute, sondern auch wegen der nachkommenden Generation.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dazu möchte ich noch eines sagen. Ich habe den Eindruck, Sie sagen – Herr Al-Wazir hat das ausgeführt –, wir brauchen Kosteneinsparungen, wir brauchen aber auch mehr Einnahmen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass sich die Situation gerade auch hier in Deutschland dadurch ändern muss, dass wir Kosten einsparen. Wir haben ein Ausgabenproblem, wir haben kein Einnahmenproblem.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Die Steuern und Abgaben in Deutschland sind so hoch, dass wir dann, wenn wir es können, darüber nachdenken müssen, dies zu verändern. Aber Steuererhöhungen sind die falsche Antwort, wenn es um die Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes geht. Meine Damen und Herren, das ist nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte einem Gedanken, den ich bei der SPD und auch bei den GRÜNEN verspüre, deutlich eine Absage erteilen. Es ist nicht richtig, zu glauben, erfolgreiche Politik kann man nur mit mehr Geld machen. Das ist falsch.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt!)

Ich glaube, wir müssen darüber reden, dass wir ein Übermaß an Subventionen und Vergünstigungen ersetzen durch mehr Eigenverantwortung und die Stärkung der Innovation bei den Bürgern und den Unternehmen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Es ist unsere Aufgabe als Politik, kreative Lösungen zu überlegen und die Bürger zu überzeugen, dass wir dort ei-

nen Paradigmenwechsel in der Politik herbeiführen müssen. Das bedeutet z. B., dass es sicherlich eine Menge von Bürgern gibt, die bereit sind, staatliches Handeln durch eigenes, ehrenamtliches Tun zu ergänzen oder, wo es möglich ist, sogar zu ersetzen. Ich glaube, dass wir in unserer Volkswirtschaft sehr viel mehr dafür tun können, Kosten einzusparen, indem wir das Ehrenamt stärken und Dinge, die so ersetzt werden können, nach vorne bringen.

Völlig falsch und wachstumsfeindlich ist das, was die LINKEN immer wieder in dem Moment hervorzaubern: das Füllhorn von irgendwelchen neidorientierten Steuererhöhungen. Das ist falsch, das ist wirtschaftsfeindlich, und dem erteilen wir eine klare Absage. Ich glaube, das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wenn wir also gemeinsam den Bürgerinnen und Bürgern im Lande klarmachen, dass die Vorgehensweise der Regierungschefs, der Finanzminister der Staaten in Euroland unabwendbar und alternativlos war, um Griechenland nicht herausbrechen zu lassen durch die Spekulanten, sondern dafür zu sorgen, dass die Stabilität des Euro erhalten bleibt, dass wir dazu kommen, dass die Staatsverschuldung in den Haushalten in ganz Europa eingedämmt wird, dass die Staatshaushalte wieder saniert werden, dann ist es richtig, jetzt nicht nur diese Aktivitäten zu unterstützen, sondern auch dafür zu sorgen, dass die Schuldenbremse sehr schnell auch bei uns umgesetzt wird. Denn es ist das Beste, hier sehr deutlich voranzugehen und darüber zu reden, was man tun muss.

(Manfred Görig (SPD): Wie in Hessen?)

Ich möchte ausdrücklich eines sagen, lieber Kollege Görig. Ich stimme unserem Ministerpräsidenten ausdrücklich zu, wenn er sagt: Wenn wir darüber reden, wo wir Einsparungen vornehmen können, dann darf es keine Tabus, keine Ausnahmen geben. Dann reden wir über alles. Dann reden wir durchaus auch über Bildung und beispielsweise auch über Kindererziehung. – Ob wir dann dort Einsparungen vornehmen, ist die andere Frage. Aber von Ihnen, Herr Schäfer-Gümbel, aber auch von Ihnen, Herr Al-Wazir, habe ich nur gehört, wo es nicht geht. Ich habe aber nicht gehört, wo es geht. Wo bleiben Ihre Vorschläge?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wo es geht, habe ich von Ihnen, ehrlich gesagt, auch nicht gehört!)

Ich glaube, wir haben einen gemeinsamen Punkt. Wenn Sie sagen, wir müssen uns ernsthaft fragen, was wir uns noch erlauben können, dann sind wir einer Meinung. Ich glaube, dass wir auch einen zweiten Schritt gemeinsam gehen können: Wie wollen wir das bezahlen?

Aber Sie wollen – und Sie als SPD sprechen nicht dagegen – durch Steuererhöhungen diese Dinge verändern. Ich glaube, das ist falsch.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich glaube, Sie haben nicht zugehört!)

Ich glaube, dass wir in unserem Wirtschaftsraum der Euroländer unsere Wirtschaftskraft nur behaupten können, wenn wir keine Steuererhöhungen, keine Erhöhungen der Abgaben machen, sondern wenn wir dafür sorgen, dass wir die Kosten auf den Prüfstand stellen, dass wir uns darüber unterhalten, wie wir gegebenenfalls Kosten an-

ders gewichten können, uns auch entlasten durch die Verstärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit. Wir müssen dafür sorgen, dass wir unsere Wirtschaftskraft nicht einbüßen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Dr. Walter Arnold (CDU): Gerne!)

– Herr Schäfer-Gümbel.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Arnold, können Sie wenigstens versuchen, mir zu erklären, wie Sie bei der Herausforderung von 80 Milliarden € Einsparvolumen im Bundeshaushalt das alleine mit Ausgabenkürzungen im nächsten Jahr erreichen wollen? Wenn Sie mir das erklären können, dann Chapeau.

(Zurufe von der FDP)

Dr. Walter Arnold (CDU):

Wir stimmen überein, dass es nicht gelingen kann, diese Einsparung in einem Jahr zu machen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Danke!)

Ich glaube aber, dass es z. B. möglich ist – um die Schulden unserer hessischen Verhältnisse zu kommentieren, die wir beide besser kennen –, in den nächsten zehn Jahren von den 3 Milliarden € Neuverschuldung herunterzukommen, wenn wir konsequent Dinge umsetzen, die wir uns jetzt vorgenommen haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Welche denn?)

Dazu gehört beispielsweise das, was Finanzminister Weimar zur Beteiligung der Kommunen an Einsparmöglichkeiten im Landeshaushalt vorgeschlagen hat. Ich glaube schon, dass die Kommunen dort einen Beitrag leisten werden und auch leisten können. Ich glaube auch, dass wir in der Lage sind, den Kommunen andererseits Kompensation insoweit anzubieten, dass sie sagen: Wir sitzen in einem Boot, und das zeigt sich ganz deutlich.

Ich glaube auch, dass wir bei der einen oder anderen Frage – wo ist das Bundesland Hessen möglicherweise teurer als andere Bundesländer, wo liegen die Ursachen? – zu Erkenntnissen kommen, die wir miteinander diskutieren müssen. Aber ich sage eines ganz deutlich: Diese Staatsverschuldung, die dadurch entstanden ist, dass verantwortungslose Politiker mit öffentlichem Geld leichtfertig umgegangen sind, muss aufhören.

(Zuruf von der SPD: Weimar-Schelte!)

Dazu gehören ganz klar entsprechende Konsolidierungen der Haushalte. – Wenn ich einen Einwurf aufgreifen darf, der immer wieder den Finanzminister Karlheinz Weimar angreift, dann sage ich eines: Wir haben in diesen zehn Jahren der Regierung Roland Koch durchaus gute Jahre gehabt, wenn man einmal an 2006 und 2007 denkt. Wir haben auch sehr schwierige Jahre gehabt, wo uns die Körperschaftsteuer in einer Art und Weise weggebrochen ist, dass wir über 3 Milliarden € verloren haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Schulden haben Sie immer gemacht!)

Damals ist durch eine falsche Entscheidung in der Steuerpolitik durch Rot-Grün die Körperschaftsteuer weggebrochen mit bundesweit über 22 Milliarden €.

(Zuruf der Abg. Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dieser Finanzminister hat eine hervorragende Finanzpolitik geleistet. Sie haben die Zahlen genannt. Aber in der gleichen Zeit haben wir über 20 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich hineingegeben.

Was uns hier in den nächsten Jahren beschäftigen wird, ist die Frage: Wie entwickelt sich unser Bundesland Hessen? Durch die heutige Regierungserklärung ist sehr klar geworden: Der Euro ist für uns wichtig; als Hessen, als wirtschaftsstarkes Land, als Deutschland. Wir sind gut beraten, den Regierungschefs anzuraten, diese Dinge zu machen. Wenn in dieser Woche im Bundestag und im Bundesrat entsprechende Entscheidungen fallen, dann wird den Menschen draußen, in Hessen und in Deutschland, hoffentlich klar sein, warum: Das ist verantwortungsvolle Politik für Deutschland und für unser Bundesland Hessen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Staatsminister Jörg-Uwe Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Hinblick auf die schon relativ fortgeschrittene Uhrzeit und die Tatsache, dass wir noch eine Reihe von Ausschusssitzungen abzarbeiten haben, will ich für die Landesregierung die Debatte wie folgt zusammenbinden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Koregierungserklärung geht immer schief!)

Ich weise mit großer Freude darauf hin, dass es fast allen Rednern in einem Großteil der Debatte darum gegangen ist, die Sorgen und die Nöte –

(Zurufe von der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Hahn, wir haben viel Zeit.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Vorhin war der Kollege Kaufmann hilfreich in der Fragestunde. Jetzt will er anscheinend weg und muss deshalb ein bisschen stören. Aber wir können das gerne ein bisschen weitermachen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte darauf hinweisen, dass wir eine Debatte führen und dass wir sie jetzt über einen Zeitraum von dreieinhalb Stunden geführt haben, die deutlich macht, dass Europa gerade an einer Wegkreuzung ist. Wir reden nicht über irgendwelche Nebensächlichkeiten. Wir reden nicht darüber, ob irgendeine Banane oder irgendeine Glühbirne in irgendeiner Weise geformt werden muss, sondern wir re-

den über die Stabilität des Euro und damit über den Zusammenhalt von Europa.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir reden über die Frage „Europa quo vadis?“ 60 Jahre, nachdem Robert Schuman das berühmte Schreiben an die politischen Führer Europas geschickt hat, fünf Jahre nach Abschluss des fürchterlichen Zweiten Weltkriegs. Die Jahrestage sind noch gar nicht so lange her, wir haben sie erst vor 14 Tagen gehabt: 65 Jahre Kapitulation Deutschlands und Befreiung Europas, oder andersherum, die Europäer mit den Alliierten haben Deutschland befreit. Fünf Jahre später schrieb Robert Schuman an die Europäer: Wollen wir nicht versuchen, ob wir es schaffen, auf diesem Kontinent Frieden zu organisieren?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist es zu wenig, wenn wir uns in einer Debatte über die Frage „Europa quo vadis?“ ausschließlich damit auseinandersetzen, ob es eine FAT oder eine FTT gibt. Ich möchte hier noch einmal darauf hinweisen: Gäbe es Europa nicht, müsste es unverzüglich erfunden werden. Denn es ist die Grundlage dafür, dass wir seit 65 Jahren Frieden in Mitteleuropa und darüber hinaus haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Weil es so ein besonderer Wert an sich ist, müssen wir auch mit besonderen Einsätzen arbeiten, wenn wir merken, dass es im Hause Europa brennt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das sehr deutlich: Wir haben jetzt zum zweiten Mal in dieser Woche eine Situation, in der unter Umgehung sämtlicher Geschäftsordnungsregeln des Deutschen Bundestages und des Bundesrates eine gesetzliche Normierung stattfinden muss. Wir, die Hessische Landesregierung – ich habe eben mit Freude zur Kenntnis genommen, auch die zwei die Regierung tragenden Fraktionen, aber offensichtlich auch die Fraktion der Bündnisgrünen –, sind bereit, diesen Noteinsatz auch zum zweiten Mal zu bringen. Das ist ein Wert an sich, auf den man noch einmal hinweisen muss. Verlieren wir uns doch bitte nicht in den Spiegelstrichen, ob wir die eine Steuer besser als die andere finden, sondern gehen wir erst einmal von den Werten aus, um die es hier geht. Der Wert ist auf der einen Seite schon 65 Jahre Frieden in Mitteleuropa und darüber hinaus, kein Kriegsherd mehr wie in den vergangenen Jahrhunderten. Dafür ist der Einsatz auch notwendig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir müssen darüber hinaus aber auch feststellen, dass alles das, was mit der Einführung des Euro verbunden worden ist, offensichtlich von Anbeginn an so nicht zu 100 % klug angelegt worden ist. Da war die Euphorie anscheinend größer als das Umsetzen des Fachwissens, das damals schon allen zur Verfügung stand.

Wir haben heute ein doppeltes Problem. Auf der einen Seite haben wir ein System im Rahmen der Stabilisierungsverträge – Maastricht und andere –, das es bisher nicht möglich gemacht hat, dass Europa frühzeitig in die Bücher seiner nationalen Regierungen schauen konnte. Darüber hinaus waren bisher nicht die Möglichkeiten vorhanden, dass es Sanktionen geben muss, wenn irgendjemand nicht ordentlich berichtet hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb ist es richtig, dass die Bundesrepublik Deutschland nunmehr mit anderen nationalen Regierungen eine entsprechende Voraussetzung festgeschrieben hat, die besagt, Europa muss künftig die Möglichkeit haben, in die nationalen Bücher hineinzuschauen und, wenn dort Fehler zu erkennen sind, auch Sanktionen auszusprechen. Nur so können wir die Stabilität des Euro weiterhin gewährleisten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dazu gehört in den Augen der Hessischen Landesregierung auch, dass wir eine unabhängige EZB haben. Ich will nicht bewerten, was in den letzten Tagen geschehen ist. Ich hoffe aber, dass die nationalen Präsidenten, Kanzler, und wie sie alle heißen, erkennen, dass es nicht klug ist, in die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank hineinzuregieren. Sie ist einer der Horte dafür, dass wir einen stabilen Euro haben, und den können wir nicht der politischen Beliebigkeit preisgeben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ja, wir brauchen eine unabhängige Ratingagentur auf europäischer Ebene – eine Forderung, die ich als Person von diesem Pult aus und auch von dem Pult im Rathaus der Stadt Wiesbaden aus immer wieder geäußert habe. Ratingagenturen, die gleichzeitig Bewerter und auf der anderen Seite auch Hersteller von Finanzprodukten sind, können nicht unabhängig sein.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Eben!)

Deshalb brauchen wir eine unabhängige Ratingagentur. Das war bisher auf europäischer Ebene nicht umsetzbar. Nutzen wir das Zeitfenster. Nutzen wir die Möglichkeit, dass es jetzt auch wirklich umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, tun Sie mir bitte einen Gefallen, und nehmen Sie die Worte des Ministerpräsidenten ernst:

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Jawohl!)

Es handelt sich um einen Notfall. – Das heißt, dass die Bundesregierung auch eine Befristung derjenigen Maßnahmen vornehmen wird und wir im Bundesrat schon einmal mit Ja dazu gestimmt haben, dass nach drei Jahren eine Überprüfung stattfindet. Ich glaube, wir müssten uns hier im Raum gerade als Hessen alle einig sein, dass wir nicht einen neuen Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene haben wollen, sondern dass wir ein anderes System in Europa vereinbart haben, gegen das wir jetzt aufgrund der Notfallsituation zwar nicht rechtlich verstoßen, aber gegen dessen Willen wir jedenfalls vorgehen müssen. Das ist aber befristet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich den Kollegen von den LINKEN höre, muss ich sagen: Alle hier im Raum wissen und er selbst auch, denn er ist eigentlich ein Europäer, dass er die Wahrheit nicht nur karikiert, sondern auf den Kopf gestellt hat. Wir sind ein demokratisches Europa, und darauf sind wir auch alle stolz. Ich lasse mir das auch nicht von einem Postkommunisten zerreden – so nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich darf Sie zum Abschluss ganz herzlich bitten, sich einfach einmal losgelöst von den Diskussionsbeiträgen an

Pulten mit dem Unterschied zwischen den beiden international angedachten Steuern auseinanderzusetzen. Ich bitte Sie ganz herzlich, schauen Sie in das Gutachten des IWF. Das ist noch gar nicht so lange her. Der IWF hatte von den G 20 den Auftrag erhalten, Sicherungssysteme vorzuschlagen, damit künftig nicht mehr das Problem besteht, dass Spekulanten das Wirtschafts- und Finanzsystem aushebeln können. Der IWF hat sich sowohl mit der Transaktionssteuer als auch mit der Aktivitätssteuer auseinandergesetzt. Lesen Sie es einfach nach. Ich referiere nur.

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie doch einfach zu, Herr Merz. Ich kenne Sie doch sonst als jemanden, der die intellektuelle Auseinandersetzung sucht und auch findet. – Er ist nun einmal zu dem Ergebnis gekommen, die Transaktionssteuer als unpraktikabel abzulehnen. Die Transaktionssteuer ist in den Augen des IWF keine Maßnahme, um die Spekulationen einzugrenzen. Das sagen die Fachleute. Hören wir doch einfach auf sie.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt aber die FAT. Das ist die Steuer, die bei denen greift, die Gewinne, Boni und Gehälter im Rahmen von Banken und Finanzsystemen erarbeiten oder, um es etwas wertfreier zu sagen, bekommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es nicht klüger, dass man die Spekulantensteuer einführt und nicht eine Verbrauchersteuer einführt?

(Beifall bei der FDP)

Ist es nicht klüger, dass man die Aktivitätssteuer einführt, die diejenigen besteuert, die spekulieren, und dass man nicht die Transaktionssteuer einführt, die jeden Verbraucher besteuert – wir haben es eben gemeinsam erarbeitet –, auch denjenigen, der eine Riester-Rente kauft?

Wollen Sie denn wirklich die Spekulanten besteuern, oder wollen Sie Geld in die Staatskasse hineinspülen? Sie müssen entscheiden, was Sie wollen. Aber dann sagen Sie bitte auch, was Sie wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man hätte es beim Koch belassen sollen! – Gegenruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir werden Sie noch einmal zitieren! – Gegenruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sehen es genauso!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf ganz zum Schluss darauf hinweisen, dass ich einen Vorwurf gegenüber der Bundesregierung nun überhaupt nicht nachvollziehen kann, nämlich den: Warum erst jetzt? – Ich verstehe Ihre Zwischenrufe.

(Günter Rudolph (SPD): Schön für Sie! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man hätte es beim Koch belassen sollen!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass zuallererst eine Klärung in Griechenland herbeigeführt werden musste. Das griechische Parlament hat am vorletzten Donnerstag die entscheidenden Beschlüsse zur Konsolidierung ihrer Finanzen getroffen. Keine 24 Stunden später hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Union, der FDP und der Bündnisgrünen sowie der Bundesrat mit den Stimmen des Landes Hessen das sogenannte Griechenlandpaket

beschlossen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist intellektuell unredlich, der Bundesregierung vorzuwerfen, sie habe zu spät gehandelt.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann erst Sicherheiten geben, wenn man weiß, wie sich der Schuldner benimmt. Das ist innerhalb von 24 Stunden geschehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Zum Abschluss bitte ich Sie ganz herzlich, darüber zu diskutieren, worum es wirklich geht. Sehr geehrter Herr Kollege Schäfer-Gümbel, die Sozialdemokraten waren und sind eine Partei, die zu Europa steht. Ich glaube, die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament ist die zweitgrößte, wenn ich das richtig addiert habe.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie etwas über Frau Koch-Mehrin!)

Wie können sich eigentlich die Sozialdemokraten Deutschlands oder die Sozialdemokraten Hessens aus der Verantwortung herausmogeln? Herr Schäfer-Gümbel, ist das wirklich eine kluge Entscheidung? Wäre es nicht besser, wenn auch die hessischen Sozialdemokraten sagen: „Wir unterstützen das Programm so, wie es jetzt auf europäischer Ebene vereinbart worden ist, ohne Wenn und Aber?“ – Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre staatstragend. Die Landesregierung wird das jedenfalls tun.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Marius Weiß (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Ich erteile Herrn Abg. Schäfer-Gümbel für die SPD-Fraktion das Wort. Ihre Redezeit beträgt fünf Minuten. Das wächst Ihnen zu. Alle Fraktionen außer der FDP hätten noch fünf Minuten. Die FDP hat noch sieben Minuten. – Herr Schäfer-Gümbel, ich darf auch mitteilen, dass der Rechts- und Integrationsausschuss im Anschluss an die Sitzung tagt und nicht während der Sitzung. Danke schön.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Davon bin ich auch ausgegangen. – Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mich nicht gemeldet, wenn der Europaminister nicht so engagiert vorgetragen hätte, was er vorgetragen hat. Herr Hahn kann mir das jetzt abnehmen oder nicht: Ich will an einem Punkt anfangen, der mich wirklich umtreibt. Vielleicht wird dann auch klarer, warum meine Rede heute Nachmittag so ausgefallen ist, wie sie ausgefallen ist.

Ich habe die Bemerkung sehr ernst gemeint – ich hatte auch den Eindruck, dass es in dem Moment im Raum eine deutliche Aufmerksamkeitssteigerung gab –, als ich davon gesprochen habe, dass wir aus meiner Sicht an einem Punkt sind, der demokratiegefährdend ist. Denn wir bewegen hohe Summen. Das macht den Bürgerinnen und Bürgern Angst. Ich behaupte, dass selbst vielen Kolleginnen und Kollegen manchmal die Dimension dessen nicht bewusst ist, das wir bewegen müssen, um die Auswirkungen der Finanzmarktkrise in den Griff zu bekommen, damit wir beieinander bleiben können.

Das ist so verheerend vor dem Hintergrund der Spardebatte, wie sie Roland Koch angefangen hat, weil man das nicht erklären kann, weil es nur schwer zu vermitteln ist, warum man milliardenschwere Pakete auf den Weg bringt und gleichzeitig erklärt: Aber für die Kinderbetreuung und die Bildung ist kein Geld da. – Herr Hahn, das ist der Punkt, warum sich die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag bei der Abstimmung über das Griechenlandpaket enthalten hat. Sie hat eine Erklärung mit einem klaren Ja zur Griechenlandhilfe abgegeben. Aber weil Sie nicht bereit waren, die notwendigen Regulierungsmaßnahmen zum Thema Finanzmärkte auf den Weg zu bringen, haben wir uns enthalten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Florian Rentsch und Wolfgang Greilich (FDP))

Herr Hahn, das hat sich in den letzten Tagen offensichtlich weiterentwickelt. Ich habe den Zwischenruf bei Herrn Rentsch nicht ohne Grund gemacht; denn um 16:28 Uhr, während seiner Rede, ist die dpa-Meldung aufgelaufen, dass sich die Kanzlerin öffentlich ausdrücklich hinter die Transaktionssteuer gestellt hat.

(Torsten Warnecke (SPD): Skandal!)

Deswegen wäre die Rede eigentlich umzuschreiben. Sonst verstehe ich die Ausführungen nicht mehr; denn die Diskussion in Berlin ist offensichtlich weiter als hier. Diesen Erkenntnisgewinn teile ich.

(Beifall bei der SPD)

Herr Arnold, nun will ich ausdrücklich sagen: Die Transaktionssteuer ist eines von vielen Momenten, das bei der Regulierung der Finanzmärkte notwendig ist.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ratingagenturen sind ein anderer Punkt. Ich begrüße es ausdrücklich, dass, nachdem in den letzten Tagen mehrfach darauf hingewiesen wurde, dass offensichtlich am 25. März in der politischen Verantwortung der schwarz-gelben Bundesregierung Leerverkäufe zugelassen wurden, die BaFin vor wenigen Minuten angekündigt hat, dies ab heute Nacht wieder zu verbieten. Das finde ich gut und richtig.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Punkt ist doch: Sie eiern nicht nur in Berlin, sondern auch den ganzen Nachmittag hier durch die zentralen Fragen. Der Ministerpräsident hat versucht, zu dem Thema Europa eine Regierungserklärung zu geben. Dann ist zweitens das Thema Finanzmarktregulierung hinterhergesteuert worden und drittens das Thema Sparen. Dann kommt der Standardvorwurf der Regierung – das gehört zum allgemeinen Geklimper –, nach dem Motto: „Macht doch einmal eure Vorschläge.“ Ich sage dazu: Sie sind die Regierung. Das gefällt mir nicht. Wenn Sie wollen, dass wir Ihren Job übernehmen, dann lassen Sie uns neu wählen. Das habe ich Ihnen schon zweimal gesagt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Ich vermute, dann würde der Landtag anders zusammengesetzt sein. Aber ich als Oppositionspolitiker kann von Ihnen erwarten, dass Sie Ihre Arbeit machen

(Zurufe der Abg. Axel Wintermeyer und Clemens Reif (CDU))

und dass Sie als Regierung Vorschläge unterbreiten. Dann werden wir die bewerten. Das ist die Arbeitsteilung, die die Wahlen nun einmal mit sich gebracht haben.

(Clemens Reif (CDU): Wenn wir wieder wählen würden, würden wir sehen, ob Sie Ihren Wahlkreis wieder gewinnen!)

Nächster Punkt. Herr Arnold, das strukturelle Defizit des Haushalts beträgt dieses Jahr ungefähr 2 Milliarden €, konjunkturell 1,4 bis 1,6 Milliarden €. Darüber sind wir uns wahrscheinlich einig. Sie müssen sagen, wie Sie angesichts der derzeitigen Einnahmen- und Ausgabensituation und vor dem Hintergrund der Aufgaben, die wir haben – dazu habe vorhin ich beim Thema Bildung etwas beschrieben –, das strukturelle Defizit reduzieren wollen, ohne allgemein an ein Wachstum zu denken, das im Moment nicht kommt, ohne den konjunkturellen Teil, ohne gleichzeitig die Einnahmeseite in den Blick zu nehmen. Ich glaube, das funktioniert nicht. Ich glaube, das wird nicht gehen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das werden wir sehen!)

Herr Arnold, wenn Sie sich ehrlich machen, dann sehen Sie das auch so. Sie wissen, dass es nur in einem Kanon aller Maßnahmen geht: Ausgabenreduzierung, Effizienzsteigerung und Einnahmenerhebung. Das wird nicht anders gehen. Machen Sie sich bitte ehrlich.

Letzter Punkt. Körperschaftsteuer. Wenn ich Ihre Einlassung zur Kritik an den rot-grünen Entscheidungen zur Körperschaftsteuer so verstehen darf, dass Sie jetzt der Auffassung sind, dass die Körperschaftsteuer erhöht werden muss, bin ich herzlich gerne bereit, das mit Ihnen konkret zu diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Regierungserklärung gegeben und besprochen.

Wir machen morgen früh weiter. Sind Sie damit einverstanden? Dann darf ich Sie bis morgen früh, 9 Uhr, verabschieden. Der Rechts- und Integrationsausschuss tagt in Raum 501 A. Viel Spaß, auch beim parlamentarischen Abend.

(Schluss: 18:50 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)**Frage 271 – Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

Inwiefern ist es zutreffend, dass seitens des Kultusministeriums aktuell eine Zusammenlegung der zukünftigen 3. Klassen an der Hartmutschule Eschborn geplant ist, nach welcher die Klassengröße über 25 Schülerinnen und Schüler läge?

Antwort der Kultusministerin Dorothea Henzler:

Nein, dies ist nicht zutreffend. Eine Zusammenlegung der derzeit vier Klassen der Jahrgangsstufe 2 der Hartmutschule in Eschborn ist für das Schuljahr 2010/11 nicht geplant.

Frage 272 – Abg. Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

In welchem Zeitraum beabsichtigt sie, die Landesstraße 3255 zwischen Friedewald über Herfa bis zum Ortseingang Heringen zu sanieren?

Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch:

Der Streckenabschnitt der L 3255 zwischen Friedewald über Herfa bis Heringen (Werra) weist eine Gesamtlänge von ca. 11,5 km auf.

Die Planung der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung sieht an Teilabschnitten der L 3255 in den Jahren 2011 und 2012 Erhaltungsmaßnahmen aus dem Konjunkturprogramm Land vor. Dazu gehören: die L 3255, Ortsdurchfahrt Heringen (Werra)-Herfa, Gemeinschaftsbaumaßnahme mit der Stadt; die L 3255, partielle Zustandsverbesserung der freien Strecke zwischen Heringen-Herfa und Heringen-Wölfershausen; die L 3255, Ortsdurchfahrt Heringen-Wölfershausen und die L 3255, partielle Zustandsverbesserung der freien Strecke zwischen Heringen-Wölfershausen und Heringen

Frage 279 – Abg. Marjana Schott (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Angesichts der Befristung (31. Dezember 2010) des derzeitigen Hessischen Krankenhausgesetzes (Gesetz zur Weiterentwicklung des Krankenhauswesens in Hessen – HKHG) frage ich die Landesregierung, in welchem Monat dem Landtag der entsprechende Gesetzentwurf vorgelegt werden wird.

Antwort des Ministers für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer:

Der Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Krankenhausversorgung in Hessen (Hessisches Krankenhausgesetz 2011 – HKHG) ist im Kabinett am 10. Mai 2010 beraten worden. Der Hessische Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit wurde beauftragt, das Anhörungsverfahren durchzuführen. Die Regierungsanhörung wurde am 11. Mai 2010 eingeleitet.

Es ist vorgesehen, das Gesetz unmittelbar nach der Sommerpause im September in den Landtag einzubringen.

Frage 280 – Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Trifft es zu, dass die European Business School über die Mittel des Hochschulpakts 2020 hinaus einen Teil des regulären Clusterpreises aus dem Landeshaushalt finanziert bekommt?

Antwort der Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann:

Es trifft nicht zu, dass die EBS über die Mittel des Hochschulpakts 2020 hinaus einen Teil des regulären Clusterpreises aus dem Landeshaushalt finanziert bekommt. Die EBS erhält gegenwärtig keine Mittel aus dem Hochschulpaket 2020.

Die EBS erhält hingegen im Jahr 2010 eine staatliche Finanzhilfe nach § 94 HHG. Diese beträgt 457.000 € für die Bereitstellung von 800 Studienplätzen. Damit wird der nach § 94 HHG und den einschlägigen Verwaltungsvorschriften mögliche Höchstsatz von 20 % des Clusterpreises an staatlichen Hochschulen weit unterschritten.

Frage 282 – Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Ist es zutreffend, dass das Regierungspräsidium Gießen keinen weiteren Gifteinsatz gegen Maikäfer im Pfungstädter Stadtwald zulassen wird?

Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger:

Das Regierungspräsidium Gießen hat als für den Vollzug des Pflanzenschutzgesetzes zuständige Landesbehörde die Aufgabe, die Übereinstimmung des Einsatzplans der Stadt Pfungstadt mit der hierzu erteilten Genehmigung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu prüfen. Eine Prüfung ist bisher noch nicht abgeschlossen.

Ich persönlich halte den Einsatz für den falschen Weg. Deshalb hat das Land Hessen auch auf einen solchen Gifteinsatz im Staatswald verzichtet. Leider hat die Stadt Pfungstadt nach der Entscheidung des Landes und unserer Information an die Kommunen kein Gespräch mit uns gesucht. Ich hätte gerne meine Position gegenüber der Stadt nochmals deutlich gemacht, da sie der vieler Experten entspricht.

Frage 284 – Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Teilt sie die Auffassung von Bundesbildungsministerin Prof. Annette Schavan (CDU), das mit der Föderalismusreform II zwischen Bund und Ländern geschaffene „Kooperationsverbot“ im Bildungsbereich noch in dieser Legislaturperiode wieder abschaffen zu wollen?

Antwort der Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann:

Nein.

Frage 287 – Abg. Sabine Waschke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann werden die Finanzmittel für die Umsetzung der Mindestverordnung für Standards in hessischen Kindergärten zur Verfügung gestellt, bzw. wann ist mit der Auszahlung zu rechnen?

Antwort des Ministers für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer:

Die Mittel für das Kita-Jahr 2009 stehen im Haushalt 2010 zur Verfügung. Die Mittelauszahlung muss auf der Grundlage eines formellen Förderverfahrens erfolgen. Nach dessen Abstimmung und Erörterung mit den Trägern der Kinderbetreuungseinrichtungen wird voraussichtlich im Herbst mit der Auszahlung der Mittel begonnen.

Frage 288 – Abg. Sabine Waschke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann werden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über die Veränderungen der Mindestverordnung für Standards in hessischen Kindergärten informiert?

Antwort des Ministers für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer:

Veränderungen der Mindestverordnung, die am 30. Dezember 2008 im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht wurde und seit dem 1. September 2009 in Kraft ist, wird es nicht geben. Es gibt aber eine Übergangsfrist, über die die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bereits im vergangenen Jahr informiert wurden.